



Hessen von morgen.

**Sozialdemokratisches
Regierungsprogramm für Hessen
2019-2024**

**Diskussionsentwurf
zum Austausch mit Bürgerinnen und
Bürgern, Gewerkschaften, Verbänden und
Expertinnen und Experten**

verabschiedet am 03.02.2018 in Friedewald

Mein Hessen von morgen ...

Hessen von morgen	3
... für junge Familien	6
... mit besseren Schulen	10
... mit gutem Start für junge Menschen	22
... mit bezahlbaren Mieten und einem guten Leben im Ballungsraum	26
... mit einem Recht auf Mobilität: Für alle, überall und bezahlbar	31
... mit Chancen für den ländlichen Raum	36
... mit guter Arbeit und wirtschaftlicher Stärke	41
... mit mehr Sicherheit und einer starken Demokratie	53
... mit sozialer Gerechtigkeit und Zusammenhalt	64
... für Zugewanderte und ihre Familien	68
... für Menschen mit Behinderung	72
... für aktive Seniorinnen und Senioren	75
... mit guter und erreichbarer Gesundheitsversorgung	77
... für Pflegebedürftige und ihre Familien	80
... für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern	82
... mit innovativer Wissenschaft und Forschung	88
... mit einer produktiven und kreativen Kulturlandschaft	94
... mit neuer Energie	100
... mit gesunder Umwelt, nachhaltiger Landwirtschaft, verantwortungsvollem Tier- und Verbraucherschutz sowie mehr Klimaschutz	105
... mit einem handlungsfähigen Gemeinwesen und gerechteren Steuern und Abgaben	111
... hat Mut zu Europa und zur Welt	115

Hessen von morgen.

1
2 Hessen kann mehr. Wir wollen nicht den Gelegenheiten hinterherschauen, die Hessen
3 in den letzten 20 Jahren verpasst hat. Wir wollen gemeinsam die Chancen nutzen, die
4 vor uns liegen.

5
6

7 Wir fordern ...

8 **... Wohnraum, den sich alle leisten können.**

9 Für Polizeibeamte, Erzieherinnen und Erzieher, Feuerwehrleute, Facharbeiterinnen und
10 Facharbeiter, Menschen in sozialen Berufen, Leute, die hart arbeiten, aber keine Reich-
11 tümer mit nach Hause bringen. Für die, die dort leben wollen, wo sie arbeiten. Für Fami-
12 lien. Für Menschen, die im Erwerbsleben noch in der Stadt wohnten und am Lebens-
13 abend von gestiegenen Mieten verdrängt werden.

14
15 Deswegen werden wir eine Bauoffensive starten, mit Stahl, Glas und Beton gegen den
16 Mietpreiswucher angehen. Öffentliche Grundstücke wollen wir günstig für den Woh-
17 nungsbau zur Verfügung stellen. Eine schnellere Ausweisung von Baugebieten ist unser
18 Ziel. Unter der CDU-Führung in Hessen hat sich die Zahl der Sozialwohnungen seit 1999
19 auf 90.000 halbiert. Wir werden mehr Mittel für den sozialen Wohnungsbau bereitstel-
20 len und dafür sorgen, dass der Anteil an Sozialwohnungen steigt und nicht sinkt.

21
22
23

24 Wir kümmern uns um ...

25 **... gleiche Bildungschancen für alle.**

26 Für Kinder, die klug und fleißig sind, aber nicht reich geboren wurden. Für Eltern, die ei-
27 nen Großteil ihres Einkommens für Kita- und Krippenplätze aufwenden. Für Jugendliche,
28 die erst in die Lehre gehen, bevor sie sich im Berufsleben entscheiden, noch einmal zu
29 studieren. Für Gesellinnen und Gesellen, die für ihren Meisterlehrgang hohe Kredite auf-
30 nehmen müssen. Für junge Menschen, die als Erste in ihrer Familie einen Hochschulab-
31 schluss machen. Für Kolleginnen und Kollegen, die mit den technologischen Verände-
32 rungen Schritt halten wollen. Für Erwachsene, die nicht mit Smartphones aufgewachsen
33 sind, aber in der Digitalisierung ihre Chance sehen.

34
35 Deswegen werden wir die Gebühren für Bildung vollständig abschaffen, von der Kita bis
36 zum Master bzw. zur Meisterprüfung. Wir werden die Qualität in den Einrichtungen stei-
37 gern und die Ausbildung des Lehr- und Fachpersonals verbessern. Wir wollen kein Kind
38 mehr ohne Abschluss aus der Schule entlassen und allen eine Ausbildungsmöglichkeit

39 garantieren. Wir werden unser Schulsystem so umbauen, dass nicht mehr die Herkunft
40 und der Geldbeutel der Eltern über den Schulerfolg entscheiden.
41 Und wir werden mehr Mittel für Qualifizierung und Nachqualifizierung zur Verfügung
42 stellen, damit sich Menschen ein Leben lang weiterentwickeln können, wenn sie es wol-
43 len. Wir werden das Bildungssystem öffnen: für alle.

44
45
46
47

Wir versprechen ...

48 **... Mobilität für ganz Hessen: bedarfsgerecht, aber überall verfügbar, sauber und**
49 **bezahlbar.**

50 Für die Pendler, die täglich im Stau stehen, über 126.385 Kilometer oder dreimal um die
51 Welt im letzten Jahr. Oder in überfüllten Bussen und Bahnen. Für die Rentnerin im Hin-
52 terland, die ohne Auto nicht zum Arzt kommt, aber nicht mehr fahren kann. Für junge
53 Leute, die auf dem Dorf wohnen und sonntags nach 18:00 Uhr nicht mehr ins Kino kön-
54 nen. Für Menschen, die kein Auto haben und auch nicht dazu gezwungen werden sollen,
55 eines zu besitzen. Für saubere Luft und weniger Lärm in den Städten.

56
57 Deswegen werden wir fließende Übergänge zwischen verschiedenen Verkehrsträgern
58 schaffen: Bahn, Bus, Taxi, Auto, Fahrrad und den eigenen zwei Beinen. Verkehrsver-
59 bünde werden wir dabei unterstützen, sich zu modernen Mobilitätsdienstleistern zu
60 entwickeln, die unter ihrem Dach alle Dienstleistungen vereinen. Schienenstrecken wer-
61 den wir wieder in Betrieb nehmen oder neu bauen, wo es erforderlich ist. Kaputte Stra-
62 ßen und marode Brücken werden wir nicht mehr hinnehmen. Die hessische Dauerbau-
63 stelle im Verkehr muss geschlossen werden. Den öffentlichen Verkehr werden wir ver-
64 lässlicher und günstiger gestalten. Und wir werden die Jobs derer sichern, die heute Au-
65 tos mit Verbrennungsmotor bauen und morgen möglicherweise an den Technologien
66 der Zukunft arbeiten.

67
68
69

Wir sagen ...

71 **... Ja zur Stadt und zum ländlichen Raum.**

72 Für Menschen, die mit Lärm, Abgasen und steigenden Mieten im Ballungsraum zu kämp-
73 fen haben. Aber genauso entschieden auch für die, die auf den Dörfern beheimatet sind.
74 Für die Unternehmen, die Tausenden von Hessinnen und Hessen gute Arbeit geben, die
75 nicht berühmt, aber Weltspitze sind. Für Gründerinnen und Gründer, die neue Ideen im
76 Grün verwirklichen wollen, wenn wir Funklöcher und Internetwüsten angehen. Für
77 junge Paare, die dort Familie gründen, wenn die Kita, die Schule und der Arbeitsplatz
78 sicher sind.

79

80 Deswegen werden wir für räumliche Gerechtigkeit sorgen. Der Sozialstaat darf nicht an
81 der Stadtgrenze aufhören. Gesundheit, Pflege, Bildung und Kultur müssen wohnortnah
82 bereitstehen. Wir werden Straßen, Breitbandleitungen, Funknetze und Dorfinfrastruk-
83 tur modernisieren. Damit auch morgen auf dem Land in gute Arbeit investiert wird und
84 sich Unternehmen ansiedeln. Wir werden auch als Land vorangehen und Arbeitsplätze
85 in die Regionen verlagern. Wir wollen kein Hessen der zwei Klassen: Alle Hessinnen und
86 Hessen haben ein gutes Leben verdient, ob sie in der Großstadt oder auf unseren Dörfern
87 zu Hause sind.

88

89 In den fünf Jahren Regierungsverantwortung, für die wir uns bewerben, werden wir
90 Schwerpunkte setzen. Trotzdem haben wir auch darüber hinaus einen Plan, mit dem wir
91 die Herausforderungen für das nächste Jahrzehnt Schritt für Schritt angehen wollen. Mit
92 dem wir gute Bildung, die Förderung von Innovation, Zusammenhalt in der Gesellschaft,
93 Sicherheit und die Modernisierung unserer Infrastruktur verbinden. Mit dem wir inves-
94 tieren, wirtschaftlichen Aufschwung in Gang setzen, gute Arbeit und faire Löhne schaf-
95 fen. Denn die zentralen Gestaltungsaufgaben, die Energiewende, die Umbrüche in der
96 Industrie und die Modernisierung des Verkehrsbereichs verlangen nach Weitsicht, wie
97 sie Georg-August Zinn mit seinem Hessenplan in den 1960ern hatte. Von dem Auf-
98 schwung zehren wir noch heute. An diese Tradition werden wir mit modernen Ansätzen
99 anknüpfen.

100

101 Im Zentrum steht für uns der Anspruch, allen Menschen in Hessen die gleichen Lebens-
102 chancen zu bieten. Denn Teilhabe darf weder vom Geldbeutel abhängen noch vom Woh-
103 nort. Dafür stehen wir. Das treibt uns an.

Mein Hessen von morgen ...

... für junge Familien

104 Hessen soll familienfreundlich werden! Zwar konnten mithilfe der SPD in den vergange-
105 nen Jahren bundesweit manche Verbesserungen erzielt werden, etwa beim Kitausbau
106 und Elterngeld. Dennoch leidet das junge Familienglück zu oft an Geld- und Zeitmangel
107 und an mangelnder Vereinbarkeit mit den beruflichen Wünschen. Deshalb wollen wir
108 die Kitas und auch Krippen komplett gebührenfrei gestalten, die Qualität durch mehr
109 Personal in den Kitas verbessern und den Anteil des Landes an den Betriebskosten bis
110 zum Ende der nächsten Legislaturperiode auf zwei Drittel anheben. Wir werden einen
111 Rechtsanspruch auf Ganztagsangebote auch für Grundschul Kinder verankern und ins-
112 besondere Alleinerziehende stärker unterstützen.

113 Ziel aller frühkindlichen Pädagogik ist die optimale individuelle Förderung aller Kinder
114 von Anfang an. Optimale Förderung setzt voraus, dass die individuellen Stärken und Be-
115 dürfnisse und der konkrete familiäre und soziale Hintergrund des Kindes beachtet wer-
116 den. Vorhandene Fähigkeiten werden verstärkt und weiterentwickelt, individuelle Be-
117 einträchtigungen früh erkannt und Fehlentwicklungen vermieden, soziale Benachteil-
118 igungen ausgeglichen. Wir wollen diese individuelle Förderung ermöglichen und so einen
119 großen Schritt hin zu Chancengerechtigkeit durch Bildung leisten.

120

121 **1. Kitagebühren abschaffen – aber richtig**

122 Die SPD steht, anders als Schwarz-Grün, für eine echte und vollständige Entlastung jun-
123 ger Familien von Krippen- und Kitagebühren. Die schwarz-grüne Landesregierung hat
124 zuletzt auf Druck der SPD eine Teilentlastung für drei- bis sechsjährige Kinder in Aussicht
125 gestellt. Im Krippenbereich (bis drei Jahre), wo die höchsten Kosten anfallen – bis zu 700
126 Euro pro Kind und Monat – wollen CDU und Grüne nichts ändern.

127 Für uns steht fest: Frühkindliche Bildung in Kinderkrippe und Kindergarten muss gebüh-
128 renfrei sein, weil

- 129 • frühe Bildung die Grundlage für den weiteren Bildungserfolg darstellt. Je frü-
130 her die Förderung, umso größer sind die Bildungschancen.
- 131 • jede Form von Beiträgen als Bildungsbarriere wirkt. Allen Kindern soll die Kita
132 offenstehen. Frühkindliche Bildung ist unabdingbare Voraussetzung für mehr
133 Bildungsgerechtigkeit.
- 134 • Gebühren in der Krippe (U3) vor allem den Müttern die Rückkehr in den Beruf
135 erschweren.
- 136 • gerade Familien mit kleinen und mittleren Einkommen entlastet werden müs-
137 sen.

138 Die SPD macht Schluss mit halben Sachen. Wir werden die vollständige Befreiung der
139 Eltern von allen Gebühren umsetzen – im Gegensatz zu Schwarz-Grün nicht nur zeit-
140 weise für Kinder über drei, sondern auch ganztags, für alle Altersgruppen und für die
141 Tagespflege.

142

143 **2. Mehr Qualität für bessere Betreuung, Erziehung und Bildung**

144 In Hessen ist eine Vollzeiterzieherin bzw. ein -erzieher im Durchschnitt allein für vier Kin-
145 der in der Krippe (unter drei Jahre) oder für zehn Kindergartenkinder (drei bis sechs Jahre)
146 verantwortlich. Damit hat Hessen den schlechtesten Personalschlüssel aller westdeut-
147 schen Flächenländer in den Kitas.

148

149 Wir werden für eine Qualitätsverbesserung bei der Kinderbetreuung sorgen:

- 150 • Wir werden erstens eine dem tatsächlichen Aufwand entsprechende Freistellung
- 151 von Personal für wichtige Leitungsaufgaben ermöglichen,
- 152 • zweitens den Erzieherinnen und Erziehern mehr Zeit für Vor- und Nachbereitun-
- 153 gen und für Elternarbeit einräumen und
- 154 • drittens eine realistische Einberechnung von zu erwartenden Ausfallzeiten durch
- 155 Krankheit oder Urlaub bei der Stellenberechnung vornehmen.

156

157

158 **3. Kommunen entlasten – gerechte und nachhaltige Finanzierung für die Familien-** 159 **förderung**

160

161 Die für all dies notwendige Entlastung der Kommunen bei den Betriebskosten werden
162 wir im Einvernehmen mit den kommunalen Spitzenverbänden ebenfalls in mehreren
163 Schritten vornehmen.

164 Unser Ziel ist, dass Hessen – unter Anrechnung der dem Land zur Verfügung stehenden
165 Bundesmittel – verbindlich und dauerhaft zwei Drittel der Gesamtkosten für den Betrieb
166 von Kindertagesstätten und Tagespflege übernimmt. Gleichzeitig mit der Abschaffung
167 der Elternbeiträge und der Erhöhung des Landesanteils an der Finanzierung der frühen
168 Bildung werden wir die Mittelzuweisung erheblich entbürokratisieren.

169

170 Da das Land mit der Finanzierung von zwei Dritteln der Betriebskosten die Kommunen
171 finanziell deutlich entlastet, eröffnet dies Spielräume für Kommunen für besondere An-
172 gebote, wie z. B. Betreuung in den Tagesrandzeiten, die berufstätige Eltern und gerade
173 Alleinerziehende brauchen.

174

175 **4. Kitas zu Familien- und Beratungszentren aufwerten**

176 Wir wollen den Ausbau von Familienzentren an allen Kitas und Krippen in Hessen voran-
177 treiben. Damit wollen wir niederschwellige Angebote an Beratung für alle Familien in
178 Hessen in Zusammenarbeit mit Kommunen und freien Trägern gewährleisten. Wir wol-
179 len, dass Eltern in Hessen über ihre Krippe bzw. Kita regelmäßig zu Elternabenden und
180 zu Beratungsangeboten in Sachen Erziehung, Gesundheit, Medienkonsum und Förde-
181 rung eingeladen werden und dort kompetente Ansprechpartner/-innen vorfinden.
182

183 **5. Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch Betreuungsgarantie und flexible An-**
184 **gebote**

185 Viele hessische Familien stehen vor dem Problem, dass Arbeitszeiten und Betreuungs-
186 zeiten in Kitas und Schule nicht zueinander passen. Der schwarz-grüne „Pakt für den
187 Nachmittag“ hat daran nichts geändert. An kaum einer hessischen Grundschule sind
188 dadurch neue Betreuungsplätze entstanden. Im Wesentlichen wurden dafür schon be-
189 stehende Betreuungsangebote umetikettiert. Berufstätige Eltern sehen sich nach fünf
190 Jahren Schwarz-Grün einem Flickenteppich an völlig unzureichenden und oft sehr teu-
191 ren Angeboten gegenüber. Bis endlich auch in Hessen ein bedarfsdeckendes Angebot an
192 echten Ganztagschulen existiert, muss es für hessische Eltern einen Rechtsanspruch
193 auf Nachmittags- und Schulferienbetreuung geben.
194

195 **6. Mehr Unterstützung für Alleinerziehende**

196 Alleinerziehende Mütter und Väter tragen die alleinige Verantwortung für Kinder in oft
197 anspruchsvoller persönlicher und beruflicher Situation. Mehr als 40 Prozent der Allein-
198 erziehenden in Deutschland sind auf Grundsicherungsleistungen angewiesen. Ein
199 Grund dafür ist, dass Betreuungszeiten von Kita und Schule oft nicht zu den vorhande-
200 nen Arbeits- und Ausbildungsangeboten passen. Wir werden deshalb alleinerziehende
201 Eltern in besonderem Maße unterstützen. Neben mehr Betreuungsangeboten zu Tages-
202 randzeiten wollen wir Alleinerziehenden auch bei der Schulwahl mehr Möglichkeiten
203 einräumen, Grundschulen mit geeigneten Betreuungszeiten auszuwählen. Wir werden
204 ihnen mehr Flexibilität geben, indem wir ihren Gestattungsanträgen für Schulen, die
205 hinsichtlich Ort und Betreuungszeiten zu ihrer Lebens- und Arbeitssituation passen, Pri-
206 orität gewähren.

207 Wir wollen in Zusammenarbeit mit Kommunen und Jobcentern hessenweit für Ange-
208 bote sorgen, die die besonderen Bedürfnisse von Alleinerziehenden bei Schulabschluss,
209 Ausbildung, Studium, Rückkehr in den Beruf und bei der Wohnungssuche berücksichti-
210 gen.
211

212

213 **7. Kurze Beine, kurze Wege: wohnortnahes Schulangebot erhalten**

214 Wohnortnahe Kitas und Schulen sind für jede Familie eine große Erleichterung. Wir un-
215 terstützen deshalb den Erhalt von Schulen im ländlichen Raum auch bei zurückgehen-
216 den Einwohnerzahlen und ein wohnortnahes Kitaangebot.
217

218 **8. Schnell bezahlbaren Wohnraum für junge Familien schaffen**

219 Familien mit kleinen Kindern und Alleinerziehende haben es auf dem privaten Woh-
220 nungsmarkt in den hessischen Ballungsräumen besonders schwer. Wir legen deshalb
221 Förderschwerpunkte auf zügige Schaffung von mehr bezahlbaren Wohnungen für diese
222 Gruppen.
223

224 **9. Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit für Mütter und Väter einführen**

225 Gäbe es ein verbindliches Rückkehrrecht in Vollzeit und eine geförderte reduzierte Fami-
226 lienarbeitszeit, dann würden mehr Mütter und Väter ihre Arbeitszeit für ihre Kinder vo-
227 rübergehend reduzieren. Nachdem das CDU-geführte Bundeskanzleramt die Einführung
228 dieses Rechtes vor der Bundestagswahl 2017 blockiert hat, wird ein SPD-geführtes Hes-
229 sen auf Bundesebene weiter für das Rückkehrrecht in Vollzeitbeschäftigung nach Eltern-
230 und Pflegezeiten streiten.

231 **Mein Hessen von morgen ...**

232

233 **... mit besseren Schulen**

234 Die SPD steht wie keine andere Partei für das Versprechen des sozialen Aufstiegs und
235 gleicher Lebenschancen für alle Menschen. Der Schlüssel hierzu ist Bildung.

236 Der Bildungserfolg eines Kindes hängt in Deutschland noch immer sehr stark von der
237 Herkunft und vom Einkommen der Eltern ab. Das werden wir ändern.

238 Wir werden mehr Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit schaffen, indem wir
239 mehr echte Ganztagschulen anbieten, längeres gemeinsames Lernen ermöglichen, die
240 Schulsozialarbeit an allen unseren Schulen verankern und die individuelle Förderung des
241 einzelnen Kindes in den Mittelpunkt stellen. Wir sehen den Zugang zu Bildung als ein
242 lebenslanges Grundrecht jedes Menschen an, auch nach dem Schulabschluss.

243 Wir werden in Regierungsverantwortung die Schule vom Kind aus denken und die indi-
244 viduell zugeschnittene Förderung des einzelnen Kindes in den Mittelpunkt unseres Han-
245 delns stellen.

246 Entscheidungen über die Köpfe der Beteiligten hinweg sind nach unserer Überzeugung
247 in der Schule fehl am Platz. Die notwendigen Veränderungen an unseren Schulen wollen
248 wir deshalb schrittweise im ständigen Dialog mit Eltern, Lehrerschaft, Schulleitungen
249 und Schülervertretungen umsetzen.

250

251 **1. Bildung ist für uns mehr als die Aneignung von Wissen**

252 Bildung befähigt den Menschen zur Selbstbestimmung, Demokratie und sozialer Ver-
253 antwortung in einer globalisierten Welt. Sie ist entscheidend für die Entfaltung der Per-
254 sönlichkeit und schafft Akzeptanz für unterschiedliche Lebensentwürfe. Dabei geht es
255 gleichermaßen um kreative, soziale, ethische und politische Bildung wie um die prakti-
256 sche Vermittlung von Wissen und Qualifikationen, die den Zugang zu Arbeit gewährleis-
257 ten.

258 Wir wollen Bildungseinrichtungen, die Kinder und Jugendliche zu gegenseitiger Ach-
259 tung, zu Freiheit, zu Selbstständigkeit, zu sozialem Verantwortungsbewusstsein und im
260 Sinne der Ideale der Demokratie und der Völkerverständigung anregen.

261

262 **2. Schluss mit Schubladendenken: mehr Durchlässigkeit nach oben durch mehr in-
263 dividuelle Förderung**

264 Kinder bringen zunehmend unterschiedliche Lernvoraussetzungen mit. Die Unter-
265 schiede zwischen familiären und kulturellen Lebensentwürfen in den Klassenzimmern

266 und Elternhäusern nehmen zu. Wir wollen ein offenes und durchlässiges Bildungssystem,
267 das kein Kind zurücklässt und allen die gleichen Chancen eröffnet, ihre Potenziale
268 zu nutzen.

269 Um individuell auf das einzelne Kind eingehen zu können, wollen wir erstens Möglichkeiten
270 zur Erfassung der Lernvoraussetzungen für jedes einzelne Kind zur Verfügung
271 stellen. Zweitens wollen wir auch die Rahmenbedingungen zur schulischen Umsetzung
272 (Lernumgebung, Unterrichtsplanung und -gestaltung) schaffen, damit diese festgestellten
273 Lernvoraussetzungen angemessen berücksichtigt werden. Notwendig dafür sind
274 entsprechende Fortbildungen für die Lehrkräfte, aber auch Veränderungen bei den Klassen-
275 sengrößen.

276 Durch mehr individuelle Förderung wollen wir auf „Zwangsabstiege“ verzichten. Sie
277 frustrieren Kinder und führen nicht selten zu gebrochenen Bildungsbiografien.

278 Für Schülerinnen und Schüler mit Lernschwierigkeiten, Leistungs- oder Teilleistungsstö-
279 rungen sowie für diejenigen mit besonderen Begabungen wollen wir einen Anspruch auf
280 besondere pädagogische Förderung schaffen. Beratungs- und Förderzentren werden wir
281 zu „Zentren für besondere Förderung“ weiterentwickeln. Als regionale Unterstützungs-
282 agenturen beraten sie Schulen mit ihrer Kompetenz, stehen auf Abruf zur Verfügung
283 und bieten notwendiges Wissen, Material sowie Beratung.

284

285 **3. Wir garantieren Chancengleichheit**

286 Der Bildungsabschluss darf nicht von der kulturellen und sozialen Herkunft, dem Ge-
287 schlecht oder anderen äußeren Faktoren abhängen, wie dies offenkundig im hessischen
288 Schulsystem derzeit häufig der Fall ist.

289 Die Aufnahme in die weiterführenden Schulen geschieht durch direkte Anmeldung
290 durch die Eltern und Aufnahme durch die Schulleitung.

291 Zur Stärkung des Elternwahlrechts wollen wir erreichen, dass jede Schule die Schülerin-
292 nen und Schüler zu einem Schulabschluss führt, die sie aufgenommen hat. Schulform-
293 empfehlungen werden wir durch aussagekräftigere Abschlusszeugnisse ersetzen, in de-
294 nen Kompetenzen beschrieben werden.

295 Wir unterstützen die religiöse und weltanschauliche Vielfalt des Angebots durch freie
296 Schulträger, soweit das grundgesetzliche Sonderungsverbot dabei eingehalten wird.

297

298 **4. Wir stehen für vergleichbare Bildungschancen in der Stadt und auf dem Land**

299 Wir setzen uns für ein wohnortnahes breit gefächertes Bildungsangebot und damit auch
300 für den Erhalt kleiner Schulstandorte ein. Wir werden die Schulträger bei ihrer Schulent-
301 wicklungsplanung unterstützen, damit sie ihre Angebote möglichst nah am Bedarf der
302 Schülerinnen und Schülern sowie deren Eltern ausrichten können. Die Wahlfreiheit der
303 Eltern für den Bildungsgang ihrer Kinder wird von uns garantiert.

304 Wir wollen ein übersichtliches Schulsystem, das in allen Teilen Hessens die gleichen Bil-
305 dungschancen sicherstellt.

306 **5. Unser Ziel: keine Schülerin und kein Schüler ohne Schulabschluss**

307 Unser Ziel ist, dass alle Schülerinnen und Schüler die Schule mit einem Abschluss verlas-
308 sen. Wir wollen erreichen, dass jede Schule am Ende der Pflichtschulzeit einen Schulab-
309 schluss vergibt. Bei entsprechenden Voraussetzungen soll die Versetzung in die nächst-
310 höhere Schulform erteilt werden. Dazu werden wir schulformunabhängige Bildungs-
311 standards entwickeln, die beschreiben, welche Kompetenzen Schülerinnen und Schüler
312 am Ende eines Jahrgangs mindestens erreicht haben sollten.

313 Um Brüche in den Bildungsbiografien der Kinder zu vermeiden, wollen wir, dass die
314 Übergänge von der Kita in die Grundschule und von dort in die weiterführende Schule,
315 in die Berufsausbildung bzw. das Studium durch verbindliche Zusammenarbeit aller be-
316 teiligten Bildungseinrichtungen verbessert werden.

317

318 **6. Echte Ganztagschulen statt Schulgeld am Nachmittag**

319 Wir werden den Ausbau echter Ganztagschulen massiv vorantreiben. Während die
320 schwarz-grüne Landesregierung Schulen mit wenigen Stunden Nachmittagsangeboten
321 in der Woche bereits als Ganztagschulen bezeichnet, wollen wir für alle hessischen Fa-
322 milien mit diesem Bedarf ein Angebot schaffen, das diesen Namen auch tatsächlich ver-
323 dient.

324 Echte Ganztagschulen bieten allen Kindern über den Tag verteilt Unterricht, Sport,
325 Spiel, Bewegung, Hausaufgabenbetreuung und wenn nötig Nachhilfe an. Sie leisten da-
326 mit einen wesentlichen Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit sowie zur Vereinbarung von
327 Familie und Beruf und ermöglichen bessere schulische Leistungen, auch für benachtei-
328 ligte Kinder und Jugendliche.

329 Ihre Vorteile liegen auf der Hand: Sie bieten mehr Zeit zum Lernen, geben Schulen Mög-
330 lichkeiten, ihren Unterricht kindgerechter über den Tag zu verteilen („Rhythmisierung“)
331 und entlasten berufstätige Eltern. Wir werden deshalb unsere Schulen schrittweise zu
332 echten und kostenfreien Ganztagschulen in gebundener und teilgebundener Form wei-
333 terentwickeln.

334 Ein Recht auf den Besuch einer Ganztagsklasse wollen wir im Schulgesetz verankern und
335 entsprechende Angebote für alle Schülerinnen und Schüler in erreichbarer Nähe sicher-
336 stellen. Schulen, die ihr Ganztagsangebot erweitern wollen, werden wir unterstützen
337 und eine am tatsächlichen Bedarf der Lerngruppen orientierte Personalausstattung zur
338 Verfügung stellen, damit kein Antrag schon beim Schulträger zurückgewiesen werden
339 muss. Dazu werden wir ein Programm zum Ausbau von Ganztagschulen verabschieden,
340 das den Schulen verlässliche Entwicklungsperspektiven bietet.

341 Die Einführung eines Schulgelds durch die Hintertür, wie beim konzeptionslosen „Pakt
342 für den Nachmittag“ der schwarz-grünen Landesregierung, lehnen wir ab. Den Schulen,
343 die am „Pakt“ teilnehmen, bieten wir die Möglichkeit der Weiterentwicklung.

344 Ganztagschulen sollen nicht in Konkurrenz zu Vereinen und deren Angeboten stehen,
345 sondern dabei helfen, Kinder und Jugendliche für Sport, Kultur und Ehrenamt zu begeis-

346 tern. Daneben soll den Kindern und Jugendlichen auch weiterhin Zeit für selbstbe-
347 bestimmte Freizeit und Ehrenamt zur Verfügung stehen. Die Grundprinzipien und Ziele der
348 Jugendarbeit werden wir absichern.

349 Zu guten Ganztagschulen gehören für uns auch Standards für gesunde Ernährung so-
350 wie die Bereitstellung von ausreichend Sport- und Bewegungsangeboten. Hierzu wollen
351 wir mit den Schulträgern gemeinsame Vereinbarungen treffen. Die hessische Blockade
352 des EU-Schulobstprogramms werden wir aufheben und die kostenfreie tägliche Versor-
353 gung unserer Schulen mit Obst ermöglichen.

354

355 **7. Schulen als Ort des sozialen Miteinanders stärken**

356 Schülerinnen und Schüler müssen ihre Schule als einen Ort wahrnehmen, in dem sie frei
357 von Diskriminierung, Gewalt und Angst ihre eigene Identität finden können. Soziales
358 Lernen hat einen hohen Stellenwert für die Persönlichkeitsentwicklung von jungen Men-
359 schen.

360 Es darf keine Toleranz für Mobbing oder sexualisierte Gewalt geben. Betroffene Jungen
361 und Mädchen brauchen Schutz und Verständnis sowie Hilfe bei der Aufarbeitung des
362 Erlebten. Wir unterstützen das Angebot von Sozialtrainings für Klassen und Projekte zur
363 Mobbingprävention umzusetzen, und den Schulen Präventionsprogramme, Handlungs-
364 leitfäden und Fortbildungen zur Verfügung zu stellen.

365 Um bei Bedarf koordinierte individuelle Unterstützung für einzelne Kinder bzw. Jugend-
366 liche zu erreichen, regen wir die Einrichtung von runden Tischen unter Einbeziehung der
367 Familien und der außerschulischen Familienarbeit sowie der Schulsozialarbeit, der Ju-
368 gendarbeit und weiterer relevanter Stellen an.

369 Um Kinder und Jugendliche in ihrer Persönlichkeitsentwicklung zu unterstützen sowie
370 Lehrkräfte von nicht-unterrichtsbezogenen Tätigkeiten zu entlasten, werden wir die
371 Schulen mit multiprofessionellen Teams aus pädagogisch-therapeutischem Personal
372 und außerschulischen Partnern, Schulsozialarbeit und Schulpsychologen in regionaler
373 Verantwortlichkeit ausstatten.

374

375 **8. Schulsozialarbeit und Schulpsychologie am bestehenden Bedarf ausrichten**

376 Um den Bedarf nach Schulsozialarbeit zu decken, ist ein flächendeckender Ausbau erfor-
377 derlich. An jeder Schule soll es Schulsozialarbeit geben, die sich an den örtlichen Rah-
378 menbedingungen orientiert. Wir werden dafür sorgen, dass Kommunen und Schulträger
379 mit den Kosten nicht alleine gelassen werden. Unser Ziel ist das Erreichen einer Drittel-
380 finanzierung zwischen Land, Schulträger und Standortkommune. Hierzu werden wir
381 eine neue Förderpauschale zur Unterstützung der Träger einführen. Daneben werden
382 wir den schulpsychologischen Dienst ausbauen und Wartezeiten reduzieren. Dadurch
383 stärken wir die Maßnahmen für Krisenintervention und unterstützen Lehrkräfte.

384

385 **9. Bedingungen für individuelle Förderung und jahrgangsübergreifendes Lernen in**
386 **den Schulen verbessern**

387 Durch mehr jahrgangsübergreifendes und gemeinsames Lernen werden wir nicht nur
388 den Erhalt von Schulen im ländlichen Raum und damit die wohnortnahe Grundschulver-
389 sorgung sichern. Wir wollen eine Unterrichts- und Schulorganisation ermöglichen, die
390 an den individuellen Bedürfnissen der einzelnen Schülerin bzw. des einzelnen Schülers
391 ausgerichtet ist. Durch individuelle Förderung mit Förderplan und intensiver sowie re-
392 gelmäßiger Beratung von Schülerinnen und Schülern und Eltern im Verlauf eines jeden
393 Schuljahres ermöglichen wir den Verzicht auf Versetzung in die nächstniedrige Schul-
394 form und auf die Nichtversetzung in die nächsthöhere Klasse.

395 Wir werden die Rahmenbedingungen für Schulen verbessern, die jahrgangsübergreifen-
396 des Lernen realisieren wollen – z. B. in Form von gemeinsamen Lerngruppen der Klassen
397 1 und 2 („Schuleingangsstufe“), oder dem Nebeneinander unterschiedlicher Lernge-
398 schwindigkeiten („Binnendifferenzierung“) und durch andere Lehr- und Lernformen.

399 Dazu wollen wir es Lehrkräften durch zusätzliche personelle und materielle Ressourcen
400 ermöglichen, Schülerinnen und Schüler stärker individuell zu bewerten und ihre Kompe-
401 tenzen zu fördern, statt nur das Erreichen von Lernzielen zu dokumentieren.

402

403 **10. Die flexible Oberstufe: maßgeschneiderte Schuldauer und bessere Vorbereitung**
404 **auf die Zukunft**

405 Wir sind davon überzeugt, dass der neunjährige Besuch von Gymnasium bzw. Gesamt-
406 schule – also das Abitur nach 13 Schuljahren – der Normalfall und eine sinnvolle Grund-
407 lage für den Erwerb des Abiturs ist. Wir wollen jedoch, dass die Schülerinnen und Schüler
408 die Oberstufe entsprechend ihrer individuellen Bedürfnisse und ihrer Lerngeschwindig-
409 keit in zwei, drei oder vier Jahren durchlaufen können. So wird das Abitur wahlweise
410 schon nach zwölf, im Normalfall nach 13, in Ausnahmefällen nach einem längeren Zeit-
411 raum möglich – ohne ganze Jahrgangsstufen überspringen oder wiederholen zu müs-
412 sen. Schülerinnen und Schüler sollen dabei mehr Möglichkeiten erhalten, ihren eigenen
413 Bildungsverlauf in Abstimmung mit Lehrerschaft und Eltern selbst zu steuern. Damit
414 schaffen wir echte Wahlfreiheit für Schülerinnen und Schüler, die ihre Schulzeit verkür-
415 zen wollen oder aufgrund ihrer Lebensumstände mehr Zeit benötigen. Gleichzeitig er-
416 leichtern wir durch mehr jahrgangsübergreifendes Lernen den Erhalt von kleineren
417 wohnortnahen Oberstufen im ländlichen Raum.

418 Weitere Elemente der von uns angestrebten Oberstufenreform werden eine bessere
419 Vorbereitung auf Hochschule und Arbeitswelt, Berufs- und Studienorientierung, die ver-
420 stärkte Förderung von Eigenständigkeit, Verantwortung und Selbstbewusstsein sowie
421 die Stärkung der Fähigkeit zu fachübergreifendem und fächerverbindendem Arbeiten
422 sein. Bei den Prüfungsfächern in der Abiturprüfung wollen wir mehr Auswahlmöglich-
423 keiten zulassen, um die individuelle Schwerpunktsetzung von Schülerinnen und Schü-
424 lern zu fördern.

425 Bei allen Veränderungen wollen wir gewährleisten, dass die Schulen flexibel agieren
426 können. Die Schulen sollen befähigt werden, eigene Konzeptionen zu entwickeln und
427 umzusetzen. Verpflichtende Vorgaben für genehmigungsfähige Praxiskonzepte wollen
428 wir möglichst gering halten. Die Vergleichbarkeit von Leistungsanforderungen und Lern-
429 ergebnissen werden wir dabei immer sicherstellen.

430

431 **11. Das schwarz-grüne Inklusionschaos beenden**

432 Hessen hat seit mehr als 30 Jahren vielfältige Erfahrungen mit dem gemeinsamen Un-
433 terricht von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Beeinträchtigung. Die CDU-ge-
434 führten Landesregierungen der letzten 19 Jahre sind die Inklusion von Kindern mit Be-
435 einträchtigungen in die Regelschulen zu spät, zu halbherzig und ohne zu Ende gedachtes
436 Konzept angegangen. Das werden wir anders machen. Inklusion hat Vorteile für beide
437 Seiten, wenn sie richtig gemacht wird. Denn wer von vornherein mit Menschen auf-
438 wächst, die als behindert oder beeinträchtigt gelten, lernt von Anfang an, wie normal es
439 ist, verschieden zu sein und Rücksicht auf andere zu nehmen. Gut organisierter und aus-
440 gestatteter inklusiver Unterricht ermöglicht es, dass Schülerinnen und Schüler zur sel-
441 ben Zeit Unterschiedliches lernen und alle davon profitieren. Unser Ziel ist eine sonder-
442 pädagogische Grundversorgung aller Schulen entsprechend dem tatsächlichen Bedarf.
443 Dafür werden wir die notwendigen finanziellen und personellen Mittel zur Verfügung
444 stellen sowie insbesondere die Aus-, Fort- und Weiterbildungskapazitäten in der Lehrer-
445 bildung ausweiten. Damit sorgen wir dafür, dass zukünftig alle Schulen ihren Aufgaben
446 bei der Inklusion besser und ohne Qualitätsverlust gerecht werden können. Jedes Kind
447 hat das Recht, eine Schule wohnortnah zu besuchen. Das bedeutet, dass jede Schule in
448 die Lage versetzt wird, bei Bedarf inklusiv zu arbeiten. Den Einsatz der Förderpädagogen
449 an den allgemeinen Schulen werden wir transparenter und vor allem verlässlicher ge-
450 gestalten. Sie werden mindestens mit einer halben Stelle, in der Regel vollständig und fest
451 an einer allgemeinbildenden Schule eingesetzt.

452 Mit einem Masterplan Inklusion werden wir die verschiedenen Etappen auf dem Weg zu
453 einem inklusiven Schulsystem definieren. Ein solcher Masterplan muss langfristig und
454 somit über eine einzelne Wahlperiode hinaus angelegt sein.

455

456 **12. Masterplan für die Digitalisierung in Schule und Unterricht: Medien- und Digita-** 457 **lisierungskompetenz als neuen Lerninhalt für alle Schulformen verankern**

458 Die Auswirkungen von Digitalisierung und Medienentwicklung auf Schülerinnen und
459 Schüler, Eltern, Lehrkräfte und Schulen insgesamt wurde von der Landesregierung noch
460 nicht annähernd begriffen. Wir wollen Schulen zu einem zentralen Baustein für den re-
461 flektierten Umgang von Jugendlichen mit der Digitalisierung machen.
462 Fast jedes Kind hat heute ungehindert Zugang zu jugendgefährdenden Inhalten. Grup-
463 pen in sozialen Netzwerken definieren Mobbing völlig neu. Gleichzeitig stecken in der
464 Digitalisierung und Medienentwicklung vielfältige Chancen. Wir werden deshalb die

465 Vermittlung von digitaler Medienkompetenz zur Pflichtaufgabe für jede Schule machen
466 und ein Zertifikat dafür einführen.

467 Ein Masterplan für die Digitalisierung in Schule und Unterricht sowie ein Landesmedien-
468 konzept sind längst überfällig. Wir wollen, dass Schülerinnen und Schüler die Neuen Me-
469 dien selbstbewusst und kreativ nutzen, aber auch mit Risiken, etwa in Bezug auf Sucht-
470 verhalten, Mobbing, sexistische und gewaltverherrlichende Inhalte, Datenschutz usw.,
471 verantwortlich umgehen lernen. Gleichzeitig sollen die Chancen der neuen Medien kon-
472 sequent zur Gestaltung innovativer Lehr- und Lernprozesse (individuelle Förderung) her-
473 angezogen werden. Digitale Medien können dabei keine Lehrkraft ersetzen.

474 Dazu benötigen die Schulen Ausbau, Wartung und Administration der technischen
475 Infrastruktur, entsprechend qualifizierte Lehr- und Fachkräfte sowie die Versorgung mit
476 schnellem Internet.

477

478 **13. Neue Lehrkräfte braucht das Land: Lehrermangel beenden, Lehrerausbildung re-**
479 **formieren, Lehrerfortbildung stärken**

480 Wir wollen den Lehrermangel beenden, fachfremden Unterricht reduzieren, die Lehrer-
481 ausbildung reformieren und die Lehrerfortbildung stärken. Die derzeitige Einstellung
482 von Seiten- und Quereinsteigern darf die geltenden Standards für die Qualifikation von
483 Lehrkräften nicht aushebeln. Wir werden die derzeit noch unabdingbare Einstellung von
484 Seiten- und Quereinsteigern verbindlich mit Maßnahmen verknüpfen, die die Professio-
485 nalität aller dauerhaft als Lehrkräfte tätigen Personen sicherstellt.

486 Wir werden allen Lehrkräften, die als Quereinsteiger derzeit an unseren Schulen unter-
487 richten, Angebote zur Weiterqualifizierung offerieren. Falls die entsprechenden Voraus-
488 setzungen vorliegen, werden wir ihnen durch diese Weiterqualifizierungen den Erwerb
489 einer Lehrbefähigung oder eines Lehramts ermöglichen.

490 Der Bedarf an zusätzlichen Lehrerinnen und Lehrern wird auch künftig hoch sein. Eine
491 vorsorgende Personalbedarfsplanung für Hessen ist längst überfällig. Wir werden des-
492 halb die Zahl der Lehramtsstudienplätze und der Studienplätze für Sozialpädagogik in
493 Absprache mit den Universitäten so erhöhen, dass wir den künftigen Einstellungsbedarf
494 decken können. Um mehr Studierende für Mangelfächer zu gewinnen, werden wir die
495 Einführung eines eigenen Hessenstipendiums für Mangelfächer initiieren.

496 Die zweite Phase der Lehrerausbildung an den Studienseminaren und deren Veranke-
497 rung in der Fläche ist für uns unerlässlich.

498 Das hessische Lehramtsstudium ist zu praxisfern. Es bereitet auf viele Praxisanforderun-
499 gen bisher nur unzureichend vor, etwa auf Inklusion, Gruppen mit unterschiedlicher
500 Lerngeschwindigkeit, Berufsorientierung, den Umgang mit Kindern, bei denen zu Hause
501 wenig deutsch gesprochen wird, den praxisnahen und anwendungsbezogenen Einsatz
502 von digitalen Medien im Unterricht sowie den Jugendmedienschutz. Diese Defizite wer-
503 den wir angehen und dazu die Fortbildung der im Schuldienst arbeitenden Lehrerinnen
504 und Lehrer systematisch ausbauen. Um zukünftige Lehrkräfte auf die gestiegenen An-
505 forderungen ihres Berufs besser vorzubereiten, wollen wir die universitäre Phase aller
506 Lehrämter auf zehn Semester anheben.

507 **14. Die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte verbessern**

508 Die Attraktivität des Lehrerberufs in Hessen hat in den vergangenen Jahren stark nach-
509 gelassen, was sich im aktuell auftretenden Lehrermangel niederschlägt. Fast zehn Pro-
510 zent aller Lehrkräfte sind mit befristeten Verträgen beschäftigt und werden spätestens
511 nach fünf Jahren entlassen, um einem Anrecht auf eine Entfristung zu entgehen. Bei der
512 Anzahl der Lehrkräfte, welche die Sommerferien über entlassen werden, um nach den
513 Ferien wieder eingestellt zu werden, ist Hessen Spitzenreiter. Überlastungsanzeigen von
514 Lehrerinnen und Lehrern aufgrund unbesetzter Stellen sind an der Tagesordnung.

515 Wir werden deshalb prüfen, wie wir Lehrkräfte entlasten können. Für Lehrkräfte, die sich
516 als überlastet empfinden oder Gewalt erfahren, werden wir eine unabhängige Ombuds-
517 stelle schaffen.

518 Wir werden dafür sorgen, dass der Berufseinstieg künftig professionell begleitet wird
519 und dass für alle Lehrämter Beförderungsmöglichkeiten mit schulspezifischen Aufgaben
520 an den einzelnen Schulen geschaffen werden.

521 Die Grundschullehrkräfte haben eine große Verantwortung für den zukünftigen Bil-
522 dungsweg eines jeden Kindes. Durch die Ausweitung auf zehn Semester werden die
523 Grundschulstudiengänge inhaltlich aufgewertet. Um dies zu würdigen und die Un-
524 gleichbehandlung von Lehrämtern zu beenden, soll die Einstiegsvergütung künftig für
525 alle Lehrämter gleich bei A13/E13 liegen.

526 Unterschiede im Aufgabenportfolio und unterschiedliche Belastungen sollen künftig
527 durch die Anzahl der zu haltenden Unterrichtsstunden ausgeglichen werden. Für schul-
528 interne Absprachen und die Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern und Akt-
529 euren müssen feste Kooperationszeiten angerechnet werden. **Fristgerechte Stellenbe-**
530 **setzungen** müssen wieder zur Selbstverständlichkeit werden. Die mobile Vertretungsre-
531 serve werden wir mit voll ausgebildeten Lehrkräften ausbauen, um befristete Verträge
532 zu reduzieren und qualifizierten Vertretungsunterricht sicherzustellen.

533 Wir werden die unsägliche Praxis, Lehrerarbeitsverträge jährlich zum Beginn der Som-
534 merferien zu befristen, nur um die Entlohnung während der Ferienzeit einzusparen, be-
535 enden.

536

537 **15. Leitungsverantwortung wieder attraktiv machen**

538 Auch Schulleitungsstellen bleiben zunehmend vakant. Unter anderem der zunehmende
539 Verwaltungsaufwand schreckt viele Lehrkräfte von der Übernahme von Verantwortung
540 als Schulleiterin oder Schulleiter ab. Um die Übernahme von Leitungsfunktionen in der
541 Schule wieder attraktiv zu gestalten, muss das Leitungsdeputat von Schulleitungen
542 ebenfalls den steigenden Anforderungen angepasst werden. Wir wollen für eine bessere
543 Vorbereitung und Begleitung für diese Positionen sorgen. Zudem werden wir angehende
544 Schulleitungen angemessen vorbereiten und unterstützen. Den Einsatz von zusätzlichen
545 Verwaltungsfachkräften werden wir erleichtern.

546

547 **16. Selbstständigkeit und Eigenverantwortung der Schulen und der Schülerschaft**
548 **stärken**

549 Die Weiterentwicklung von Schulen zu selbstständigen Schulen ist in den vergangenen
550 Jahren ins Stocken geraten. Die Freiheit zur Entwicklung eigener Profile und Gestal-
551 tungsspielräume ermöglicht es, neue pädagogische Wege auszuprobieren. Um dies zu
552 erreichen, bedarf es einer Entlastung von verwaltungstechnischen Zwängen. Für ihre
553 Schulentwicklung wollen wir den Schulen ein eigenes Budget bereitstellen. Wir wollen
554 dabei die demokratische Selbstverwaltung von Schulen stärken. Insbesondere Schüle-
555 rinnen und Schüler sollen ihr eigenes Schulumfeld stärker als bisher altersgerecht mit-
556 gestalten können. In der Schulkonferenz der Sekundarstufe, dem zentralen Entschei-
557 dungsgremium einer Schule, sollen künftig Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler sowie
558 Eltern zu jeweils einem Drittel vertreten sein.

559

560 **17. Mehr Lehrerstellen an Schulen mit besonderen Herausforderungen bringen**

561 Die derzeitige Zuweisung von Lehrerstellen nach dem Sozialindex, der die soziale Lage
562 ihres Einzugsgebiets widerspiegelt, wollen wir im Sinne individueller Förderung ergän-
563 zen und stärker an den Bedarfen der Schülerinnen und Schülern der einzelnen Schule
564 ausrichten. Darüber hinausgehende Lehrerstellenzuweisungen werden wir an das Schul-
565 profil und die individuellen Bedingungen vor Ort koppeln.
566 Schulen, die besonders viel leisten, müssen zur Bewältigung von unterschiedlichen Lern-
567 und Erziehungsvoraussetzungen auch besonders unterstützt werden.
568 Wir werden Schluss damit machen, dass verschiedene pädagogische Profile und Kon-
569 zepte gegeneinander ausgespielt werden. Die unter Schwarz-Grün erfolgten Stellenkür-
570 zungen bei den Grundschulen und Stundenkürzungen im Bereich der Intensivbeschu-
571 lung werden wir rückgängig machen.

572

573 **18. Berufs- und Lebensweltorientierung der Schülerinnen und Schüler verbessern**

574 Wir wollen alle Schülerinnen und Schüler in die Lage versetzen, ihre Berufswahlentschei-
575 dung gut überlegt zu treffen. Schon eine frühe Beschäftigung der Jugendlichen mit den
576 verschiedenen Wegen, die sich ihnen bieten, ist hilfreich, um den späteren Übergang in
577 Ausbildung, Studium und Beruf zu erleichtern und um Abbrüche zu vermeiden.

578 Dazu gehören Informationen über die duale Ausbildung als Teil der beruflichen Orien-
579 tierung und Kompetenzfeststellungen sowie individuelle Beratungen als Grundlage für
580 die Berufswahlprozesse flächendeckend an allen weiterführenden Schulen. Hierfür wer-
581 den wir die Berufsorientierung, wie sie im Fach Arbeitslehre vermittelt wird, auch an
582 Gymnasien mit Pflichtstunden unterlegen und genügend Zeit und Raum in allen Schul-
583 formen gewähren.

584 Wir unterstützen die Lehrerschaft dabei, sich für die Möglichkeiten der Berufswahl ihrer
585 Schülerschaft auf dem aktuellen Stand zu halten und sich mit Ausbildungsbetrieben und
586 Hochschulen auszutauschen.

587 Wir wollen Jugendliche auf die Bewältigung von Fragen des Rechts und des Verbraucher-
588 schutzes vorbereiten und diese Themen dazu in den Fächern Arbeitslehre sowie Politik
589 und Wirtschaft angemessen verankern.
590

591 **19. Berufliche Schulen fit für neue Aufgaben machen**

592 Wir wollen die beruflichen Schulen wieder in die Lage versetzen, auch in der neuen Ar-
593beitswelt ihre zentrale Funktion als wichtiger Lernort neben dem Betrieb zu erfüllen, an
594dem theoretisches Wissen für eine moderne und entwicklungsfähige Berufstätigkeit
595vermittelt wird. Dafür müssen berufliche Schulen mit deutlich mehr Ressourcen ausge-
596stattet werden, auch im Hinblick auf die Anforderungen der Digitalisierung.

597 Wir wollen die beruflichen Schulen stärker darauf ausrichten, alle Potenziale auszu-
598schöpfen und junge Menschen ohne Schul- und ohne Berufsabschluss flexibler zu quali-
599fizierten Abschlüssen zu führen.

600 Wir wollen auch die Akzeptanz von kleineren Lerngruppen und die Kooperation zwi-
601schen verschiedenen Berufsfeldern, um gerade auch im ländlichen Raum Standorte be-
602ruflicher Schulen zu erhalten. So können junge Menschen wohnortnah ihre Ausbildung
603wahrnehmen.

604 Wir wollen die Ausbildung von Berufsschullehrerinnen und -lehrern an den Hochschulen
605durch zusätzliche Lehrstühle und innovative Lehrkonzepte stärken.
606

607 **20. Demokratiebewusstsein und politische Bildung stärken**

608 Demokratische Bildung ist für uns Aufgabe aller Schulformen und aller Jahrgangsstufen.
609 Dies setzt eine pädagogische Begleitung voraus. Wir wollen die politisch-demokratische
610 Bildung an allen Schulen stärken und Schülerinnen und Schüler insbesondere die Chan-
611cen und Möglichkeiten der gesellschaftlichen und politischen Partizipation sowie die
612 Chancen und Risiken ökonomischen Handelns aufzeigen. Wir wollen bereits in der
613 Grundschule damit beginnen und partizipative Ansätze, wie den Klassenrat, stärken.

614 Wir wollen durch Bildung gegen die Ausbreitung extremistischer Haltungen jedweder
615 Art vorgehen und Schulen dazu ermuntern, sich europaweit auszutauschen. Wir werden
616 sicherstellen, dass der Buch- und Medieneinsatz im Unterricht die Darstellung verschie-
617dener Lebensweisen und Persönlichkeitsmerkmale berücksichtigt.

618 „Politik und Wirtschaft“ als Leitfach der politischen Bildung werden wir stärken, indem
619 es zwingend bis zum jeweiligen Schulabschluss fortgeführt wird. Eine Aufwertung die-
620 ses Fachs in den Stundentafeln der Bildungsgänge der Haupt- und Realschule ist ebenso
621 notwendig wie die Neukonzeption eines entsprechenden Lehrplans in der Berufsschule.

622 **21. Wertevermittlung durch Religion und Ethik gewährleisten**

623 Wir wollen, dass Religionsunterricht für alle Glaubensrichtungen, die an einer Schule ge-
624 häuft vertreten sind, säkular organisiert angeboten wird. Dazu gehört vielerorts der isla-
625 mische Religionsunterricht, den wir weiter ausbauen werden. Dabei werden wir sicher-
626 stellen, dass Religion nur von Lehrkräften mit abgeschlossenem Studium unterrichtet
627 wird und die Lehrkräfte ausschließlich der staatlichen Aufsicht verpflichtet sind.
628 Atheismus und Konfessionsungebundenheit entbinden nicht von der Auseinanderset-
629 zung mit Werten und dem Kennenlernen von Religionsgemeinschaften. Deshalb werden
630 wir den Ethikunterricht aufwerten und weiter ausbauen.
631

632 **22. Den Investitionsstau beenden und zeitgemäße Schulen ermöglichen**

633 Ein leistungsfähiges Bildungssystem erfordert eine zeitgemäße Schulausstattung und
634 moderne, barrierefreie Schulgebäude. Um für Schülerinnen und Schüler individuelle För-
635 derung in Gruppen mit angepassten Lerngeschwindigkeiten zu ermöglichen, bedarf es
636 einer dafür geeigneten Raumgestaltung und -unterteilung an Schulen („Differenzie-
637 rungsräume“). Anträge auf Ganztagschulentwicklung dürfen nicht an fehlenden Sozi-
638 alräumen und Mensen scheitern.
639 Unsere Schulpolitik wird für die Schulträger verlässlicher sein als die derzeitige. Wir wol-
640 len durch eine Verstetigung der Mittel die Schulträger unterstützen, den Investitions-
641 stau an unseren Schulen beenden, die Schulausstattung modernisieren und die Rah-
642 menbedingungen für digitales Lernen schaffen. Wir wollen künftig die verlässliche und
643 planbare Finanzierung des Aus-, Um- und Neubaus von Schulen gewährleisten.
644

645 **23. Vollständige Lehr- und Lernmittelfreiheit umsetzen und Fremdwerbung an der**
646 **Schule unter Kontrolle bringen**

647 Wir wollen eine echte Lehr- und Lernmittelfreiheit durchsetzen. Die Erhebung eines so-
648 genannten freiwilligen Kopiergeldes werden wir durch die Bereitstellung von Kopierpau-
649 schalen unterbinden und so eine zusätzliche Belastung von Schülerinnen und Schülern
650 aus Elternhäusern mit geringem Einkommen beseitigen.
651 Wir wollen die Unabhängigkeit von Schule sichern und Beeinflussung verhindern. Lehr-
652 kräfte sind zunehmend dem Einfluss einer speziell auf Schule ausgerichteten Werbe-
653 branche ausgesetzt. Ob durch Wettbewerbe oder Unterrichtsmaterial – zahlreiche Fir-
654 men versuchen, ihren Markennamen in den Köpfen von Schülerinnen und Schülern und
655 ihrer Eltern zu platzieren. Deshalb fordern wir die Einrichtung einer unabhängigen
656 Monitoringstelle. Diese kann als Anlaufstelle für Lehrkräfte, Eltern und Schülerinnen und
657 Schüler fungieren, aber auch selbstständig Recherchen vornehmen und sowohl Unter-
658 richtsmaterialien als auch weitere Angebote sichten und bewerten. Anhand transparen-
659 ter Kriterien wird das Ergebnis öffentlich zugänglich gemacht.
660

661 **24. Kostenübernahme für die Schülerbeförderung auch für Azubis, Berufsschüler**
662 **und Gymnasiasten**

663 Wir setzen uns dafür ein, dass die Kosten für die Schülerbeförderung nicht nur in der
664 Primarstufe sowie in der Sekundarstufe I durch die Träger der Schülerbeförderung über-
665 nommen werden, sondern auch für den Besuch der Sekundarstufe II sowie der gesamten
666 dualen Berufsausbildung. Das Land beteiligt sich analog zu den bisherigen Regelungen
667 für die Sekundarstufe I an den Kosten.
668

669 **25. Ein Recht auf Bildung gibt es auch nach dem Schulabschluss**

670 Allen Bürgerinnen und Bürgern muss der Zugang zu Bildung, Weiterbildung, Qualifika-
671 tion und gesellschaftlicher Teilhabe möglich sein. Der Erwerb versäumter Schulab-
672 schlüsse muss an den Schulen für Erwachsene gewährleistet sein. Wir wollen lebensbe-
673 gleitende Weiterbildung durch die Volkshochschulen und öffentlich geförderte Träger
674 der Weiterbildung neben Schule, Ausbildung und Hochschule als gleichwertigen Teil des
675 öffentlichen Bildungssystems ausbauen und gemäß diesen Erfordernissen finanzieren.
676

677 **26. Kooperation statt Kooperationsverbot**

678 Statt eines Bund-Länder-Kooperationsverbots brauchen wir einen kooperativen Bil-
679 dungsföderalismus, der es dem Bund ermöglicht, im Rahmen einer Bildungsoffensive für
680 bessere Kitas, Schulen, Berufsschulen, Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen
681 die Länder zu unterstützen, ohne ihnen zentralistische Vorgaben zu machen.
682 Eine SPD-geführte Landesregierung wird sich deshalb für die Abschaffung des Koopera-
683 tionsverbots zwischen Bund und Ländern für den Schulbereich einsetzen.

684 **Mein Hessen von morgen ...**

685

686 **... mit gutem Start für junge Menschen**

687

688

689 Junge Menschen wollen die Freiheit, sich zu entfalten und verschiedene Wege im Leben
690 für sich auszuprobieren. Dazu brauchen sie verlässliche Angebote und Perspektiven für
691 Ausbildung oder Studium, für den Beruf und die spätere Familiengründung.

692 Wir wollen allen jungen Menschen ein selbstbestimmtes Leben in einer solidarischen
693 Gesellschaft ermöglichen, unabhängig von Alter, Geschlecht, sozialer und kultureller
694 Herkunft.

695 Wir setzen uns dafür ein, dass Jugendpolitik auf Landesebene wieder eine größere Be-
696 deutung bekommt. Wir reduzieren Jugendpolitik nicht auf die Frage, welche Probleme
697 Jugendliche machen, sondern welche Probleme Jugendliche haben. Deshalb wollen wir
698 Jugendliche bei Mobilität, Bildung, Gesundheit, Umweltschutz, Ausbildung und Arbeit,
699 Demokratie und Integration mitreden lassen.

700 Gesellschaftliche Teilhabe bedeutet nicht nur, dass Kinder und Jugendliche ausreichend
701 Bildungs-, Freizeit- und Kulturangebote haben. Es geht auch darum, Ausgrenzung und
702 Benachteiligung, die junge Menschen auf vielfache Weise erleben, entgegenzuwirken.
703 Dabei ist insbesondere die Stärkung derjenigen notwendig, die selbst Benachteiligung,
704 Diskriminierung oder Ausgrenzung im Alltag erleben. Eine Stärkung der breit gefächer-
705 ten Angebote der Jugendsozialarbeit, der aufsuchenden Jugendarbeit sowie insbeson-
706 dere präventiver Angebote ist dafür unabdingbar.

707

708 **1. Die Ausbildungsgarantie: allen jungen Menschen eine berufliche Qualifikation**
709 **garantieren**

710 Wir wollen eine Garantie für eine berufliche Qualifikation für jeden jungen Menschen in
711 Hessen bis 35 Jahren verankern. Denn trotz Fachkräftemangels haben viele junge Hessen
712 am unteren Rand des Schulabgängerspektrums keine Chance auf einen Ausbildungs-
713 platz. Rechnerisch kommen auf 100 Bewerberinnen und Bewerber in Hessen nur 89 Aus-
714 bildungsplätze (bundesweit: 94). Zudem haben in keinem anderen Bundesland Jugend-
715 liche mit Migrationshintergrund so große Übergangsschwierigkeiten von der Schule in
716 den Beruf.

717 Wir wollen die Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung erreichen, in-
718 dem wir die Akzeptanz aller Berufswege stärken und die Durchlässigkeit gewährleisten.
719 Niemand soll die Schule ohne Abschluss verlassen. Dazu soll die duale Ausbildung bei
720 Bedarf ergänzt werden, z. B. durch Produktionsschulen.

721 Statt einer unübersichtlichen Förderlandschaft wollen wir Schulabbrechern und ande-
722 ren jungen Menschen ohne Ausbildungsperspektive deshalb Hilfen aus einer Hand an-
723 bieten. Wir werden an allen hessischen Schulen die frühzeitige Berufs- und Studienori-
724 entierung ausbauen und verbessern. Wir wollen die duale Ausbildung in Hessen stärken.
725 Wir werden die bestehenden Angebote des Übergangs von der Schule in die Berufsausbildung
726 besser koordinieren und regelmäßig auf ihre Wirksamkeit hin überprüfen.
727

728 **2. Außerschulische Jugendbildung, politische Bildung, kritische Medienkompetenz** 729 **stärken**

730 Um Teilhabe an demokratischen Prozessen, Selbstwirksamkeit, Verantwortung und So-
731 lidarität erfahren zu können, brauchen Jugendliche selbst gestaltbare Freiräume, Orte
732 ebenso wie freie Zeit. Außerschulische Jugendbildung bietet das und ist deshalb für uns
733 eine eigenständige Bildungssäule neben Kita, Schule und Hochschule.

734 Wir brauchen mehr denn je politische Bildung als Demokratiebildung, sowohl im schuli-
735 schen als auch im außerschulischen Bereich. Hessen hat traditionell eine Vielfalt an Trä-
736 gern der politischen Bildung: Landeszentrale für politische Bildung, Volkshochschulen,
737 Jugendverbände, Jugendbildungswerke und Träger verschiedener Fachrichtungen. Ge-
738 meinsam mit ihnen wollen wir die politische Bildungsarbeit weiterentwickeln.

739 Darüber hinaus müssen Angebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks Jugendliche
740 stärker als Zielgruppe ernst nehmen. Ein vielfältiges regionales Angebot für Kinder und
741 Jugendliche in allen Angeboten von hessischen Sendeanstalten ist nötig, um Vielfalt und
742 Medienkompetenz zu fördern.

743 Die Fähigkeit zum verantwortlichen und kritischen Umgang mit Informationsangeboten
744 von Rundfunk, Print- und Onlinemedien und sozialen Netzwerken ist essenziell für den
745 Fortbestand unserer Demokratie. Wir wollen die Vermittlung eines verantwortlichen
746 Umgangs mit den Chancen und Gefahren digitaler Medien und die Förderung der Aus-
747 einandersetzung mit diesen Medien bereits in der Schule und außerschulisch.
748

749 **3. Kinder und Jugendliche entscheiden mit über ihre Zukunft**

750 Wir wollen Kinder und Jugendliche stärken und mitbestimmen lassen. Wir setzen uns
751 dafür ein, dass Jugendpolitik auf Landesebene wieder eine größere Bedeutung erhält.
752 Wir werden nicht über Kinder und Jugendliche sprechen, sondern mit ihnen gemeinsam
753 unsere Gesellschaft gestalten. Dazu wollen wir

- 754 • die Einführung des aktiven Wahlalters von 16 Jahren für Kommunalwahlen,
755 um Jugendliche frühzeitig aktiv zu beteiligen und ihr politisches Interesse zu
756 fördern,
- 757 • die Verankerung klarer, an den Kinderrechten orientierter Leitlinien zur Sicher-
758 stellung der Beteiligung junger Menschen,

- 759
- 760
- 761
- 762
- 763
- 764
- eine Ausgestaltung aller **Beteiligungsformen**, die auch Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund und aus sozial benachteiligten Elternhäusern zur Mitwirkung anregt sowie
 - die dauerhafte Förderung der **Ombudsstelle für Kinder- und Jugendrechte** in Hessen durch das Land, damit Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebenslagen Beratung und Unterstützung erhalten.

765

766 **4. Freiräume für das ehrenamtliche Engagement junger Menschen verteidigen**

767 Ehrenamt entsteht in der Jugendphase. Wer als Kind oder als Jugendlicher ehrenamtlich
768 aktiv ist, engagiert sich meist auch im späteren Leben für die Gemeinschaft. Die Ange-
769 boten und Strukturen der Kinder- und Jugendarbeit bieten gute Bedingungen für den Ein-
770 stieg in ehrenamtliches Engagement; wir wollen sie erhalten und zeitgemäß weiterent-
771 wickeln.

772 Jugendliche können sich aber nur im Ehrenamt engagieren, wenn sie dafür genügend
773 Freiräume haben. Dafür unterstützen wir den Ausbau der Zusammenarbeit zwischen
774 Schule und Vereinen, auch im Bereich der Ganztagsschulangebote.

775 Auch für Studierende muss es geschützte Zeiten in der vorlesungsfreien Zeit geben, da-
776 mit sie neben Veranstaltungen und Prüfungen noch ehrenamtlich in Freizeiten, Ferien-
777 spielen und Zeltlagern tätig sein können. Die Jugendleiter-Card (Juleica) wollen wir auf-
778 werten, die Jugendleiter/-innen sollen die gleichen Vergünstigungen bekommen wie bei
779 der Ehrenamts-Card.

780

781 **5. Die Freiheit, zu studieren und sich beruflich weiterzuqualifizieren**

782 Wir wollen, dass jede und jeder selbst entscheiden kann, ob sie oder er die Freiheit, zu
783 studieren, in Anspruch nimmt. Deshalb ist auch die Finanzierung von Bildung an Hoch-
784 schulen eine öffentliche Aufgabe. Für die SPD bleibt es auch in Zukunft dabei: Das Stu-
785 dium an hessischen Hochschulen bleibt wie an allen anderen Bildungseinrichtungen ge-
786 bührenfrei. Nur so kann der Zugang zu den Hochschulen unabhängig vom Geldbeutel
787 der Eltern für alle offengehalten und eine wesentliche Voraussetzung für gleiche Bil-
788 dungschancen erfüllt werden. Auch die Gebühren für den Erwerb des Meistertitels wol-
789 len wir in Zusammenarbeit mit den Kammern abschaffen.

790 Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass das BAföG kontinuierlich angehoben
791 und das Schüler-BAföG ausgeweitet wird. Beides sind wichtige Instrumente zur Ent-
792 kopplung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg. Wir wollen die Zahl der jungen Men-
793 schen mit Hochschulzugangsberechtigung aus finanziell schwächer gestellten Eltern-
794 häusern deutlich erhöhen. Die Mittel des Deutschland-Stipendiums müssen ins BAföG
795 zurückgeführt werden.

796 Wir werden den Bau von **Wohnungen für Studierende und für Auszubildende** mit eigen-
797 en Förderprogrammen unterstützen.

798 Die SPD Hessen setzt sich für eine **Öffnung der Studentenwerke für Auszubildende** ein
799 und für eine entsprechende Reform des hessischen Studentenwerksgesetzes. Sie sollen
800 **zu Bildungsförderungswerken ausgebaut** werden, die Beratungsangebote, Wohnraum-
801 versorgung und soziale Infrastruktur vorhalten. Sie sind zur Erfüllung ihrer Aufgaben fi-
802 nanziell auskömmlich auszustatten. Ihre Verwaltungsräte sollen um Vertreterinnen und
803 Vertreter der Gewerkschaften und der Auszubildenden erweitert werden.
804

805 **6. Mehr Zugänge und Möglichkeiten für Ausbildung, Studium und Teilzeitstudium**
806 **schaffen**

807 Zu einem modernen Bildungssystem, das alle Fähigkeiten ausschöpft und immer wieder
808 neue Chancen bietet, gehört eine große Durchlässigkeit.

809 Wir wollen erstens, dass Studierende, die entscheiden, ihr Studium abzubrechen, einen
810 besseren Zugang zur dualen Ausbildung erhalten. Wir wollen die **Anrechnung von Stu-**
811 **dienleistungen in der Berufsausbildung** erreichen. Zweitens soll es umgekehrt aber ge-
812 nau so möglich sein, **von einem Ausbildungsberuf in ein Studium** zu wechseln. Dazu wol-
813 len wir eine bessere Anerkennung und Anrechnung von Vorleistungen und beruflich er-
814 worbenen Kompetenzen auf Hochschulstudiengänge.

815 Drittens wollen wir den Übergang zwischen Hochschulen für angewandte Wissenschaf-
816 ten und Universitäten weiter erleichtern.

817 Wir setzen uns dafür ein, dass ein Teilzeitstudium mit dem Ziel Bachelor oder Master in
818 allen Fächern möglich ist. Dies soll auch berufsbegleitende Studienmöglichkeiten eröff-
819 nen. Insgesamt wollen wir so viel Flexibilität im Studium ermöglichen, dass es mit den
820 unterschiedlichsten Lebenssituationen vereinbar wird.

821 Ferner sollen Studienmöglichkeiten am Abend für Berufstätige und Studierende mit
822 Kind geschaffen werden.

823 Für alle geeigneten Studierenden wollen wir einen Zugang zur Promotion ermöglichen.

824 **Mein Hessen von morgen ...**

825

826 **... mit bezahlbaren Mieten und einem guten Le-**
827 **ben im Ballungsraum**

828

829 Die Lebensbedingungen entwickeln sich nicht nur zwischen Stadt und Land auseinander,
830 sondern immer stärker auch innerhalb der Städte. Eine zentrale Aufgabe wird es sein,
831 bezahlbaren Wohnraum auch für normale Einkommen zu schaffen und damit die neue
832 soziale Frage im gesamten Ballungsraum zu lösen. Um dieses Ziel zu erreichen, werden
833 wir mehr investieren, Kommunen und Wohnbaugesellschaften stärken und die kommu-
834 nale Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften verbessern. Denn regionale Her-
835 ausforderungen werden nur regional gelöst. Wir haben Mut zur Stadt.

836

837 **1. Herausforderungen in der Region meistern**

838 Der Ballungsraum Rhein-Main ist sehr attraktiv für viele Menschen. Seit 2001 sind
839 100.000 Menschen in die Stadt Frankfurt gezogen. Der Zuzug ins engere Rhein-Main-
840 Gebiet ist ungebremsst. Dies schafft neue Herausforderungen: Bereits heute gehören
841 Frankfurt und Darmstadt hinsichtlich der Mieten zu den acht teuersten Orten Deutsch-
842 lands. Allein in der Stadt Frankfurt fehlen bereits heute 30.000 Wohnungen. Die Pend-
843 lerströme bringen den Verkehr werktags zum Erliegen. Die großen Herausforderungen
844 in der südhessischen Metropolregion können nicht mehr von einzelnen Kommunen al-
845 lein bewältigt werden.

846 Die SPD steht zu einer Internationalen Bauausstellung (IBA) Frankfurt/Rhein-Main, die
847 exemplarisch und gemeinsam mit den Städten und Gemeinden Pilotprojekte für Leben,
848 Wohnen, Arbeiten und Mobilität heute entwickelt – in wachsenden wie auch in
849 schrumpfenden Städten. Eine SPD-geführte Landesregierung wird sich für eine städti-
850 sche Politik der kurzen Wege stark machen – wir wollen Wohnen, Leben und Arbeiten in
851 den Städten integrieren.

852 Trotz der wachsenden Wohnraumknappheit im Rhein-Main-Gebiet wurden von den
853 rund 2.300 Hektar, die seit 2010 im Regionalplan zur Bebauung vorgesehen sind, von den
854 Kommunen dafür nur 27 Prozent verbindlich ausgewiesen. Lediglich weitere 14 Prozent
855 sind tatsächlich bebaut worden. Wir wollen den Wohnungsneubau deshalb vereinfach-
856 en. Wir werden uns mit den Beteiligten an einen Tisch setzen, um Planungsverfahren
857 handlicher zu gestalten in Bezug auf Beteiligungsrechte, Vorschriften und juristische
858 Auseinandersetzungen. Denn oft liegt es nicht am fehlenden Geld, sondern an den An-
859 forderungen an die Schaffung von Bauland, die bezahlbaren Wohnraum verhindern.

860

861 Wir wollen Kommunen und Regionalplanung mit Blick auf die Entwicklungen im Met-
862 ropolraum im Bereich der Flächenplanung handlungsfähiger machen. Eine Struktur, die
863 bei der Wachstumsdynamik des Ballungsraums acht bis zehn Jahre für die Flächennut-
864 zungsplanung benötigt, versündigt sich an den Entwicklungschancen der Region. Eine
865 SPD-geführte Landesregierung wird die bestehenden Regelungen zur Flächennutzungs-
866 planung so ändern, dass bei Bedarf schneller gehandelt werden kann und einzelne Kom-
867 munen bei akuten Problemen wie dem aktuellen Wohnungsmangel schneller aktiv wer-
868 den können.

869 Auch mit Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung ist mehr Kooperation geboten. Denn
870 Unternehmen fühlen sich weniger den Kommunen verpflichtet, sondern suchen für sich
871 häufig den besten Standort mit Blick auf Flächenplanung, Kosten und Infrastruktur. Ge-
872 meinsame Strategien zur Ansiedlung von Gewerbe und Wirtschaftskraft bieten die
873 Chance, als Region wirtschaftlich erfolgreich zu sein und unzumutbare Lärm- und Um-
874 weltbelastungen für wenige zu reduzieren.

875

876 **2. Wohnen wieder bezahlbar machen – für alle**

877 Wir werden uns mit höchster Priorität uns der Aufgabe annehmen, möglichst zügig für
878 mehr bezahlbaren Wohnraum zu sorgen. Wir benötigen die Planung für mehr bezahlba-
879 ren Wohnraum aus einer Hand und werden deshalb die Bereiche Wohnungsbau und
880 Landesentwicklung wieder in einem Ministerium bündeln.

881 Wir werden den Wohnungsbau zusätzlich zu den Mitteln des Bundes mit originären Lan-
882 desmitteln ergänzen. Unser Ziel ist es, dass jährlich der Neubau von mindestens 6.000
883 Wohnungen mittels erstem und zweitem Förderweg finanziell unterstützt wird. Woh-
884 nen muss überall bezahlbar bleiben oder es wieder werden. In den Ballungszentren sor-
885 gen wir für mehr bezahlbaren Wohnraum, der auf die unterschiedlichen Bedarfe Rück-
886 sicht nimmt: Kleinere Wohnungen für die vielen Ein-Personen-Haushalte, aber auch
887 große Wohnungen für Familien und Wohnheime für Studierende und Auszubildende.
888 Unser Ziel ist dabei immer eine gute Mischung der Wohnungen – frei und gefördert.

889 Die Hessische SPD setzt sich für die Erhaltung von preiswertem Wohnraum in allen Lan-
890 desteilen ein. Dazu bedarf es einer Wohnungsförderung, die darauf zielt, die auslaufen-
891 den Sozialbindungen zu erneuern oder durch den Bau neuer Sozialwohnungen mindes-
892 tens zu kompensieren. Deshalb werden wir den Bau von Sozialwohnungen und Woh-
893 nungen für mittlere Einkommen nicht nur in den Städten, sondern auch in den Landkrei-
894 sen fördern, in deren Kommunen es auch angespannte Wohnungsmärkte gibt. In der
895 derzeitigen Niedrigzinsphase muss die öffentliche Förderung mit einer Tilgungs- und/o-
896 der Zuschussförderung flankiert werden. Alleinige Zinszuschüsse sind zurzeit nicht at-
897 traktiv.

898 Zur Sicherstellung der zielgenauen und nachhaltigen Förderung werden wir bei der
899 Vergabe von Fördermitteln des Landes kommunale Wohnraumversorgungskonzepte zu-
900 grunde legen. Dadurch wird sich die Förderung des Landes noch stärker als bisher am
901 regionalen Bedarf orientieren. Die Wohnraumförderung soll dabei auch die Entwicklung

902 in den Städten unterstützen. Wir wollen auch den privaten Wohnungsbau fördern. Ins-
903 besondere junge Familien haben den Wunsch nach einem Eigenheim. Deshalb wollen
904 wir in Hessen die Grunderwerbsteuer für förderungswürdige Gruppen senken, um damit
905 einen Anreiz für private Investitionen zu schaffen.

906 Wir setzen uns nachhaltig für den Erhalt der Nassauischen Heimstätte und der Projekt-
907 stadt als Landeswohnungsbaugesellschaft ein. Wohnen ist Daseinsvorsorge. Es geht um
908 62.500 Wohnungen und um 700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die hervorragende
909 Arbeit leisten.

910 Wohnen in genossenschaftlich organisierten Formen wird in Zukunft immer bedeutsa-
911 mer und erstrebenswerter sein. Bei einer Genossenschaft handelt es sich insofern um
912 eine besondere Art von Vermieter, als dass die Bewohnerinnen und Bewohner durch ihre
913 Anteile am Eigenkapital beteiligt sind, also quasi Eigentümer der Genossenschaft sind.
914 Sie genießen dadurch mehr Mitbestimmungsrechte. In Zeiten, in denen der Bau eines
915 Eigenheims aufgrund der hohen Kosten vielerorts auch für mittlere Einkommen finansi-
916 ell schwierig umzusetzen ist, bietet genossenschaftlicher Wohnungsbau eine attraktive
917 Alternative. Mit dieser Beteiligung am Eigentum geht auch fast automatisch ein höherer
918 Mieterschutz einher, den es zu fördern gilt.

919 Wir werden den Wiedereinstieg von Unternehmen in den Bau von **Werkwohnungen**
920 anregen. Damit sollen auch die Unternehmen in die Verantwortung genommen werden,
921 für ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Wohnungen zu schaffen, die Durch-
922 schnittsverdiener bezahlen können. Die Förderung soll durch Abschreibungsmöglichkei-
923 ten oder Wohnungsbauzuschüsse auch in Kooperation mit den Kommunen erwirkt wer-
924 den.

925 Nach wie vor haben wir einen hohen Bedarf an Wohnungen für Studierende an den
926 Hochschulstandorten. Wir werden deshalb den Bau von Wohnungen für Studierende
927 und für Auszubildende mit eigenen Förderprogrammen unterstützen.

928 Wir werden das hessische **Wohnungsbaufördergesetz** novellieren. Unsere Kernpunkte
929 für ein solches Gesetz sind: intelligente energetische Sanierung als Verpflichtung bei
930 Neu- und Umbauten, Förderung regenerativer Energien im Wohnungsbau, Kooperation
931 von Kommunen mit Energieversorgern, Ausbau öffentlicher Wohnbauförderung, Ver-
932 längerung der Bindungsdauer für Sozialwohnungen, Ausbau des sozialen Wohnungs-
933 baus und dementsprechend höhere Mittelzuweisung an die Kommunen, staatliche För-
934 derung alternativer Wohnkonzepte wie beispielsweise „Wohnen für Hilfe“, Mehrgene-
935 rationenhäuser und verpflichtende Evaluationen von Förderprogrammen und -projek-
936 ten. Beim Ausbau der Solarenergie legen wir besonderen Wert auf die Ermöglichung von
937 **Mieterstrom-Modellen**, die es Mietern ermöglichen, an den gesunkenen Preisen für So-
938 larstrom teilzuhaben.

939 Eigentum verpflichtet – das gilt ganz besonders, wenn es um bezahlbares Wohnen geht.
940 Viele Kommunen kämpfen tapfer gegen die Spekulation, indem sie Bauland ausweisen
941 und das Baurecht nutzen, wo es nur geht. Eine SPD-geführte Landesregierung muss beim
942 Kampf gegen Spekulation helfen, statt sie – wie unter der derzeitigen Landesregierung
943 der Fall – noch zu belohnen. Deshalb wollen wir uns auf Bundesebene für eine neue
944 Grundsteuer C auf Flächen einsetzen, die trotz vorhandener Baugenehmigung für

945 **Wohnraum ungenutzt brachliegen.** Unbebautes, aber Land mit Baurecht muss mit die-
946 ser Grundsteuer C besteuert werden und damit deutlich höher als solches, auf dem So-
947 zialwohnungen oder andere Mietwohnungen stehen – das ist heute noch umgekehrt.
948 Wir werden das **Wohnungsaufsichtsgesetz** novellieren. Es muss der Spekulation durch
949 Leerstand ein Riegel vorgeschoben werden. Dazu gehört auch die Möglichkeit für Kom-
950 munen, die Zweckentfremdung von Wohnraum zu verhindern.
951 Wir werden den Bau von behindertengerechten und altengerechten Wohnungen unter-
952 stützen. Dies ist die notwendige Konsequenz aus dem demografischen Wandel.
953 Mieterinnen- und Mieterschutz ist für uns eine zentrale Aufgabe. Deshalb wollen wir,
954 dass der gesetzliche Mieterschutz auch im Hessischen Wohnungsbaugesetz verankert
955 wird.

956

957 **3. Mehr Lebensqualität in den Innenstädten**

958 Wir wollen mehr Lebensqualität in den Innenstädten. Ein entscheidender Baustein dafür
959 ist, dass wir Strategien für den Handel im 21. Jahrhundert entwickeln und die **Luft- und**
960 **Lärmbelastung** im Verkehrsbereich senken. Mit unseren Konzepten für Radschnellwege
961 und attraktivere Bus- und Bahnverbindungen fördern wir den Umstieg von Pendlern auf
962 ÖPNV und Fahrrad und sorgen so für weniger Autoverkehr in den Innenstädten. Wir un-
963 terstützen darüber hinaus die Einführung von weiteren Tempo-30-Zonen in verkehrsbe-
964 lasteten Wohngebieten.

965 **Wohnortnaher Einzelhandel** ist ein wichtiges Element für Lebensqualität. Der Online-
966 handel hat bereits jetzt einen großen Anteil am Einzelhandel. Hier gilt es, Internet- und
967 lokalen Handel zu verknüpfen. Wir wollen, dass ein Förderprogramm vonseiten des Lan-
968 des gemeinsam mit den Einzelhandelsverbänden initiiert wird, um gerade kleineren Ein-
969 zelhändlern diese Möglichkeit der Netzpräsenz zu geben.

970

971 **4. Stadtplanung und Sozialpolitik zusammen denken**

972 Stadtplanung ist mehr als nur Bau, Stadtplanung gestaltet das Leben von Menschen.
973 Eine aktive Stadtentwicklung trägt entscheidend dazu bei, dass sich Menschen wohl-
974 und sicher fühlen.

975

976 Wir brauchen die **Beteiligung von allen Bevölkerungsgruppen** vor Ort, damit auf die un-
977 terschiedlichen Bedarfe der Menschen eingegangen wird. Dazu ist es nicht ausreichend,
978 allein in Bürgerversammlungen die politisch interessierten Bürgerinnen und Bürger zu
979 befragen. Wir brauchen die aktive Einbeziehung von Kindern, Jugendlichen, Frauen und
980 Menschen mit Beeinträchtigungen. Die Ausweitung der Bürgerbeteiligung ersetzt nicht
981 die Entscheidung in den Kommunalparlamenten.

982 Wir wollen eine Aufwertung der öffentlichen Räume – Beseitigung von Angsträumen,
983 Verbesserung der Aufenthaltsqualität und Schaffung von Barrierefreiheit. Dies wird bei
984 uns zu einem Schwerpunkt in der Städtebauförderung werden.

985 Wir sorgen für Integration von der Kinderbetreuung über Schule, über Vereine, über Bil-
986 dungseinrichtungen wie Büchereien, Museen, Theater und Initiativen, von Stadtteilfes-
987 ten bis hin zu interkulturellen Angeboten, von der Beteiligung in den Parlamenten über
988 die Eröffnung von Geschäften. Integration heißt, die Offenheit zu haben, dass Menschen
989 ihre Identität bewahren und sich um ihre Stadt und das Gemeinwohl kümmern und sich
990 verantwortlich zeigen.

991 Kreise, Städte und Gemeinden haben in den vergangenen Jahren Unglaubliches bei der
992 Aufnahme, Versorgung und Integration von Menschen auf der Flucht geleistet. Verwal-
993 tungen und Ehrenamtliche haben Hand in Hand dafür gearbeitet, dass wir die Menschen
994 gut aufgenommen haben.

995 Die Landesplanung und Förderprogramme müssen auf die demografischen Veränderun-
996 gen reagieren. Dabei geht es nicht um das Gegeneinander der Generationen, sondern
997 darum, dass alle ihre Möglichkeiten und Erfahrungen einbringen. Wir unterstützen die
998 Kommunen, damit eine aktive Politik den demografischen Wandel vor Ort gestaltet.
999 Jede Generation braucht ihre Infrastruktur – von der Kinderkrippe bis zum Treffpunkt für
1000 Senioren.

1001

1002 **5. Programm „Soziale Stadt“ – Integration gelingt im Quartier**

1003 Das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ ist ein Garant dafür, dass Stadtteile mit be-
1004 sonderem Entwicklungsbedarf auch in Zukunft gezielt gefördert werden, um die Lebens-
1005 bedingungen der Menschen vor Ort zu verbessern und weitere Negativentwicklungen
1006 möglichst aufzuhalten. Es muss daher weiter ausgebaut und gestärkt werden. Wir wol-
1007 len eine zusätzliche Stärkung und Verstetigung des Investitionspakts „Soziale Integra-
1008 tion im Quartier“. Wir setzen uns dafür ein, dass das Programm der „Sozialen Stadt“ ge-
1009 zielt auf Maßnahmen einerseits im energetischen, städtebaulichen, infrastrukturellen
1010 und ökonomischen Bereich angewendet wird. Andererseits wollen wir damit nachbar-
1011 schaftliches Engagement sowie Maßnahmen gegen Ausgrenzung und Absonderung ein-
1012 zelner Gruppen gezielt fördern. Die Basis, auf der diese Maßnahmen umgesetzt werden,
1013 ist auf kommunaler Ebene angesiedelt und somit bürgernah. Gefördert werden also
1014 städtebauliche und stadtplanerische Unternehmungen sowie soziale, zwischenmensch-
1015 liche Projekte vor Ort, die den Zusammenhalt in den Stadtteilen stärken und diese sozial
1016 stabilisieren und hinsichtlich der Lebensqualität aufwerten.

1017

1018 **Mein Hessen von morgen ...**

1019

1020 **... mit einem Recht auf Mobilität: für alle, über-**
1021 **all und bezahlbar**

1022

1023

1024 Jeder Mensch in Hessen hat ein Recht auf Mobilität: Überall und dennoch an den örtli-
1025 chen Bedarfen orientiert, sicher und bezahlbar. Die SPD tritt mit dem Anspruch an, dieses
1026 Recht durchzusetzen. Dabei gilt dem Schutz vor Lärm- und Umweltbelastungen ein be-
1027 sonderes Augenmerk. Hessens Verkehr hat sich in den letzten Jahren zur Großbaustelle
1028 entwickelt. Die Pendlerinnen und Pendler versinken jährlich auf 119.000 Kilometern in
1029 38.000 Stunden Stau. Das reicht dreimal um die Erde. Gleichzeitig sind Züge völlig über-
1030 lastet, Schienenstrecken fehlen. Versäumte Investitionen beeinträchtigen Straßen und
1031 Brücken und damit wirtschaftliche Entwicklungschancen in Hessen. Gleichzeitig werden
1032 die Mobilitätsbedarfe der Menschen im ländlichen Bereich, die ganz andere Antworten
1033 verlangen, nicht erfüllt. Das muss sich ändern.

1034

1035 **1. Mobilität überall: ob in der Stadt oder auf dem flachen Land**

1036 Wir wollen die Mobilität in den wachsenden Städten genauso wie in den ländlichen
1037 Regionen sicherstellen. Dafür werden wir die lokalen Nahverkehrsorganisationen und
1038 die Verkehrsverbünde stärken und die Übergänge zwischen dem Fahren mit dem
1039 eigenen Auto und der Nutzung von Bussen und Bahnen vereinfachen. Wir werden den
1040 öffentlichen Personennahverkehr ausbauen, um die Mobilität auch in Regionen mit
1041 zunehmender Bevölkerung sicherzustellen. Gerade mit Blick auf demografische
1042 Entwicklungen wollen wir im ländlichen Raum zusätzlich auf alternative Angebote wie
1043 Rufbusse, Bürgerbusse, Taxis und Mietwagen sowie Anrufsammeltaxis setzen. Mobilität
1044 zur Erledigung täglicher Geschäfte, zum Besuch von Freunden und Familie oder zum
1045 Aufsuchen von Gesundheitseinrichtungen darf keine Frage des Wohnortes sein.

1046

1047 **2. Mobilität für jeden Geldbeutel**

1048 Wir wollen das Fahren mit Bussen und Bahnen in Hessen attraktiver machen, indem die
1049 Anpassung der Fahrpreise gedämpft wird und die Einnahmeausfälle über die Solidarfi-
1050 nanzierung kompensiert werden.

1051

1052

1053 **3. Verkehre verzahnen – Übergänge verbessern**

1054 Wir werden ein integriertes Verkehrskonzept auflegen. Ein Konzept, das alle
1055 Verkehrsträger verzahnt und eine nahtlose Mobilitätskette schafft: von der Schiene über
1056 den Bus, das Taxi, den Pkw, das Fahrrad bis hin zu den eigenen zwei Beinen. Dafür werden
1057 wir beispielsweise die kommunalen Verkehrsunternehmen dabei unterstützen, sich zu
1058 Mobilitätsdienstleistern weiterzuentwickeln, die die Nutzung von Bussen und Bahnen,
1059 Carsharing und Mietfahrräder unter einem Dach verbinden.

1060 Den Veränderungen im individuellen Mobilitätsverhalten sowie den wirtschaftlichen,
1061 ökologischen und regionalen Herausforderungen wird damit Rechnung getragen. Ein
1062 integriertes Verkehrskonzept muss auf die ländlichen Bedarfe zum Beispiel im hinteren
1063 Vogelsberg andere Antworten geben als etwa auf städtische wie in der Frankfurter
1064 Innenstadt. Wir brauchen ein Mobilitätsversprechen für Hessen. Denn alle Menschen
1065 haben ein Recht auf Mobilität.

1066 Wir werden eine Mobilitätsberatung für die Nutzerinnen und Nutzer des Landes-Jobti-
1067 ckets, das wir unter denselben Bedingungen auch den Kommunen eröffnen wollen, an-
1068 bieten. Die Mobilitätsberatung ermöglicht eine bewusste Wahl des optimalen Verkehrs-
1069 mittels. Zudem kann eine effektive Beratung die Schwachstellen im ÖPNV-System expli-
1070 zit darstellen.

1071

1072 **4. Saubere Mobilität fördern, Busse und Bahnen besser finanzieren**

1073 Wir werden die Belastung von Mensch und Umwelt durch Abgase und Feinstaub in den
1074 Städten und Gemeinden weiter reduzieren, ohne dabei die Mobilität einzuschränken.
1075 Wir wollen, dass sich jede und jeder Mobilität leisten kann. Unser Ziel ist es, dass bis 2030
1076 in allen hessischen Großstädten keine Busse mit konventionellem Antrieb mehr fahren.
1077 Dazu werden wir die Nachrüstung von Dieselnissen und Taxis sowie die Anschaffung
1078 von Bussen mit alternativen Antriebsformen mit Unterstützung des Bundes fördern.
1079 Kommunale Verkehrsunternehmen sollen bei der Umstellung ihrer Fuhrparke auf alter-
1080 native Antriebe ermutigt werden.

1081 Die Fahrradinfrastruktur wollen wir ausbauen: mit mehr innerörtlichen Fahrradspuren,
1082 aber auch mit der Verbesserung der Nutzungsmöglichkeiten für E-Bikes durch überörtli-
1083 che Schnell-Rad-Wege, durch Ladestationen an öffentlichen Gebäuden und sichere so-
1084 wie komfortable Abstellmöglichkeiten.

1085 Für einen zuverlässigen öffentlichen, auch schienengebundenen Personennahverkehr
1086 sind Investitionen in eine gute Infrastruktur notwendig, die verlässlich finanziert sind.

1087 **5. Kommunen für mehr Mobilität unterstützen**

1088 Wir werden daher die Mittel für den kommunalen Straßenbau und den ÖPNV im Rah-
1089 men des Landesprogramms zum Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf 200 Millio-
1090 nen Euro verdoppeln und den Eigenanteil von finanzschwachen Kommunen begrenzen.
1091 Gleichzeitig werden wir uns für die Aufstockung der Bundesmittel auf eine Milliarde
1092 Euro starkmachen. Nur durch gemeinsame Anstrengungen können wir den öffentlichen
1093 Personenverkehr fit machen.
1094

1095 **6. Stopp der Zwangsbeiträge für den Straßenausbau in Hessen**

1096 Wir sehen weiterhin erheblichen Korrekturbedarf bei der Erhebung von Straßenbeiträ-
1097 gen in Hessen.
1098 Die CDU-geführte Landesregierung hat viele Städte und Gemeinden in den vergangenen
1099 Jahren zur Erhebung von Straßenbaubeiträgen gezwungen und damit die bisherige frei-
1100 willige Regelung ins Gegenteil verkehrt. Eine Ursache dafür ist, dass die Investitionsbe-
1101 darfe der Städte und Gemeinden unzureichend im Kommunalen Finanzausgleich be-
1102 rücksichtigt sind. Der Versuch der schwarz-grünen Landesregierung, sich auf dem Rü-
1103 cken der Städte und Gemeinden finanziell besser zu stellen, hat zu dieser Lage geführt.
1104 Wir sehen erheblichen Handlungsbedarf.
1105 Unser Ziel ist, dass die Regelung zu den zwangsweisen Straßenbeiträgen in ihrer heuti-
1106 gen Form abgeschafft und die Finanzierung sowie der Ausbaustandard stärker vor Ort
1107 geregelt werden können. Einzelheiten, wie Übergangsregelungen oder die finanzielle
1108 Unterstützung der Kommunen, werden wir in Zusammenarbeit mit den Kommunalen
1109 Spitzenverbänden erarbeiten.
1110

1111 **7. Investitionsstau und Blockaden beim Autobahn- und Straßenbau auflösen**

1112 Eine gut ausgebaute Infrastruktur schafft die Voraussetzungen für Wirtschaftswachs-
1113 tum und sichert somit Arbeitsplätze. Das gilt aber nicht nur mit Blick auf die Anbindung
1114 der vielen geheimen Champions im Mittelstand, die sich häufig in der Fläche des Landes
1115 angesiedelt haben. Die Verkehrsinfrastruktur in Hessen ist in Milliardenhöhe unterfi-
1116 nanziert und wird schon seit vielen Jahren nur noch auf Verschleiß gefahren.
1117 Wir werden den Investitionsstau bei den Landesstraßen in Hessen auflösen. Dabei legen
1118 wir den besonderen Schwerpunkt auf den Erhalt der bestehenden Landesstraßen. Au-
1119 ßerdem werden wir uns beim Neu- und Ausbau auf Lückenschlüsse und sinnvolle Erwei-
1120 terungen konzentrieren. Wir werden die Investitionen in den Landesstraßenbau inner-
1121 halb der Legislaturperiode auf die Höhe der Abschreibungen aufstocken.
1122 Wir werden prüfen, wie das Land die Kommunen bei ihrem Straßenbau besser unter-
1123 stützen kann.
1124 Wir werden die Straßenbauverwaltung Hessen Mobil stärken und mehr Personal für Pla-
1125 nung, Bau und Betrieb einstellen. Für die Aufgaben im Bereich der Straßenbauverwal-
1126 tung brauchen wir gute und qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir wollen

1127 Nachwuchs fördern und ausbilden. Das Instrument „Studium plus“ (berufliche Quali-
1128 fikation in der Praxis in Verbindung mit einem Studium) hat sich in der Wirtschaft be-
1129 währt. Wir wollen mithilfe von „Studium plus“ zusätzlichen Nachwuchs ausbilden. Wir
1130 werden den Hochschulen zur Förderung der Bauingenieurausbildung mehr Mittel zu-
1131 weisen. Eine Privatisierung der Landesstraßenbauverwaltung Hessen Mobil wird es mit
1132 uns nicht geben.

1133 Wir werden für den zügigen Weiterbau der A 44, der A 49 und weiterer Bundesstraßen
1134 sorgen und keine weiteren Verzögerungen bei den Planungen dulden.

1135

1136 **8. Schienenverkehr attraktiver machen**

1137 Die Mobilitätswende in Hessen braucht einen starken Schienenpersonennah- und -fern-
1138 verkehr. Pünktlichkeit, Bezahlbarkeit und Zuverlässigkeit müssen das Markenzeichen
1139 der Eisenbahnen in unserem Land sein.

1140 Um den Schienenverkehr im ländlichen Raum zu stärken, werden wir Strecken wie die
1141 Lumdatalbahn, Horloffthalbahn, die Bahnstrecke zwischen Baunatal und Kassel-Wil-
1142 helmshöhe sowie die Waldkappeler Bahn im Stadtgebiet Kassel reaktivieren. Gleichzei-
1143 tig setzen wir uns für die Elektrifizierung wichtiger Strecken wie die Taunusbahn und die
1144 Eisenbahnstrecke Vellmar-Wolfhagen ein.

1145 Wir werden darüber hinaus wichtige Schienenprojekte für den Regionalverkehr voran-
1146 treiben, wie zum Beispiel das dritte Gleis für die Main-Weser-Bahn nach Gießen, die
1147 Nordmainische S-Bahn oder die Regionaltangente West. Neben einer Verkürzung der
1148 Planungszeiten, bei gleichzeitiger früherer Beteiligung der Bürger, müssen auch die ent-
1149 sprechenden finanziellen Mittel zeitnah bereitgestellt werden. Schon heute könnte der
1150 schienengebundene Nahverkehr in Frankfurt/Rhein-Main und in den Verdichtungsräu-
1151 men in Mittel- und Nordhessen einen signifikant höheren Anteil an Menschen beför-
1152 dern. Die dafür notwendige Infrastruktur und die Leistungsangebote sind aber nicht in
1153 dem benötigten Umfang vorhanden.

1154 Zur Beschleunigung des Fernverkehrs in Hessen setzen wir uns außerdem für den Aus-
1155 bau der Strecke Hanau–Fulda/Würzburg/Bad Hersfeld, Mannheim–Frankfurt ein. Die
1156 Mitte-Deutschland-Verbindung muss zwischen Kassel und Thüringen/Sachsen ausge-
1157 baut werden.

1158 Bahnhöfe haben in den Städten und Gemeinden neben ihrer verkehrlichen Funktion
1159 häufig eine hohe städtebauliche Bedeutung. Wir wollen ihre Attraktivität erhöhen. Dazu
1160 werden wir auf Landesebene ein „Bahnhöfe-Förderprogramm 2030“ auflegen und damit
1161 Bahnhöfe mit vielen Pendlern und hoher städtebaulicher Funktion sanieren und die
1162 Standortkommunen so entlasten. Wir werden uns zudem für die Umsetzung der Barrie-
1163 refreiheit an allen Bahnhöfen einsetzen.

1164

1165 **9. Hessen: Land der Mobilität 4.0**

1166 Mit der Digitalisierung wollen wir unsere Mobilität sicherer und effizienter organisieren.
1167 Wir werden daher Hessen zum Vorreiter der Mobilität des digitalen Zeitalters machen.

1168 Als die Voraussetzung für eine landesweite Vernetzung der Mobilität werden wir den
1169 flächendeckenden Ausbau des schnellen Internets und das Ausrollen des neuen Stan-
1170 dards 5G vorantreiben. Gemeinsam mit der Automobilindustrie, Zulieferern sowie Wis-
1171 senschaft und Forschung wollen wir auf dem Autobahnnetz und auf Landstraßen in Hes-
1172 sen ein Testfeld für die Erprobung des vernetzten Fahrens schaffen.

1173 Gleichzeitig werden wir junge Unternehmen fördern, die neue digitale Mobilitätskon-
1174 zepte entwickeln, um die Vernetzung des ÖPNV mit der Nutzung von Autos und Fahrrä-
1175 dern voranzutreiben. Um die Information der Nutzerinnen und Nutzer über die verschie-
1176 denen Mobilitätsangebote in Hessen zu verbessern, wollen wir eine digitale Mobilitäts-
1177 plattform Hessen Mobil 4.0 schaffen. Wir werden die in Hessen zur Verfügung stehen-
1178 den Instrumente für unsere verkehrspolitischen Zielsetzungen überprüfen und ggf. an-
1179 passen. Ein Instrumentarium hierfür ist für uns das House of Mobility and Logistics
1180 (HOLM).

1181

1182 **10. Mehr Akzeptanz von Mobilität durch mehr Lärmschutz**

1183 Wir werden den Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner vor Lärm zu einer wichtigen
1184 Säule unserer Verkehrspolitik machen. Ohne eine wirksame Eindämmung der negativen
1185 Folgen auf Gesundheit und Umwelt wird die weitere Entwicklung des Verkehrs keine
1186 Akzeptanz in der Bevölkerung finden. Daher wollen wir innerorts mehr Möglichkeiten
1187 für die Einrichtung von verkehrsberuhigten Tempo-30-Zonen erreichen. Der Aus- und
1188 Neubau von Schienenstrecken muss mit einem effektiven Lärmschutz einhergehen.
1189 Dazu wollen wir eine schrittweise Angleichung der Regularien für die Lärmsanierung an
1190 Bestandsstrecken an die Vorschriften der Lärmvorsorge an neuen Strecken erreichen.

1191

1192 **11. Transport und Logistik als Stütze der wirtschaftlichen Entwicklung**

1193 Hessen ist aufgrund seiner zentralen Lage der wichtigste Transport- und Logistikstand-
1194 ort in Deutschland. Hunderte von kleinen und mittelständischen Unternehmen in Hes-
1195 sen sorgen dafür, dass die deutsche Wirtschaft ihre Waren weltweit zu ihren Kunden
1196 transportieren kann. Dabei finden Tausende von gut qualifizierten Beschäftigten ihren
1197 Arbeitsplatz in der Transport- und Logistikbranche. Wir setzen uns für den Ausbau von
1198 weiteren Güterverkehrs- und Logistikzentren in Hessen ein und werden in den Städten
1199 die Erprobung neuer städtischer Logistikkonzepte unterstützen. Wo möglich, fördern wir
1200 dabei den Umstieg von der Straße auf die Schiene.

1201

1202 Wir setzen uns für bessere Arbeitsbedingungen der Lkw-Fahrerinnen und -Fahrer ein
1203 und wollen erreichen, dass die Rahmen- und Kontrollbedingungen für Lenk- und Ruhe-
1204 zeiten gestärkt werden. Darüber hinaus wollen wir im Einvernehmen mit den Anwohne-
1205 rinnen und Anwohnern den Bau von Lkw-Parkplätzen an Autobahnraststätten vorantrei-
1206 ben, damit die Lkw-Fahrerinnen und -Fahrer ihre gesetzlichen Lenk- und Ruhezeiten un-
1207 ter menschenwürdigen Bedingungen verbringen können.

1208 **Mein Hessen von morgen ...**

1209

1210 **... mit Chancen für den ländlichen Raum**

1211

1212 Der ländliche Raum ist Heimat für Millionen von Menschen in Hessen. Wir wollen seine
1213 Chancen nutzen und die Lebensqualität steigern. Den Abzug des Sozialstaates aus der
1214 Fläche zu stoppen, hat deswegen Priorität. Öffentliche Leistungen wie Gesundheit, Bil-
1215 dung, Kultur müssen allen Menschen zugänglich sein. Unser zweites Augenmerk gilt der
1216 regionalen Wirtschaftsentwicklung und der Ansiedlung von Arbeitsplätzen im ländli-
1217 chen Raum. Als Land wollen wir vorangehen und Teile der Landesverwaltung wieder ver-
1218 stärkt dezentral zu den Menschen in die Fläche verlagern. Schon jetzt ist der ländliche
1219 Raum häufig Sitz vieler „hidden Champions“ im Mittelstand. Im Dialog mit Arbeitge-
1220 bern, Gewerkschaften und Politik wollen wir regionale Entwicklungspotenziale aus-
1221 schöpfen und neue Impulse für die regionale Wirtschaftskraft geben. Basis ist die Mo-
1222 dernisierung der regionalen Infrastruktur. Auch das wird den ländlichen Raum weiter
1223 aufwerten.

1224

1225 **1. Alle Hessinnen und Hessen haben Anspruch auf gleichwertige Lebensbedingun-**
1226 **gen – für eine wohnortnahe Infrastruktur**

1227 Gerechtigkeit bedeutet für uns immer auch räumliche Gerechtigkeit. Dieses Ziel ist
1228 gleichzeitig ein Plädoyer für den ländlichen Raum. Denn ländlicher Raum ist keine staat-
1229 liche Rückbaufläche. Wir werden daher verhindern, dass sich Lebensbedingungen zwi-
1230 schen Stadt und Land weiter auseinanderentwickeln. Wir sagen JA zum ländlichen
1231 Raum.

1232 Durch veränderte Mittelzuweisungen wollen wir dafür sorgen, dass es in ganz Hessen
1233 wohnortnah ein von der Einwohnerzahl unabhängiges Grundangebot geben kann. Da-
1234 für gilt es, die interkommunale Zusammenarbeit auszubauen. Schulen, Kindertagesstät-
1235 ten und andere öffentliche Einrichtungen sollen nicht automatisch geschlossen werden,
1236 wenn Nutzungszahlen sinken. Eine SPD-geführte Landesregierung wird die bisherige Ab-
1237 wärtsspirale aufhalten. Deswegen wollen wir mit den kommunalen Spitzenverbänden
1238 gemeinsam auch ein Vorhalteprinzip für Kernbereiche öffentlicher Daseinsvorsorge ent-
1239 wickeln. Infrastruktur soll so auch dann gehalten werden können, wenn bestimmte Nut-
1240 zerzahlen nicht erreicht werden. Klar ist, dass wir die kommunale Familie bei der Finan-
1241 zierung nicht im Regen stehen lassen werden. Wer bestellt, bezahlt. Diesem Prinzip wol-
1242 len wir wieder zur Geltung verhelfen.

1243

1244 Das wirtschaftliche Betätigungsverbot der Gemeinden werden wir zum Schutz der örtli-
1245 chen Daseinsvorsorge lockern.

1246 Um auch dem Anspruch flächendeckender Mobilität gerecht zu werden, wollen wir zu-
1247 sammen mit den Verkehrsverbänden innovative Modelle wie Anruf- und Sammeltaxis
1248 weiter ausbauen. Gerade in der Fläche hängt das öffentliche Verkehrsangebot häufig an
1249 den Schülerverkehren. Rückläufige Schülerzahlen dürfen allerdings nicht zum vollstän-
1250 digen Rückzug öffentlich geförderter Mobilität führen. Diese Spirale werden wir aufbre-
1251 chen. Alle Hessinnen und Hessen haben Anspruch auf Mobilität, unabhängig ob sie im
1252 Ballungsraum oder in anderen Regionen Hessens leben.
1253

1254 **2. Gesundheitsversorgung überall erreichbar halten**

1255 Gerade angesichts der demografischen Entwicklung müssen wir Gesundheitsversor-
1256 gung und Pflege in ländlich geprägten Gebieten aufwerten. Kliniken wollen wir unter-
1257 stützen, Leistungen, die sie aus wirtschaftlichen Gründen nicht mehr würden anbieten
1258 können, im Verbund mit anderen Anbietern aufrechtzuerhalten. Krankenhäuser der
1259 Vollversorgung und Akutkrankenhäuser müssen überall gut erreichbar sein. Für die An-
1260 siedlung von Landärzten wollen wir neue Anreize schaffen. Vor allem wollen wir aber
1261 mit flächendeckenden qualifizierten Gemeindeschwestern bzw. Gesundheitsassisten-
1262 ten in ausreichender Zahl auch innovative Angebote in der Gesundheitsversorgung
1263 schaffen. Die rheinland-pfälzische SPD hat das Konzept in einem Flächenland erfolgreich
1264 etabliert. Als Fachkräfte sollen die qualifizierten Gemeindeschwestern Patienten am
1265 Wohnort aufsuchen und bei der Einschätzung des Gesundheitszustands unterstützen.
1266 Ärzte können mit telemedizinischer Unterstützung fachlich begleiten. Wir wollen so
1267 eine wohnortnahe Ansprechperson im Bereich von Gesundheit und Pflege schaffen und
1268 den Zugang zur Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum verbessern.
1269

1270 **3. Kommunale Teilhabe schaffen – Gemeinschaft stärken**

1271 Mit einer Aufwertung von kommunaler Bildung, Kultur und Orten der Begegnung wol-
1272 len wir die kommunale Gemeinschaft stärken.
1273 Bildung bedeutet dabei mehr als Lernen. Bildung ist die Eintrittskarte für unsere Gesell-
1274 schaft. Bildung ist Teilhabe. Einrichtungen müssen für die Menschen erreichbar sein.
1275 Deswegen dürfen Bildungseinrichtungen wie Büchereien, Volksbildungsvereine, Volks-
1276 hoch- und Musikschulen, Museen und kulturelle Einrichtungen nicht als „freiwillige Leis-
1277 tungen“ der kommunalen Familie nach Belieben weggespart werden.
1278 Das schwarz-grüne KiföG („Kinderförderungsgesetz“) gefährdet die Finanzierung kleiner
1279 Kitas im ländlichen Raum. Das werden wir ändern und es durch ein besseres Gesetz er-
1280 setzen. Wir werden es durch Regelungen ersetzen, die die Bedürfnisse von Familien im
1281 ländlichen Raum berücksichtigen.
1282 Sport ist Verfassungsziel – jedoch werden die Kommunen mit der Bereitstellung und
1283 dem Betrieb von Sportanlagen allein gelassen. Gerade Hallen- und Freibäder sind im Be-
1284 trieb teuer und defizitär. Hier werden wir für finanzielle Unterstützung sorgen, damit
1285 Kinder schwimmen lernen und die Gesundheit von Jung und Alt gefördert wird.

1286 Mit dem Weggang von Läden, Gastronomie und Banken verschwinden vielerorts auch
1287 die Treffpunkte und Begegnungsorte. Deswegen werden wir die Bürgerhäuser als Be-
1288 gegnungsstätten wiederbeleben. Dafür braucht es nicht nur häufig eine Sanierung ma-
1289 roder Bausubstanz, die wir mit Landesmitteln unterstützen werden. Wir werden auch
1290 mehr Fördermittel für Dorfkümmerner und Dorfaktivierer bereitstellen, damit ein inhalt-
1291 liches Angebot für Jung und Alt entstehen kann. Dabei sollen die Digitalisierung und der
1292 Umgang mit neuen Technologien in Form von Reparaturcafés und offenen Werkstätten
1293 Einzug in die Bürgerhäuser halten. Gleichzeitig kann dies ein Beitrag zum generationen-
1294 übergreifenden Austausch sein.
1295

1296 **4. Regionale Wirtschaftskraft stärken – Arbeitsplätze schaffen**

1297 Perspektiven für regionale Entwicklung und Ansätze gegen den Wegzug der Jüngeren
1298 hängen wesentlich auch von der Schaffung von Arbeitsplätzen ab. Zentral ist hier der
1299 Mittelstand. In Hessen befinden sich viele mittelständische Unternehmen, die in ihrem
1300 jeweiligen Bereich zur Weltspitze gehören. Zur Förderung des Mittelstandes wollen wir
1301 daher regionale Netzwerke und die Kooperation mit regional wirkenden Wissensträgern
1302 wie Fachhochschulen stärken. Wissens- und Forschungseinrichtungen wollen wir unter-
1303 stützen, regionale Ausgliederungen zu schaffen, um die Präsenz in der Fläche zu erhö-
1304 hen. Wir werden Strategien zum Aufbau dualer Hochschulen im ländlichen Raum ent-
1305 wickeln. Für kleine und mittlere Unternehmen sind Forschungsförderung und Förderung
1306 des Nachwuchses auf akademischer Ebene und auf der Ebene der dualen Ausbildung es-
1307 senziell. So geben wir Impulse für Wachstum, das gute Arbeit schafft sowie sichert und
1308 den Regionen zugutekommt.

1309 Hessens starke Regionen mit ihren erfolgreichen Unternehmen in Industrie, Handel,
1310 Handwerk und Landwirtschaft sollen stark bleiben, deshalb werden wir uns für einen
1311 Branchendialog einsetzen, um gemeinsam auf Veränderungen und Herausforderungen
1312 zu reagieren. Wir wollen ein Gesprächsformat als Trialog zwischen der Landesregierung,
1313 Arbeitgeberverbänden sowie den Gewerkschaften und Betriebsräten einrichten. Dieses
1314 muss in den einzelnen Regionen unseres Landes organisiert werden. Über regelmäßige
1315 Strukturberichte sind Handlungsbedarfe aufzeigen und konkrete Handlungsschritte im
1316 Sinne der Beschäftigten einzuleiten. Wir wollen echte, integrierte Regionalentwicklung
1317 in allen Teilen unseres Landes. Dazu brauchen die regionalen Akteure die tatkräftige Un-
1318 terstützung durch das Land.

1319 Für regionale Entwicklung wollen wir klare Verantwortlichkeiten in der Landespolitik
1320 schaffen. Wir wollen einen Mr. oder eine Mrs. „Ländlicher Raum“ installieren, um gebün-
1321 delt Ansprechpartner für Akteure vor Ort sein zu können. Eine SPD-geführte Landesre-
1322 gierung wird die Entwicklung im ländlichen Raum in einem Ministerium bündeln und im
1323 Namen verankern. Regionalentwicklung darf kein Randthema sein. In enger Abstim-
1324 mung mit den Verantwortlichen vor Ort werden wir dezentrale, regionale, landkreis-
1325 übergreifende Entwicklungspläne erarbeiten, wie wir es bisher nur im Rahmen der Regi-
1326 onen im LEADER-Programm praktizieren. Mittelzentren sollen gestärkt werden, um die

1327 Infrastruktur, mit der sie umliegende Ortschaften versorgen, abzusichern. Regionale
1328 Entwicklung wird so im Verbund gefördert.

1329 Die Rolle der Landespolitik für die Zukunft der regionalen Entwicklung und des ländli-
1330 chen Raums nehmen wir an. Deswegen wird eine SPD-geführte Landesregierung einen
1331 **Gesetz- und Verordnungcheck für den ländlichen Raum** einführen. Damit werden wir
1332 die Auswirkungen und Folgen von Landespolitik für die regionale Entwicklung prüfen
1333 und stärker im Sinne der Regionen steuern. Für die Schaffung guter Arbeit in der Fläche
1334 werden wir vorangehen. Dabei werden wir einerseits den flächendeckenden Ausbau des
1335 **Breitbandnetzes für Hochgeschwindigkeitsinternet** beschleunigen, um den ländlichen
1336 Raum für alle Unternehmen attraktiver zu machen, die auf einen schnellen Zugang an-
1337 gewiesen sind. Andererseits werden wir Teile der Justiz und Landesverwaltung selbst in
1338 die Regionen verlagern und neue Behördenstrukturen, wenn möglich, vorrangig gleich
1339 im ländlichen Raum aufbauen. So werden unmittelbar Arbeitsplätze bei den Menschen
1340 geschaffen und regionale Wirtschaftskraft angeregt.

1341

1342 **5. Sparkassen vor Ort sichern**

1343 Wir wollen die Sparkassen in Hessen leistungsfähig und regional verankert erhalten und
1344 stärken. Sparkassen sind als Zugang für alle Bevölkerungsgruppen zu Finanzdienstleis-
1345 tungen unentbehrlich und für die Menschen und Betriebe in allen Teilen des Landes ein
1346 verlässlicher und innovativer Partner. Sie sind Teil öffentlicher Infrastruktur, sie gehören
1347 zu einer an den Bedürfnissen der Menschen wie der kleinen und mittelständischen Un-
1348 ternehmen ausgerichteten Daseinsvorsorge.

1349 Wir werden die öffentlich-rechtlichen Sparkassen daher für die Zukunft sichern und die
1350 enge Verbindung mit ihren kommunalen Trägern fördern. Eine Konzernbildung im Spar-
1351 kassenwesen lehnen wir ab, weil wir die erfolgreiche dezentrale Geschäftsstrategie stär-
1352 ken wollen. Diese Ausrichtung ist unmittelbar an den Bedürfnissen der Menschen und
1353 der Wirtschaft vor Ort ausgerichtet und gut für Hessen.

1354

1355 **6. Tourismus als gelebte regionale Wirtschaftsförderung**

1356 Für die hessische SPD ist Tourismuspolitik gelebte regionale Wirtschaftspolitik. Hessens
1357 Tourismus-Destinationen müssen besser gefördert werden. In Hessen hat sich in den
1358 letzten fünf Jahren die touristische Entwicklung zwischen den großen Städten und den
1359 ländlichen Regionen gegensätzlich entwickelt. Die amtierende Landesregierung hat bei
1360 der Aufgabe versagt, mit geeigneten Förderprogrammen eine planvolle Tourismused-
1361 wicklung zu ermöglichen. Gerade die Nachfolgeproblematiken im ländlichen Raum wol-
1362 len wir in den Blick nehmen, denn mit jeder Schließung eines gastronomischen Betriebs
1363 verliert der Ort ein Stück Lebensqualität und Attraktivität. Deshalb wird sich die hessi-
1364 sche SPD dafür einsetzen, Förderprogramme zu folgenden Themen in den ländlichen
1365 Räumen anzubieten: touristische Nachhaltigkeit, Barrierefreiheit, Qualitätsverbesse-
1366 rung der touristischen Angebote, Fachkräftegewinnung und Innovationsunterstützung.

1367 Um den unterschiedlichen Herausforderungen im Tourismus gerecht zu werden, bedarf
1368 es einer ressortübergreifende Tourismuskoordination innerhalb des Landes.
1369

1370 **7. Perspektiven für Kassel-Calden**

1371 Für Nordhessen ist der Kassel Airport ein wichtiges Infrastrukturprojekt. Der Flughafen
1372 ist als **Gewerbe- und Industriestandort** für luftfahrtaffine Betriebe führend unter den
1373 Regionalflughäfen. Derzeit befinden sich hier fast 900 direkte Arbeitsplätze und rund
1374 3.000 indirekte und induzierte Arbeitsplätze bei einer direkten Bruttowertschöpfung
1375 von rund 50 Millionen Euro. Die schwarz-grüne Landesregierung hat bisher keine Bemü-
1376 hungen unternommen, sich für noch mehr Gewerbeansiedlung einzusetzen und den
1377 Flughafen weiterzuentwickeln. Wir werden das ändern.

1378 Dass der Flughafen sich nicht so entwickelt hat, wie erhofft, ist auch der schwarz-grünen
1379 Evaluierung des Flughafens anzulasten. Diese von den Grünen geforderte und kürzlich
1380 vollzogene Evaluierung hat der Entwicklung des Flughafens geschadet, denn jede Inves-
1381 tition braucht Planungssicherheit. Während die EU-Kommission dem Flughafen bis 2024
1382 Zeit gegeben hat, sich zu entwickeln, hat Schwarz-Grün dafür gesorgt, dass in den ver-
1383 gangenen Jahren ständig die Herabstufung zu einem Verkehrslandeplatz im Raum
1384 stand.

1385 Wir wollen gemeinsam mit der Wirtschaft, der Universität Kassel und dem House of Lo-
1386 gistics & Mobility (HOLM) ein Konzept zur Ansiedlung für luftfahrtaffine technologieori-
1387 entierte Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen entwickeln sowie eine Beteiligung
1388 der nordhessischen Wirtschaft an der Trägergesellschaft einfordern.

1389 **Mein Hessen von morgen ...**

1390

1391 **... mit guter Arbeit und wirtschaftlicher Stärke**

1392

1393

1394 Hessen als Land in der Mitte Deutschlands und Europas hat beste Voraussetzungen, Ar-
1395 beitswelt und Wirtschaft von morgen zu gestalten und zu entwickeln. Wir wollen sie so
1396 gestalten, dass Fortschritt, Innovationen und neue Technologien zu Chancen für die ge-
1397 samte Bevölkerung werden. Wirtschaft dient der Gesellschaft – nicht umgekehrt. Dafür
1398 müssen wir für Ordnung auf dem Arbeitsmarkt sorgen. Veränderungen in der Wirt-
1399 schaft- und Arbeitswelt müssen so gestaltet werden, dass sie neue, gut bezahlte Arbeit
1400 für alle schaffen und keine Bedrohung darstellen. In gleichem Maße müssen wir Nach-
1401 haltigkeit und Innovation fördern. Diesem Ausgleich der Interessen verschreibt sich die
1402 SPD seit dem Godesberger Programm. Aus technischem Fortschritt muss sozialer Fort-
1403 schritt werden. Unser besonderes Augenmerk gilt dem Erhalt und der Stärkung von Pro-
1404 duktion und Verarbeitung in der Fläche. In Hessen befinden sich viele industrielle Ar-
1405beitsplätze im ländlichen Raum, dies soll im Sinne der Herstellung gleichwertiger Le-
1406bensbedingungen zwischen Stadt und Land auch so bleiben.

1407

1408 **1. Tarifpartnerschaft: alte Werte und neue Technologien**

1409 Sozialpartnerschaft, Mitbestimmung und demokratische Teilhabe bei der Gestaltung
1410 von Arbeitsbedingungen ist die Basis der sozialen Marktwirtschaft, sorgt in Krisen für
1411 Stabilität und ist der Erfolgsfaktor im internationalen Wettbewerb. Damit die Heraus-
1412 forderungen des digitalen Wandels gemeistert werden, bedarf es einer Stärkung der so-
1413 zialpartnerschaftlichen und betrieblichen Aushandlungsprozesse.

1414 Auch und gerade bei der öffentlichen Auftragsvergabe müssen soziale Kriterien durch-
1415 gesetzt werden. Das Hessische Vergabe- und Tariftreuegesetz hat zu keinerlei Verbesse-
1416 rungen im öffentlichen Auftragssektor geführt. Nach wie vor sind Dumpinglöhne und
1417 Gesetzesverstöße an der Tagesordnung. Die SPD bleibt dabei: Das beste Gesetz nützt
1418 nichts, wenn es nicht kontrolliert wird. Wir setzen uns daher für wirkungsvolle Kontroll-
1419 mechanismen, die Begrenzung von Subunternehmerketten und harte Strafen bei Ver-
1420 stößen ein.

1421 Wir sehen im Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz ein Instrument zur Wiederher-
1422 stellung von Ordnung auf dem Arbeitsmarkt und zur Durchsetzung von guter Arbeit für
1423 alle Arbeitenden.

1424 Gleichzeitig wollen wir Wirtschaftsförderung stärker an soziale Kriterien wie die Ta-
1425 rifbindung und die innerbetriebliche Mitbestimmung ausrichten. Wir werden endlich
1426 Gleichbehandlung einführen und arbeitgeber- und arbeitnehmerorientierte Beratungs-

1427 und Bildungseinrichtungen, insbesondere in den Bereichen Strukturwandel und Digitalisierung institutionell fördern.
1428
1429

1430 **2. Gute Arbeit und Wirtschaft 4.0**

1431 Um den Industriestandort Hessen zu sichern und Zukunftsmärkte zu erschließen, müssen Unternehmen, Gewerkschaften, Staat und Wissenschaft eng zusammenarbeiten.
1432
1433 Wir werden daher umgehend ein „Zukunftsbündnis Wirtschaft Hessen“ ins Leben rufen.
1434 Wir wollen Digitalisierung zur Chefsache machen und werden diesbezügliche Kompetenzen in der Landesregierung bündeln. Dieses soll Entwicklungschancen gemeinsam
1435 analysieren und im gesellschaftlichen Konsens wegweisende Projekte erarbeiten. Dabei
1436 muss es auch darum gehen, die regionale Entwicklung und Digitalisierung der Unternehmen voranzutreiben. Start-up-Unternehmen wollen wir verstärkt fördern, um den
1437 Wirtschaftsstandort Hessen zukunftsfähig zu gestalten.
1438

1440 Die Digitalisierungsberatung der Unternehmen muss zwingend um die Beratung und Unterstützung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erweitert werden. Eine SPD-geführte Landesregierung wird sich aktiv im Bund für die Weiterentwicklung des Betriebsverfassungsgesetzes gerade im Bereich der Digitalisierung engagieren. Die Digitalisierung wird Berufsbilder und damit Anforderungen an die Ausbildung von Fachkräften verändern.
1445

1446 Entscheidend ist aber, dass auch morgen jeder eine Arbeit findet. Niemand darf durch die Digitalisierung abgehängt werden. Deswegen wollen wir die berufliche Bildung und Weiterbildung, die Qualifikation und Nachqualifikation stärken. Dafür brauchen wir unter anderem eine starke Bundesagentur für Arbeit und starke Jobcenter. Eine SPD-geführte Landesregierung wird sich im Bund dafür starkmachen, die Arbeitslosenversicherung in eine Arbeitsversicherung umzuwandeln. Diese soll auch Leistungen für Beschäftigte anbieten, beispielsweise für solche, die sich auf neue Berufsbilder vorbereiten wollen. Alle sollen ein verbindliches Recht auf Weiterbildung erhalten.
1453

1454 Wir werden ein Programm „Digitalisierung der Arbeitswelt“ auf den Weg bringen. Dieses soll interdisziplinär ausgerichtet sein und wissenschaftliche Forschung mit konkreten Praxisbeispielen verbinden. Bei der konkreten Ausgestaltung des Programms sollen die Gewerkschaften und Betriebs- sowie Personalräte beteiligt werden.
1457

1458 Unser Ziel: Hessen soll zum Zentrum der Wirtschaft 4.0 – der Verschmelzung von Fertigung, industriellen Dienstleistungen, Handwerk und anderen Wirtschaftsbereichen mit datenbasierten Diensten werden. 82 % der Beschäftigten sind von der Digitalisierung betroffen. Viele verspüren Mehrbelastungen und Unsicherheit. Die Arbeitswelt der Zukunft wird digitaler, mobiler und vernetzter sein.
1462

1463 Wichtig ist uns, dass dabei die Menschen nicht unter die Räder kommen. Gerade in einer flexibleren und veränderten Arbeitswelt müssen Arbeitnehmerrechte und Mitbestimmung eine große Rolle spielen. Auch in einer digitalisierten Arbeitswelt sind Ruhezeiten nötig. Wir werden uns für eine Klarstellung des Rechts auf Nichterreichbarkeit einsetzen, um Belastungen, die sich mit orts- und zeitflexibler Arbeit verbinden, zu begrenzen. Dafür werden wir uns beispielsweise mit Blick auf das Arbeitszeitgesetz starkmachen.
1468

1469 Wir wollen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mehr Souveränität bei der Ein-
1470 teilung ihrer Zeit erhalten. Deswegen wollen wir uns im Bund für die Einführung eines
1471 allgemeinen Rechts auf befristete Teilzeit einsetzen. Beschäftigte sollen in bestimmten
1472 Lebensphasen ihre Arbeitszeit selbstbestimmt reduzieren können, ohne in die Teilzeit-
1473 falle zu geraten.

1474 Wir wollen, dass der Sonntag auch zukünftig der Familie gehört und Zeit für Erholung
1475 und Entspannung vom Arbeitsalltag bietet. Er ist und bleibt für uns daher in besonders
1476 hohem Maße schutzwürdig. Sonntagsarbeit wird mit uns weiterhin nur in gesellschaft-
1477 lich notwendigen und betriebswirtschaftlich unabwendbaren Bereichen zulässig sein.
1478 Ladenöffnung an Sonntagen muss auf das äußerste Maß begrenzt bleiben und darf nur
1479 für besondere Anlässe gelten.

1480

1481 **3. Langzeitarbeitslosigkeit wirksam bekämpfen**

1482 Die anhaltend gute Entwicklung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes hat leider nicht
1483 dazu geführt, dass die Langzeitarbeitslosigkeit wirksam zurückgegangen ist. Deshalb
1484 müssen Hilfen für Langzeitarbeitslose noch gezielter eingesetzt werden. Dabei ist es bes-
1485 ser, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

1486 Wir brauchen einen wirksamen „Passiv-Aktiv-Transfer“, mit dem Erwerbstätigkeit geför-
1487 dert wird, statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Für diejenigen, die auf absehbare Zeit
1488 keine Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt haben, müssen wir einen öffentlichen sozi-
1489 alen Arbeitsmarkt schaffen.

1490 Wir wollen mehr sozialversicherungspflichtige Arbeit im Bereich der Haushaltswirt-
1491 schaft schaffen. Zu viele Frauen arbeiten in diesem Bereich ohne Versicherung und ohne
1492 Anspruch auf Rente. Deshalb soll in einem Pilotversuch ein Gutscheinmodell analog zum
1493 Belgischen Modell erprobt werden. Ein solches Modell übernimmt die Differenz des
1494 Lohns, der für Haushaltsdienstleistungen am Markt gezahlt wird, und einer tariflichen
1495 Entlohnung. Mit diesem Modell fördern wir auch die notwendigen Dienstleistungen
1496 rund um die Pflege und entlasten Familien.

1497

1498 **4. Land Hessen – Arbeitgeber mit Vorbildfunktion**

1499 Nach 19 Jahren CDU-geführten Regierungen in Hessen ist für die Wertschätzung der Be-
1500 schäftigten im öffentlichen Dienst ein Politikwechsel dringend erforderlich. Jahrelang
1501 mussten sie als Spargbüchse der Landesregierung herhalten. Keine oder nur geringe Be-
1502 soldungs- und Tariferhöhungen, die längste Wochenarbeitszeit bundesweit und Kürzun-
1503 gen der Beihilfe sind nur einige Beispiele.

1504 Wir werden den Beschäftigten im öffentlichen Dienst, den Gewerkschaften und den Be-
1505 rufsverbänden eine Vereinbarung für den öffentlichen Dienst unter dem Motto „Ver-
1506 trauen gegen Vertrauen“ anbieten, der durch einen respektvollen Umgang miteinander
1507 und durch Wertschätzung der geleisteten Arbeit geprägt sein wird.

1508 Für uns ist es wichtig, dass das Besoldungsrecht dem Tarifrecht folgt und alle Beschäf-
1509 tigten des öffentlichen Dienstes angemessen an der Einkommensentwicklung teilhaben
1510 können. Besoldungsdiktate und Nullrunden wird es mit uns nicht geben.

1511 Seit den 1990er-Jahren gilt für immer weniger Beschäftigte und Betriebe ein Tarifver-
1512 trag. Das Land Hessen hat mit dem Austritt aus der Tarifgemeinschaft der Länder 2004
1513 diesen Weg leider mitbestritten. Wir werden im Fall eines Wahlsiegs die Rückkehr des
1514 Landes Hessen in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder, der alle anderen Bundeslän-
1515 der angehören, in Angriff nehmen. Für Beamtinnen und Beamte der Polizei, der Feuer-
1516 wehr und des Justizvollzugs werden wir die Ruhegehaltfähigkeit der Zulagen einführen.
1517 Wir setzen uns außerdem für die Erhöhung der Erschwerniszulagen für den Dienst zu
1518 ungünstigen Zeiten ein.

1519 Die Attraktivität des Landes Hessen als Arbeitgeber im öffentlichen Sektor hängt jedoch
1520 nicht nur von finanziellen Rahmenbedingungen ab. Für uns spielen auch die Gestaltung
1521 von flexiblen (Lebens-)Arbeitszeitmodellen sowie Aus- und Fortbildungsangebote und
1522 Qualifizierungsmaßnahmen eine entscheidende Rolle. Auch werden wir uns dafür ein-
1523 setzen, dass die Wochenarbeitszeit der hessischen Beamtinnen und Beamten ebenso
1524 wie bei den Tarifbeschäftigten auf 40 Stunden in der Woche zurückgeführt wird.

1525 Die zahlreichen Ruhestandsversetzungen in den nächsten Jahren sind vor dem Hinter-
1526 grund des erheblichen Personalabbaus CDU-geführter Landesregierungen eine große
1527 Herausforderung. Daher müssen wir jetzt die Weichen dafür stellen, dass der öffentliche
1528 Dienst auch in Zukunft handlungsfähig und vor allem wettbewerbsfähig ist. Wir wollen
1529 deshalb in den Nachwuchs investieren und einen Schwerpunkt bei der Ausbildung und
1530 der Übernahme junger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter setzen.

1531 Die Verwaltung in Hessen werden wir gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitar-
1532 beitern zukunftsfähig gestalten. Um eine bessere Mitwirkung bei Reform- und Organi-
1533 sationsentwicklungen zu ermöglichen, wollen wir eine Novellierung des Hessischen Per-
1534 sonalvertretungsgesetzes vornehmen. Wir werden gemeinsam mit den Beschäftigten
1535 einen Entwicklungsprozess zu einer umfassenden Staatsmodernisierung im Sinne einer
1536 bürgernahen, effektiven und modernen Verwaltung in Gang bringen.

1537

1538

1539 **5. Energiewende und Mobilitätswende als Jobmotor**

1540 Die Veränderung der Mobilität, der Antriebstechniken und unserer Energiewirtschaft
1541 bietet Chancen, stellt uns aber auch vor Herausforderungen. Als Automobilstandort hat
1542 Hessen großes Potenzial, die Mobilitätsstrategie der Zukunft zu entwickeln. Wir wollen
1543 mit den Erneuerbaren Energien Arbeitsplätze und Wertschöpfung nach Hessen holen.
1544 Eine Verknüpfung der Energiewende mit der Mobilitätswende ist unabdingbar, wenn
1545 wir gute Arbeit schaffen wollen. Wir verfolgen einen sektorübergreifenden Ansatz, der
1546 den Strom-, Wärme- und Verkehrsbereich integriert, statt nur einzelne Bereiche isoliert
1547 zu betrachten. Unser Augenmerk liegt dabei auch auf der Steigerung von Energieeffizi-
1548 enz, um unnötigen Energieverbrauch und Kosten einsparen zu können.

1549

1550 **6. Netzinfrastruktur modernisieren**

1551 Hessen muss zum Vorreiter beim Ausbau der digitalen Infrastruktur in Deutschland wer-
1552 den. Denn der flächendeckende Zugang zu stabilen und schnellen Glasfaser-Breitband-
1553 anbindungen ist der Kern einer zukunftsfähigen Infrastrukturpolitik. Ein flächendecken-
1554 des Glasfasernetz bis ins Gebäude wird nämlich nicht nur den stationären Zugang zum
1555 digitalen Raum gewährleisten, sondern ist auch die Basis für das Ausrollen von 5G-Funk-
1556 netzen, da jede Mobilfunk-Basisstation zur Weiterleitung des Datenverkehrs einen di-
1557 rekten Anschluss an ein Glasfasernetz benötigt. Damit schaffen wir indirekt auch die Ba-
1558 sisinfrastruktur für autonomes Fahren und andere Zukunftstechnologien. Dabei werden
1559 wir jedoch nicht die alltäglichen Probleme aus dem Blick verlieren. Die noch verbleiben-
1560 den „Funklöcher“ müssen gestopft werden, um die notwendige flächendeckende Ver-
1561 fügbarkeit von Sprachtelefonie und schneller mobiler Datenübertragung zügig sicherzu-
1562 stellen. Daher werden wir auf die Umsetzung der Versorgungsaufgaben durch die Mobil-
1563 funkanbieter drängen und diese für Hessen konkret anhand von Nutzerdaten überprü-
1564 fen. Hierfür wird eine Beschleunigung der Genehmigungsverfahren erfolgen. Eine digi-
1565 tale Spaltung zwischen städtischem und ländlichem Raum darf es nicht länger geben.
1566 Wir werden zudem den Ausbau öffentlicher WLAN-Hotspots in Hessen, u. a. in Zusam-
1567 menarbeit mit Freifunk-Vereinen, mit Landesmitteln zügig fördern.
1568 Mit dem größten europäischen Internetknoten und einer Vielzahl kleiner und mittel-
1569 ständischer innovativer Firmen im Bereich der Digitalisierung haben wir in Hessen wei-
1570 tere wichtige Standortfaktoren für eine erfolgreiche Weiterentwicklung der hessischen
1571 Breitbandinfrastruktur. Die Förderprogramme für die Anbindung von Zentren der Wert-
1572 schöpfung an eine gute Glasfaseranbindung wollen wir vereinfachen und auch für klei-
1573 nere Zentren in der Fläche erweitern. Für die Gestaltung der Infrastruktur als Grundlage
1574 der Digitalisierung werden wir auch originäre Landesmittel einsetzen. Wir unterstützen
1575 Maßnahmen für den flächendeckenden digitalen Radioempfang (DHB+).

1576

1577 **7. Fachkräfte sichern – Qualifizierung ausbauen**

1578 Wir bekämpfen den sich immer stärker abzeichnenden Fachkräftemangel in Hessen.
1579 Rückgrat aller wirtschaftlichen Entwicklung sind gut ausgebildete und motivierte Mitar-
1580 beiterinnen und Mitarbeiter. In Zeiten des demografischen Wandels und der Digitalisie-
1581 rung stellt sich diese Herausforderung für Hessen besonders. Deswegen wollen wir die
1582 Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes und die Maßnahmen der
1583 Fachkräftesicherung in unserem Land in einem Ministerium bündeln. Wir werden eine
1584 Stabsstelle für Fachkräfte „STAFF“ Hessen gründen und die strategische sowie prakti-
1585 sche Arbeit dort bündeln. Wir wollen Hessens Berufsschüler fit machen. Deshalb inves-
1586 tieren wir in die hessischen Berufsschulen, damit sie bestens ausgestattet sind für die
1587 Arbeitswelt von morgen.
1588 Wir wollen eine Ausbildungsgarantie für jeden jungen Menschen unter 35 Jahren. Dazu
1589 werden wir ein Programm auflegen, das jedem und jeder einen Anspruch auf eine beruf-

1590 liche Qualifikation eröffnet. Jeder junge Mensch, der heute über keinen berufsqualifizierenden Abschluss verfügt, soll bis zu einem erfolgreichen Abschluss alle erforderlichen
1591 Angebote und Unterstützungen erhalten, wenn er oder sie es wünscht. Dabei hat für uns
1592 die duale Ausbildung Vorrang vor überbetrieblicher und diese vor außerbetrieblicher
1593 Ausbildung. Die Ausbildungsgarantie werden wir mit einer verbesserten Berufsorientierung
1594 in der Schule flankieren.

1596 Wir werden passgenaue zusätzliche Unterstützungs- und Hilfsangebote ermöglichen, damit auch diejenigen jungen Menschen eine Berufsausbildung absolvieren können, die mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Das können fehlende Kinderbetreuungsmöglichkeiten bei jungen Eltern sein oder individuelle Problemlagen wie Sucht, Verhaltensauffälligkeiten, eine Behinderung oder eine chronische Krankheit. Andere finden keine Ausbildungsstelle, da sie mit ihren vorhandenen Qualifikationen von Betrieben als nicht „ausbildungsreif“ angesehen werden.

1603 Eine weitere Gruppe, die besonderer Unterstützung beim Übergang in den Beruf bedarf, sind junge Geflüchtete, bei denen neben der Sprachförderung teils auch nachträgliche schulische Ausbildung notwendig ist, um ihnen den Einstieg in eine Berufsausbildung zu ermöglichen. Daraus kann vor allem mittelfristig eine Chance für unser Land und die Sicherung von Fachkräften erwachsen. Integrationsbemühungen sollen belohnt werden:
1607 Wir setzen uns für einen Abschiebestopp von Menschen ein, die sich in Ausbildung befinden. Wer hier eine Berufsausbildung erfolgreich abgeschlossen hat, soll sich leichter um einen dauerhaften Aufenthaltstitel bewerben können. Ergänzend dazu setzen wir uns auf Bundesebene für ein Einwanderungsgesetz ein, das den Erfordernissen des Fachkräftebedarfs Rechnung trägt.

1613 Aus- und Weiterbildung ist nicht mit Schule und Studium oder Berufsausbildung zu Ende – wir werden die Weiterbildung von Fachkräften zum Schwerpunkt machen. Laufende Weiterbildung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern muss auch stärker unabhängig vom Betrieb möglich sein.

1617 Wir wollen die Hochschulen dabei unterstützen, langfristig ein bezahlbares breites Weiterbildungsangebot in Berufen mit akademischer Bildung anbieten. Unser Ziel ist es, die akademische Weiterbildung im Erwerbsleben zu stärken und die Transferzeiten von akademischem Fortschritt in die berufliche Praxis zu verkürzen.

1621 Unternehmen wollen wir bei der Weiterbildung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter genauso unterstützen wie außerbetriebliche Bildungseinrichtungen der Wirtschaft und der Gewerkschaften.

1624 Besondere Potenziale sehen wir bei der Erwerbstätigkeit von Frauen, älteren Menschen und Menschen mit Handicap. Kein Unternehmen soll den Standort Hessen verlassen oder meiden, weil ihm qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fehlen. Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik sind hier gleichermaßen gemeinschaftlich gefordert.

1628 Wir werden in Hessen ein kostenfreies Meisterprogramm einführen. Im Bund werden wir uns dafür einsetzen, dass Empfänger des Meister-Bafögs, wie beim studentischen Bafög, nicht mehr als 50 % der Fördersumme als Darlehen zurückzahlen müssen.

1631 Bestrebungen der Europäischen Union, den Meisterbrief abzuschaffen, erteilen wir eine klare Absage. Der Meisterbrief ist Garant für die hohe Qualität des deutschen Handwerks und nicht zuletzt sichert er Ausbildung. Die Novellierung der Handwerksordnung

1634 in inzwischen 53 zulassungsfreien Gewerken hat zu erheblichen Qualitätsverlusten und
1635 einem Rückgang sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse in diesen
1636 Berufen geführt und sollte daher zurückgenommen werden. Eine SPD-geführte Landes-
1637 regierung wird dazu Initiativen ergreifen.
1638

1639 **8. Nachwuchs für den Mittelstand gewinnen – Selbstverwaltung erhalten**

1640 64 % aller Beschäftigten in Hessen arbeiten in kleinen oder mittleren Unternehmen
1641 (KMU), nur 36 % in Großunternehmen. Mittelständische Unternehmen haben im Jahr
1642 2014 159,5 Milliarden Euro Umsatz, 35,4 % des hessischen Gesamtumsatzes, generiert.
1643 Damit stellt der hessische Mittelstand eine unverzichtbare Wirtschaftsgröße dar. Der
1644 Fachkräftemangel ist zu einem großen Risikofaktor für eine weiterhin gute wirtschaftli-
1645 che Entwicklung von Mittelstand und Handwerk geworden. Zunehmend fällt es schwer,
1646 qualifiziertes Personal zu finden. Schulen müssen vermitteln, welche guten Perspekti-
1647 ven die duale Ausbildung bietet, die Berufsorientierung muss gestärkt werden. Neben
1648 dem Fachkräftemangel liegt eine weitere Gefahr für den Mittelstand und das Handwerk
1649 im Rückgang von Gründungen und in den erheblichen Schwierigkeiten bei der Unter-
1650 nehmensnachfolge. Jeder fünfte Handwerksbetrieb sucht in den nächsten fünf Jahren
1651 einen Nachfolger. Viele junge Menschen scheuen aber das Risiko der Selbstständigkeit.
1652 Die Selbstständigenkultur muss daher schon in der Schule mit praxisorientierten Ange-
1653 boten und Beispielen erfolgreicher Unternehmer angeregt werden.
1654 Neben dem Handwerk gehören freie Berufe wie Rechtsanwälte, Architektinnen und Ar-
1655 chitekten, Ingenieurinnen und Ingenieure, Gesundheitsberufe wie Hebammen, Heil-
1656 praktikerinnen und Heilpraktiker, Krankengymnastinnen und Krankengymnasten oder
1657 Berufe aus dem Bereich der Sprache, Wissenschaft und Kunst zu den wichtigsten Säulen
1658 des selbstständigen Mittelstands. Sie tragen wesentlich zu unserer Wirtschaftskraft bei
1659 und sind drittstärkster Ausbilder. Wir stehen daher zu dem System der berufsständi-
1660 schen Selbstverwaltung und sind gegen weitere Liberalisierungen von Kosten- und Ho-
1661 norarordnungen der freien Berufe. Bestehende Berufszugangsvoraussetzungen dürfen
1662 nicht aufgeweicht werden. Zur Anpassung an veränderte wirtschaftliche Rahmenbedin-
1663 gungen und zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der freien Berufe sollen Bera-
1664 tungsleistungen und Förderungen nicht nur im Bereich der Gründungsförderung weiter
1665 ausgebaut, sondern auch durch eigene Landesmittel ergänzt werden.
1666 Wir stehen zur Selbstverwaltung der Handwerkskammern sowie der Industrie- und Han-
1667 delskammern.
1668

1669 **9. Forschung und Entwicklung stärken – Innovationen und Kreativität fördern**

1670 Für die Finanzierung der Forschungsförderung benötigt vor allem der Mittelstand der
1671 Industrie klare und konstante Rahmenbedingungen. Die Forschungsk Kooperation muss
1672 unbürokratischer und einfacher und die Förderansätze müssen erhöht werden. Kleinere
1673 Unternehmen sollten eine höhere Förderung erhalten.

1674 Wir werden den Austausch zwischen Hochschulforschung sowie Forschung und Ent-
1675 wicklung in der Wirtschaft systematisch fördern und ausbauen. Zur Förderung des Mit-
1676 telstandes müssen zudem regionale Netzwerke und die Kooperation mit regional wir-
1677 kenden Wissensträgern wie Fachhochschulen gestärkt werden. Für kleine und mittlere
1678 Unternehmen sind Forschungsförderung und Förderung des Nachwuchses auf akademi-
1679 scher Ebene und auf der Ebene der dualen Berufsausbildung nicht zu trennen und sollten
1680 gemeinsam verstärkt adressiert werden. Eine SPD-geführte Landesregierung wird sich
1681 auf Bundesebene für die bessere steuerliche Absetzbarkeit von Forschung und Entwick-
1682 lung gerade für kleine und mittelständische Unternehmen einsetzen.
1683

1684 **10. Innovationsgeschwindigkeit erhöhen – Gründerinnen und Gründer sowie junge**
1685 **Unternehmen unterstützen**

1686 Gerade aufgrund der Bildungslandschaft in Hessen, seiner Universitäten und Hochschu-
1687 len, der beruflichen Schulen und der Bildungsangebote der hessischen Wirtschaft haben
1688 wir ein hohes Maß an Kompetenz, Kreativität und Wissen in unserem Land. Dieses wol-
1689 len wir vernetzen und unterstützen. Vielen jungen Unternehmen mangelt es an einfach
1690 zugänglichem Wachstumskapital. Gemeinsam mit der Wirtschaftsförderung des Landes
1691 und mit Akteuren des Finanzstandorts Frankfurt/Rhein-Main wollen wir Lösungen erar-
1692 beiten, schnell wachsenden Unternehmen Eigenkapital und Managementunterstüt-
1693 zung durch erfahrene Gründerinnen und Gründer zur Verfügung zu stellen.

1694 Zudem werden wir Kommunen unterstützen, dort günstige Flächen für kleine Unterneh-
1695 men und Gründerinnen und Gründer zur Verfügung stellen, wo der Immobilienmarkt
1696 angespannt ist. Hierbei braucht es insbesondere Kreativität für Umnutzung und Ent-
1697 wicklung sich veränderter Quartiere.

1698 Wir wollen Gründer in den ländlichen Regionen mit den international vernetzten Kno-
1699 tenpunkten (Hubs), wie dem Social Impact Lab (Gründerzentrum in Frankfurt, wo junge
1700 Menschen mit Migrationshintergrund und Social Entrepreneurs an Geschäftsideen und
1701 ihrer beruflichen Entwicklung zusammenarbeiten), dem TechQuartier (Zentrum für Fi-
1702 nanztechnologie in Frankfurt) oder dem House of Logistics and Mobility (HOLM), stärker
1703 vernetzen, um die Geschäftsmodelle – auch sozial orientierter Unternehmungen –
1704 schneller entwickeln zu können.

1705 Außerdem unterstützen wir ein breites Netzwerk einfach zugänglicher Beratungsange-
1706 bote und echte finanzielle und fachliche Unterstützung in der Startphase, um den Schritt
1707 in die Selbstständigkeit zu erleichtern. Auch Tech-Zentren, Gründerwettbewerbe und -
1708 preise fördern eine Kultur des Unternehmertums.
1709

1710 **11. Strukturförderung für eine gute Entwicklung unseres Landes**

1711 Wir wollen die bestehenden industriellen Strukturen in Hessen fördern und verstärken,
1712 wie beispielsweise die Optoelektronik in Mittelhessen, die Chemie- und Pharmaindus-
1713 trie im Rhein-Main-Gebiet, die Kautschuk- und Gummiindustrie im Odenwald oder den

1714 Erneuerbare-Energien-Schwerpunkt in Nordhessen. Es sollen die vorhandenen regiona-
1715 len Verbände für alle Akteure aus Wirtschaft und Gewerkschaften weiterentwickelt wer-
1716 den. Hessische Stärken in den Bereichen IT, Sicherheit, Pharmazie und Chemie, Erneuer-
1717 bare Energien, Transport und Logistik wollen wir weiter strukturpolitisch unterstützen
1718 und gemeinsam mit allen Akteuren in den betreffenden Wirtschaftsbereichen weiter-
1719 entwickeln. Aufgrund der besonderen Stärke der Gesundheitsindustrie in Hessen wollen
1720 wir eine stärkere Beteiligung des Wirtschaftsressorts bei Themen der Gesundheitswirt-
1721 schaft umsetzen.

1722 Unser Ziel ist der Erhalt der Arbeitsplätze im hessischen Kalibergbau. Voller Sorge um die
1723 Zukunft des Kalibergbaus und um die direkt und indirekt damit verbundenen Arbeits-
1724 plätze haben wir die Politik der willkürlichen und ohne strukturpolitischen Plan vorge-
1725 nommenen Eingriffe der schwarz-grünen Landesregierung in den Kalibergbau kritisiert.
1726

1727 **12. Flughafen Frankfurt im Dialog fortentwickeln: Arbeitsplätze sichern und Anwoh-** 1728 **ner sowie Umwelt schützen**

1729 Die hessischen Unternehmen in Mittelstand und Industrie brauchen die Anbindung an
1730 die internationalen Handelsströme. Der Flughafen Frankfurt ist ein wichtiger Motor der
1731 wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen und damit Arbeitgeber für viele Zehntausende
1732 Beschäftigte. Wir wollen dieses Potenzial weiter fördern, um gute Arbeit und Ausbildung
1733 in Hessen zu sichern.

1734 Wir wollen den Konsens in der Region, der den wirtschaftlichen Erfolg des Flughafens
1735 Frankfurt, gute Arbeit für die Beschäftigten und Schutz der Bevölkerung und der Umwelt
1736 vor Fluglärm miteinander in Einklang bringt, wiederherstellen.

1737 Unser Ziel ist, dass der Flughafen Frankfurt und die Luftverkehrswirtschaft in Hessen ihre
1738 wirtschaftliche Stärke behalten und sich im Wettbewerb behaupten können. Wir strei-
1739 ten dafür, dass dies nicht auf Kosten der Rechte der Beschäftigten und der Gesundheit
1740 der Anwohnerinnen und Anwohner erfolgt.

1741
1742 Billigfluggesellschaften, die Arbeitnehmerrechte mit Füßen treten, stehen nicht für eine
1743 gute Zukunft des Flughafens Frankfurt. Daher lehnen wir eine weitere Ansiedlung von
1744 Fluggesellschaften, die sich nicht an das deutsche Tarifrecht und grundlegende Arbeit-
1745 nehmerrechte halten, ab. Wir werden auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene Initiativen er-
1746 greifen, um unlauteren Wettbewerb zulasten der Flughafen- und Airline-Beschäftigten
1747 zu verhindern. Wir setzen auf die erfolgreiche Systempartnerschaft zwischen dem Flug-
1748 hafen Frankfurt und der Deutschen Lufthansa AG. Außerdem wollen wir, dass die Flug-
1749 gastkontrollen in die Verantwortung einer Landesgesellschaft übergehen, um gute Qua-
1750 lifikation und Bezahlung für die Beschäftigten sicherzustellen und damit ein hohes Si-
1751 cherheitsniveau zu erreichen.

1752 Wir wollen die Luftverkehrswirtschaft von den Belastungen durch die Luftverkehrs-
1753 steuer befreien, indem wir Investitionen in zusätzliche moderne, leisere Fluggeräte för-
1754 dern. Damit verbessern wir die Wettbewerbsbedingungen der Luftverkehrswirtschaft
1755 und leisten gleichzeitig einen aktiven Beitrag zum Lärmschutz.

1756 Das für den wirtschaftlichen Erfolg notwendige Wachstum des Flughafens Frankfurt als
1757 internationales Drehkreuz muss mit einem Mehr an Lärmschutz einhergehen. Andern-
1758 falls verlieren wir die Akzeptanz der Anwohnerinnen und Anwohner.

1759 Daher wollen wir eine rechtssicher festsetzbare Lärmobergrenze einführen, die die Gren-
1760 zen der Lärmbelastung regional sowie lokal bestimmt und zugleich die Entwicklungsfä-
1761 higkeit des Flughafens gewährleistet. Darüber hinaus wollen wir die lärmabhängige
1762 Komponente der Start- und Landegebühren sowie die durch das Nachtflugverbot von
1763 23.00 bis 05.00 Uhr gewonnene nächtliche Ruhephase weiter optimieren, um ein
1764 „Nachtflugverbot+“ zu erreichen.

1765 Um die Kompensation von Lasten der Bevölkerung sowie der Kommunen durch den
1766 Flugbetrieb in Frankfurt zu verbessern, wollen wir das Regionallastenausgleichsgesetz
1767 verstetigen und entfristen. Außerdem werden wir ein Immobilienmanagement in den
1768 besonders stark belasteten Wohngebieten im Umfeld des Flughafens Frankfurt instal-
1769 lieren, das es den Bewohnerinnen und Bewohnern von selbst genutzten Immobilien er-
1770 leichtert, ohne finanzielle Einbußen in ruhigere Gebiete umzuziehen. Im Bund und bei
1771 der EU werden wir uns für eine Überarbeitung der Luftverkehrs- und Fluglärmgesetze
1772 einsetzen, um einen besseren Schutz vor Fluglärm zu erreichen.

1773

1774 **13. Für einen Finanzplatz Frankfurt in sozialer Verantwortung**

1775 Frankfurt ist der zentrale Finanzplatz in Kontinentaleuropa. Finanzdienstleistungen sind
1776 eine wichtige Branche der hessischen Wirtschaft. Aufgrund der Krisen der letzten Jahre
1777 waren eine strenge Regulierung des Finanzsektors und ein Wandel des Denkens und
1778 Handelns in den Führungsetagen der Finanzhäuser erforderlich. Beide Prozesse sind vo-
1779 rangekommen, aber noch nicht am Ende. Wir müssen die Regulierung der Finanzmärkte
1780 weiter vorantreiben. Denn der Finanzmarkt ist kein Spielcasino. Der Grundsatz muss gel-
1781 ten: Die Marktakteure müssen an den Kosten beteiligt werden, die sie selbst verursacht
1782 haben. Deswegen werden wir uns weiterhin für die Einführung der Finanztransaktions-
1783 teuer einsetzen. Wir wollen die ehrbaren Kaufleute vor den Akteuren schützen, die ihren
1784 Gewinn auf Kosten der Allgemeinheit machen.

1785 Der Brexit und die damit verbundenen Verlagerungen aus Großbritannien heraus kom-
1786 men zu einem Zeitpunkt, an dem sich auch der Finanzstandort Frankfurt einigen Her-
1787 ausforderungen und Branchentrends stellen muss.

1788 Durch die Unterstützung der Ansiedlung britischer Finanzmarktunternehmen können
1789 wir die notwendigen Rahmenbedingungen für eine nachhaltig positive Entwicklung des
1790 Finanzstandorts Deutschland mit Frankfurt als Zentrum schaffen. Einhergehen muss da-
1791 mit aber zwingend, etwaige negative Auswirkungen zu verhindern und mit Neuansied-
1792 lungen verbundene Zuwächse an Einkommen und Steuerkraft in der Region zu nutzen,
1793 um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, öffentliche Schulen zu stärken und den ÖPNV
1794 deutlich auszubauen.

1795 Die Börse ist ein entscheidender Baustein für den deutschen und europäischen
1796 Finanzplatz. Eine SPD-geführte Landesregierung wird partnerschaftlich die Börse
1797 weiterentwickeln, die Chancen, die sich aus dem Brexit ergeben, nutzen und gleichzeitig

1798 sicherstellen, dass die Entscheidungen über das Börsengeschäft weiterhin in der
1799 Eurozone getroffen werden.
1800

1801 **14. Landeswirtschaftsförderung ordnen**

1802 Hessen als wirtschaftlich starkes Bundesland braucht eine stark aufgestellte Landeswirt-
1803 schaftsförderung. Eine Zersplitterung in Mehrfachzuständigkeiten sowie unterschiedli-
1804 che Ansprechpartner für Wirtschaft, Regionen und Kommunen sind ineffizient und ge-
1805 hen an den Bedürfnissen des Landes vorbei. Wir werden im Dialog mit Wirtschaft, Ge-
1806 werkschaften und der Kommunalpolitik die bestehenden Strukturen der Wirtschaftsför-
1807 derung des Landes überprüfen und neu justieren.

1808 Um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken, müssen insbesondere die Ange-
1809 bote an bezahlbarem Wohnraum und die Unterstützung der Wirtschaft beim Struktur-
1810 wandel auf ein mit anderen Ländern vergleichbares Niveau deutlich ausgeweitet wer-
1811 den. Derzeit ist die Förderung in Hessen nicht im gleichen Maße wie in anderen Bundes-
1812 ländern möglich, da die WIBank kaum in der Lage ist, Förderangebote auf eigene Rech-
1813 nung ohne Belastung des Landeshaushaltes zu entwickeln. Um ohne den erweiterten
1814 Einsatz von Haushaltsmitteln die Investitionen in den gesellschaftlichen Zusammenhalt
1815 zu steigern und den hessischen Bürgerinnen und Bürgern sowie den Unternehmen und
1816 Kommunen eine im Bundesvergleich konkurrenzfähige Förderung zu bieten, sollte die
1817 Risikotragfähigkeit der WIBank nach dem Modell anderer Landesförderbanken erhöht
1818 werden.

1819 Die Richtlinien für bestehende Förderprogramme des Landes Hessen werden wir über-
1820 prüfen und wo notwendig anpassen. Wir wollen erreichen, dass Verwaltungsaufwen-
1821 dungen gesenkt und Förderprogramme kostengünstig abgewickelt werden können. Un-
1822 sere Förderprogramme werden wir für digitale Vertriebskanäle öffnen und Förderpro-
1823 gramme für die Digitalisierung in Industrie, Handel, Handwerk und Landwirtschaft wei-
1824 terentwickeln. Um auf den Wandel in allen Regionen Hessens angemessen reagieren zu
1825 können, ist eine regelmäßige Strukturberichterstattung auf der Landesebene erforder-
1826 lich.

1827

1828 **15. Soziales, innovatives und nachhaltiges Wirtschaften fördern**

1829 Wir wollen, dass im Rahmen der Wirtschaftsförderung soziale, innovative und nachhal-
1830 tige Kriterien berücksichtigt werden, um unserem Anspruch auf gute Arbeit zur Umset-
1831 zung zu verhelfen. Die öffentliche Hand hat hier eine besondere Verantwortung.
1832 Schlechte Entlohnung und prekäre Beschäftigung sollen so eingedämmt werden.

1833 Wir werden uns in Hessen auf zwei Förderschwerpunkte konzentrieren: erstens auf eine
1834 niedrigschwellige Grundförderung über zinsgünstige Hausbankendarlehen und Direkt-
1835 finanzierungen für Unternehmen, die aufgrund ihres Geschäftsmodells bei Geschäfts-
1836 banks auf Finanzierungsschwierigkeiten stoßen. Hier können auch Landesbürgschafts-
1837 ten ein Angebot sein, das den Landeshaushalt schont. Zweitens werden intensivere För-

1838 derungen auf die Unterstützung des Strukturwandels konzentriert: einerseits auf die In-
1839 novationsförderung bei Unternehmensgründungen und Neuentwicklungen insbeson-
1840 dere im Bereich Digitalisierung/Wirtschaft 4.0 und andererseits auf die Effizienzrevolu-
1841 tion wie beispielsweise der energetischen Optimierung und der CO₂-Einsparung.
1842 Wir wollen die Kombination öffentlicher und privater Finanzierungsangebote intensi-
1843 vieren (Konsortialfinanzierung) sowie die Förderung durch das Bereitstellen von Eigen-
1844 kapital ausbauen. Wir wollen Landesbürgschaften zur niedrigschwelligen Förderung mit
1845 effizientem Einsatz von Haushaltsmitteln einsetzen. Wir wollen eine einheitliche Struk-
1846 tur für staatliche Beteiligungen mit einer Hessen Holding schaffen, um Unternehmens-
1847 gründungen, Wachstumsrunden und Unternehmensnachfolgen begleiten zu können.
1848

1849 **16. EU-Förderung effektiv nutzen**

1850 Gerade in der Strukturpolitik bieten europäische Fördermittel Chancen für unser Land,
1851 die bislang nur unzureichend für Hessen eingesetzt werden können. Eine SPD-geführte
1852 Landesregierung wird daher die Beratung von Unternehmen und Kommunen beim Ab-
1853 ruf europäischer Mittel in einer Hand bündeln und effektiv aufstellen. Das betrifft ins-
1854 besondere den Abruf von EU-Fördermitteln für die Regionalentwicklung (EFRE) und den
1855 EU-Sozialfonds (ESF).
1856

1857 **17. Für eine hessische Außenwirtschaft mit Konzept**

1858 Viele hessische Unternehmen sind Teil der internationalen Arbeitsteilung, viele Arbeits-
1859 plätze hängen davon ab, dass hessische Unternehmen in das europäische und auch au-
1860 ßereuropäische Ausland exportieren können. Umgekehrt sind viele ausländische Unter-
1861 nehmen in Hessen mit Verwaltungen und Produktionsanlagen präsent. Eine proaktive
1862 Außenwirtschaftspolitik ist für Hessen unverzichtbar. Wir werden die außenwirtschafts-
1863 politischen Aktivitäten auf der Basis eines in Zusammenarbeit mit Unternehmen und
1864 Gewerkschaften erstellten und regelmäßig evaluierten und fortgeschriebenen Außen-
1865 wirtschaftskonzepts bündeln.

Mein Hessen von morgen ...

1866 **... mit mehr Sicherheit und einer starken Demo-** 1867 **kratie**

1868

1869 Jede Bürgerin und jeder Bürger hat das Recht auf öffentlich garantierte Sicherheit. Dem
1870 wird eine SPD-geführte Regierung Rechnung tragen. Wenn alle Menschen Sicherheit er-
1871 fahren, schaffen wir mehr Zusammenhalt in der Gesellschaft. Wir wollen mehr Polizei
1872 auf den Straßen einsetzen, um Straftäter abzuschrecken und die Menschen vor Alltags-
1873 kriminalität zu schützen.

1874 Die hessische CDU hat in ihrer Regierungszeit seit 1999 den Abbau von 1.000 Polizeivoll-
1875 zugsstellen und 600 Tarifstellen zu verantworten – und das bei neuen Aufgaben und
1876 zusätzlichen Belastungen für die Polizeibediensteten. Die CDU trägt damit die Verant-
1877 wortung für den personellen Notstand und die Überlastung der hessischen Polizei. Die
1878 zuletzt vorgenommenen Neueinstellungen können die Personallücke nicht schließen.
1879 Polizistinnen und Polizisten in Hessen haben bereits jetzt ein sehr hohes Arbeitspensum.
1880 Es fehlt vielfach an ausreichenden Regenerationszeiten und einer Planbarkeit der
1881 Dienste.

1882 Auch bei der Justiz gibt es nach 19 Jahren CDU-geführter Regierungen Missstände zu be-
1883 seitigen. Verfahren dauern in Hessen länger als anderswo, die Gefängnisse sind in einem
1884 schlechten Zustand. Das werden wir ändern, denn Prävention und Resozialisierung lei-
1885 den unter diesen Bedingungen.

1886 Die SPD in Hessen steht für eine weltoffene und demokratische Gesellschaft ein. Wir
1887 werden extremistisches Gedankengut – egal von wem und gegen wen es sich richtet –
1888 konsequent bekämpfen und junge Menschen in ihrem demokratischen Bewusstsein und
1889 in ihrer kritischen Meinung dauerhaft stärken. Zu Extremismusbekämpfung benötigen
1890 wir einen gut ausgestatteten, aber demokratisch kontrollierten Verfassungsschutz. Für
1891 eine starke Demokratie wollen wir eine plurale Medienlandschaft erhalten, mehr Ver-
1892 mittlung von kritischer Medienkompetenz in allen Altersgruppen, gerade in Bezug auf
1893 digitale Medien und Datenschutzstandards, die den Anforderungen der digitalen Gesell-
1894 schaft gewachsen sind.

1895

1896 **1. Neue sicherheitspolitische Herausforderungen zielgenau annehmen**

1897 Die Terroranschläge in Berlin und in unseren Nachbarstaaten führen bei vielen Men-
1898 schen zu Verunsicherung und Angst. Extremisten wollen unsere freie Gesellschaft be-
1899 drohen. Um diesen großen Herausforderungen begegnen zu können, brauchen wir ne-
1900 ben einer umfangreichen Präventionsarbeit eine mit modernster Technik ausgestattete
1901 und auf diese Anforderungen speziell hin ausgebildete Polizei. Dazu gehören einerseits

1902 spezialisierte Einsatzgruppen, andererseits müssen alle Polizistinnen und Polizisten ge-
1903 schult und ausgerüstet sein, um kurzfristig auf Terrorlagen reagieren zu können. Auch
1904 beim Informationsaustausch mit Sicherheitsbehörden des Bundes und der anderen Bun-
1905 desländer gibt es immer noch Verbesserungsbedarf, den wir angehen werden.
1906 Ein zweites neues Handlungsfeld ist die Cyberkriminalität. Die Taten im und unter Nut-
1907 zung des Internets sind vielfältig: Menschen werden Opfer eines Identitätsdiebstahls,
1908 Kreditkartenbetrugs oder Datendiebstahls. Kriminelle handeln mit Waffen oder Kinder-
1909 pornografie. Unternehmen, Behörden und wichtige Infrastrukturen werden mit Cy-
1910 berangriffen attackiert. Wir legen deshalb einen besonderen Schwerpunkt unserer Si-
1911 cherheitspolitik auf die Bekämpfung von Cybercrime. Wir wollen dazu die personelle
1912 und technische Ausstattung der Sicherheitsbehörden in Hessen wesentlich verbessern.
1913 Für kritische Infrastrukturen wie Versorgungseinrichtungen oder Krankenhäuser wollen
1914 wir Mindeststandards, für den Schutz gegen Hackerangriffe und andere Gefahren defi-
1915 nieren wie regelmäßige Software-Updates und die verpflichtende Einsetzung von Beauf-
1916 tragten für digitale Sicherheit.
1917 Um den neuen Herausforderungen wie Terrorismus, Wirtschaftskriminalität oder Cyber-
1918 kriminalität auch in der Justiz begegnen zu können, schaffen wir in einzelnen Berufsfel-
1919 dern, z. B. bei der Staatsanwaltschaft, Assistenzstellen, das heißt spezialisierte Mitarbei-
1920 ter, die etwa als Wirtschaftsprüfer oder IT-Fachleute der Staatsanwaltschaft zuarbeiten
1921 können.

1922

1923 **2. Mehr Polizei dort, wo sie gebraucht wird**

1924 Die CDU-geführten Landesregierungen haben zahlreiche Stellen im Innenministerium
1925 und in Führungsstäben geschaffen, die Polizei vor Ort jedoch vernachlässigt. Rechtsfreie
1926 Räume entstehen durch Abwesenheit der Polizei.

1927 Um die Menschen auch vor Alltagskriminalität, wie Diebstahl, Wohnungseinbrüche,
1928 Vandalismus, besser zu schützen und Straftäter abzuschrecken, setzen wir uns für mehr
1929 Polizei im öffentlichen Raum ein. Die Polizei soll wieder Ansprechpartnerin aller Men-
1930 schen in Hessen sein.

1931 Die SPD wird deshalb die Zahl der Polizistinnen und Polizisten sowie die der Tarifbeschäf-
1932 tigten langfristig auf ein Niveau heben, das eine leistungsfähige Sicherheitsarchitektur
1933 garantiert. Das führt zu einer Entlastung aller, die bei der hessischen Polizei Dienst tun.
1934 Darüber hinaus werden wir gemeinsam mit der Polizei ein System entwickeln, mit dem
1935 die neuen Kräfte sinnvoll dorthin verteilt werden, wo die polizeilichen Kernaufgaben ge-
1936 leistet werden müssen: in den Streifendienst der Reviere und Stationen und in die Er-
1937 mittlungsdienststellen, die unverzichtbare Arbeit leisten, um Straftäter zu ermitteln und
1938 aus dem Verkehr zu ziehen.

1939 Auf Basis der bestehenden Reviere und Stationen wollen wir einen Funkstreifenwagen
1940 mehr je Station rund um die Uhr auf die Straßen bringen.

1941 Daneben benötigen wir weitere Maßnahmen, die kurzfristig eine Entlastung bringen.
1942 Unsere Polizistinnen und Polizisten sollen sich auf Sofortmaßnahmen, Ermittlungen und
1943 Prävention konzentrieren können. Sie müssen deshalb von Verwaltungsaufgaben und

1944 von sachfremden Aufgaben, wie z. B. der Begleitung von Schwertransporten, schnellst-
1945 möglich befreit werden. Gerade in der zunehmend digitalen Welt brauchen wir die Kom-
1946 petenz der Polizei in der Fläche, um im Sinne einer Bürgerpolizei den Menschen im Re-
1947 vierbereich eine fachliche Anlauf- und Beratungsstelle sein zu können. Denn die virtu-
1948 ellen Tatorte im Internet verschmelzen mehr und mehr mit den realen.

1949

1950 **3. Attraktivität des Polizeiberufs steigern**

1951 Die Arbeit der hessischen Polizistinnen und Polizisten verdient Anerkennung und Res-
1952 pekt. Dies sollte sich auch in einer angemessenen Besoldung wiederfinden. Zudem wer-
1953 den wir ein besseres und faires Beförderungssystem entwickeln, die Polizeizulage wie-
1954 der ruhegehaltfähig machen und in die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) zurückkeh-
1955 ren. Diese Maßnahmen können auch die Attraktivität des Polizeiberufs steigern, um für
1956 die hessische Polizei die besten Bewerberinnen und Bewerber zu finden. Wir werden
1957 dem hohen Krankenstand bei unserer Polizei durch mehr Gesundheitsförderung und -
1958 vorsorge entgegenwirken und Möglichkeiten für eine Altersteilzeit einführen.

1959 Wir wollen, dass das Land Hessen wieder ein Arbeitgeber wird, bei dem die Mitarbeite-
1960 rinnen und Mitarbeiter gern arbeiten. Gute Beschäftigungsbedingungen sind die Vo-
1961 raussetzung dafür, dass der öffentliche Dienst in Hessen gegenüber anderen Arbeitge-
1962 bern konkurrenzfähig wird.

1963

1964 **4. Häuser des Jugendstrafrechts ausbauen**

1965 Wir wollen die Häuser des Jugendrechts, die auf Initiative der SPD erfolgreich in Hessen
1966 eingeführt wurden, auf weitere Standorten ausweiten. Die Häuser des Jugendrechts er-
1967 möglichen ein abgestimmtes und schnelles Reagieren auf strafbares Verhalten junger
1968 Menschen und sind damit ein wesentlicher Beitrag zur Bekämpfung von Jugendkrimina-
1969 lität.

1970

1971 **5. Dem Opferschutz einen höheren Stellenwert einräumen.**

1972 Hessen ist beim Täter-Opfer-Ausgleich bundesweit Schlusslicht. Das werden wir ändern.
1973 Wir wollen einen Opferfonds initiieren. Dieser soll in bestimmten Fällen Opfern von
1974 Straftaten unverzüglich und unbürokratisch finanziell helfen – beispielsweise, wenn
1975 man des Täters nicht habhaft werden konnte.

1976 Beratungsstellen für Kriminalitätsoffer müssen vollumfänglich vom Land finanziert
1977 werden, damit sie ihre zentrale Aufgabe der Opferhilfe und -beratung wahrnehmen kön-
1978 nen. Wir wollen nicht nur in allen Landgerichtsbezirken, sondern bei allen Land- und
1979 Amtsgerichten Zeugenzimmer mit professioneller Betreuung, um Kriminalitätsofern
1980 und -zeugen zu helfen und Begegnungen mit Angeklagten außerhalb des Gerichtsaals
1981 zu vermeiden.

1982

1983 **6. Sicherheit im Justizvollzug gewährleisten**

1984 Mittlerweile sind viele hessische Gefängnisse marode und absolut sanierungsbedürftig.
1985 Solche Gefängnisse sind eine Gefahr für die Sicherheit in Hessen. Eine SPD-geführte Lan-
1986 desregierung wird diesen Sanierungstau auflösen. Marode Gefängnisse müssen saniert
1987 werden. Hessen braucht ausreichend Personal im allgemeinen Vollzugsdienst und bei
1988 den Fachdiensten.

1989 Durch eine Überbürokratisierung des Justizvollzugs sind insbesondere die Fachdienste
1990 enorm belastet. Engmaschig zu schreibende Vollzugspläne schaffen einen erhöhten Ver-
1991 waltungsaufwand und nehmen Zeit in Anspruch, die für Gespräche und Auseinander-
1992 setzung mit den Gefangenen und deren Angehörigen tatsächlich fehlt. Wir setzen daher
1993 auf ausreichend Fachpersonal, damit genügend Zeit bleibt, sich den Gefangenen zu wid-
1994 men.

1995 Die von der CDU betriebene Privatisierung des Justizvollzugs lehnen wir strikt ab. Der
1996 Vollzug von Freiheitsstrafe, also der Entzug von Freiheit, ist für uns eine unveräußerbar
1997 staatlich-hoheitliche Aufgabe. Die Nachteile für Organisation und Abläufe sind zudem
1998 markant, eine Ersparnis ist nicht nachgewiesen. Wir werden uns daher dafür einsetzen,
1999 die Teilprivatisierung der JVA Hünfeld schnellstmöglich zu beenden.

2000

2001 **7. Kriminalitätsbekämpfung durch verbesserte Resozialisierung**

2002 Für die zunehmende Zahl psychisch auffälliger und kranker Strafgefangener werden wir
2003 für ausreichend qualifiziertes Fachpersonal in den Justizvollzugsanstalten sorgen, um
2004 entsprechend auf diese Gefangenen einwirken zu können und so die Resozialisierung
2005 erleichtern.

2006 Um eine bessere Verzahnung von Übergangs- und Entlassungsmanagement zu gewähr-
2007 leisten, werden wir die Schaffung eines Resozialisierungsgesetzes prüfen. Ziel ist die Ver-
2008 besserung der Zusammenarbeit der verschiedenen mit der Resozialisierung von Straftä-
2009 tern befassten sozialen Dienste.

2010 In der Bewährungshilfe wurde gegen erhebliche Widerstände die sogenannte Risikoori-
2011 entierung eingeführt. Dies führt zu mehr Bürokratie, während offen ist, ob die damit
2012 verbundenen Ziele erreicht werden. Wir werden dies zeitnah nach einer Regierungsüber-
2013 nahme prüfen. Priorität hat für uns, dass die allgemeine Bewährungshilfe personell so
2014 ausgestattet wird, dass sie ihre Hauptaufgabe, die Resozialisierung von Straftätern, an-
2015 gemessen erfüllen kann.

2016 **Bewährungshilfe und Gerichtshilfe** wollen wir zukunftsicher ausgestalten. Wir lehnen
2017 die Zusammenlegung der Bewährungs- und Gerichtshilfe ab. Wir wollen eine eigenstän-
2018 dige Gerichtshilfe, die bei den Staatsanwaltschaften angegliedert ist und ihre Aufgaben,
2019 wie z. B. die Vermittlung und Überwachung gemeinnütziger Arbeit, erfüllen kann.

2020

2021 **8. Justiz wieder voll handlungsfähig machen**

2022 Wir werden für eine technisch und personell gut ausgestattete Justiz sorgen, um in Zei-
2023 ten des internationalen Terrorismus, der organisierten Steuerkriminalität und der Inter-
2024 netkriminalität den Herausforderungen gerecht werden zu können. In Hessen werden
2025 Strafverfahren wegen einer überlasteten Justiz teilweise ergebnislos eingestellt. Verfah-
2026 ren dauern länger als in anderen Bundesländern. Diese Missstände sind von den CDU-
2027 geführten Landesregierungen spätestens seit dem massiven Personalabbau 1999 zu ver-
2028 antworten. Eine SPD-geführte Landesregierung wird diese Missstände beenden. Wir ste-
2029 hen für eine starke Justiz, die effizient und bürgernah ist, das heißt für den rechtsuchen-
2030 den Bürger da ist. Dafür muss die Justiz personell und sachlich stets angemessen ausge-
2031 stattet sein.

2032 Eine gut funktionierende Justiz setzt gute Arbeitsbedingungen voraus. Dazu gehören at-
2033 traktive Arbeitsbedingungen, eine angemessene Bezahlung und regelmäßige Fortbil-
2034 dungsmöglichkeiten. Viele Justizbedienstete haben seit Jahren nur befristete Verträge
2035 und „hangeln sich von Vertrag zu Vertrag“, ohne Gewissheit für ihre eigene Zukunft zu
2036 haben. Das wollen wir grundlegend ändern. Befristete Verträge müssen auch im Justiz-
2037 bereich die Ausnahme werden.

2038 Wir werden die Beförderungssituation in der Justiz verbessern. Eine kluge, zukunftsge-
2039 richtete Personalauswahl ist für die Justiz von größtem Interesse. Die Mitbestimmungs-
2040 rechte des Richterwahlausschusses werden wir deshalb erweitern.

2041 Wir wollen, dass die Justiz bei der Ausbildung in allen Berufsgruppen (vom Justizwacht-
2042 meister bis zum Rechtspfleger) eine Vorbildrolle einnimmt und bei den einzelnen Ge-
2043 richten wieder mehr ausbildet.

2044 Wir wollen auch im Bereich der Justiz die Vereinbarkeit von Beruf und Familie stärken
2045 und stehen wir für den Erhalt und bei Bedarf den Ausbau von Justizkindergärten. Als
2046 moderner Arbeitgeber werden wir die Telearbeit im Einklang mit den Bediensteten aus-
2047 bauen. Die in der hessischen Justiz mittlerweile übliche Praxis, Stellen über längere Zeit-
2048 räume unbesetzt zu lassen, werden wir ändern.

2049 Für die Bediensteten schaffen wir bedarfsgerechte, regelmäßige Fortbildungsangebote
2050 vor Ort.

2051

2052 **9. Die Justiz in der Fläche erhalten und E-Justice mit Augenmaß einführen**

2053 Die CDU-geführten Landesregierungen haben zahlreiche Gerichtsstandorte geschlos-
2054 sen. In vielen Fällen müssen rechtsuchende Bürgerinnen und Bürger nun lange Wege auf
2055 sich nehmen, um zu ihrem Recht zu kommen. Wir wollen, dass die Justiz in allen Regio-
2056 nen erreichbar bleibt, und werden dazu modellhaft an geeigneten Standorten die Wie-
2057 dereinführung von Arbeitsgerichtstagen erproben, wie dies in Rheinland-Pfalz bereits
2058 der Fall ist.

2059 Der Bundesgesetzgeber hat mit dem „Gesetz zur Förderung des elektronischen Rechts-
2060 verkehrs mit den Gerichten“ den Startschuss für einen grundlegenden Umwandlungs-
2061 prozess gegeben. Wir wollen, dass die Umstellung auf E-Justice Schritt für Schritt nach

2062 Erfahrungen aus der Praxis (z. B. Modellversuche an einzelnen Gerichten) unter Beteili-
2063 gung der Nutzer und Mitbestimmung der Vertretungsgremien erfolgt. Für diesen Um-
2064 wandlungsprozess müssen die erforderlichen finanziellen und personellen Ressourcen
2065 zur Verfügung gestellt werden. Für uns steht fest: E-Justice darf nicht den gesetzlichen
2066 Richter ersetzen, sie dient nur als Hilfsmittel.

2067 Die Mitbestimmungsrechte der Personal-, Staatsanwalts- und Richterräte werden wir
2068 durch eine Novelle des Hessischen Richtergesetzes und Hessischen Personalvertreterge-
2069 setzes stärken.

2070 Die Unabhängigkeit der Justiz erfordert es auch, dass die Datensicherung bzw. -speiche-
2071 rung ausschließlich bei ihr stattfindet. Bei der Datensicherheit im Justizbereich darf
2072 nicht gespart werden – im Gegenteil: Sie ist in höchstem Maße zu garantieren.

2073

2074 **10. Alternative Streitbeilegung stärken**

2075 Wir wollen die alternative Streitbeilegung stärken, denn sie dient in vielen Fällen der
2076 Herstellung von Rechtsfrieden. Dazu gehören für uns die Mediation, das Güterichter-
2077 fahren und das Schiedsamtswesen.

2078 Insbesondere beim Schiedsamtswesen wollen wir die Zuständigkeiten erweitern. Um
2079 dieses noch bekannter zu machen, starten wir eine Informations- und Imagekampagne.

2080

2081 **11. Feuerwehren und Rettungskräfte flächendeckend einsatzfähig halten**

2082 Die mehr als 2.600 freiwilligen Feuerwehren in den 423 Gemeinden und Städten in Hes-
2083 sen sichern mit ihrem ehrenamtlichen Engagement den Brand- und Katastrophenschutz
2084 in Hessen. In den Kinder- und Jugendfeuerwehren, den Einsatzabteilungen und den Eh-
2085 ren- und Altersabteilungen sowie den Feuerwehrgemeinschaften wird ein vorbildliches bürger-
2086 schaftliches Engagement geleistet. Diese Arbeit unterstützen und fördern wir.

2087

2088 Wir wollen die Kinder- und Jugendarbeit in der Feuerwehr stärken und dabei die Chan-
2089 cen von Integration und Inklusion nutzen. Wir wollen, dass Brandschutzerziehung Be-
2090 standteil des Schulunterrichts wird. Wir unterstützen das Freiwillige Soziale Jahr in der
2091 Feuerwehr und werden den Übergang von Jugendfeuerwehr in die Einsatzabteilung mit
2092 geeigneten Programmen verbessern, damit die ehrenamtlichen Feuerwehren auch in
2093 Zukunft überall voll einsatzfähig bleiben.

2094 Wir werden ehrenamtliche Leitungsaufgaben attraktiver gestalten, indem wir die Füh-
2095 rungskräfte von Berichtspflichten und Verwaltungsaufgaben entlasten. Wir stehen für
2096 ein flächendeckendes System des Brandschutzes durch den Erhalt der Ortsteilfeuerweh-
2097 ren, die zehnmütigen Hilfsfristen und die Stärkung der dezentralen integrierten Leit-
2098 stellen in allen Landkreisen durch eine zukunftsfähige Technik. Bei Arbeitgebern wollen
2099 wir für die wichtige Arbeit der Hilfsorganisationen werben, damit Freistellungen für
2100 Übung, Ausbildung und Einsatz reibungslos funktionieren. Neben einer auskömmlichen
2101 Mittelzuweisung in Höhe von mindestens 35 Millionen Euro insbesondere für die Be-
2102 schaffung von technischem Gerät fördern wir Initiativen der Vereine und Verbände zur

2103 Mitgliedergewinnung. Zur Qualitätssicherung schaffen wir genügend Ausbildungsmög-
2104 lichkeiten für Feuerwehrangehörige.
2105 Neben den Feuerwehren tragen auch die Ehrenamtlichen in den Hilfsorganisationen im
2106 Katastrophenschutz einen wichtigen Beitrag zur öffentlichen Sicherheit bei. Im Ret-
2107 tungsdienst bilden qualifizierte Dauerarbeitsplätze, Mitbestimmung und Tarifvereinba-
2108 rungen die Grundlage eines stabilen Systems mit öffentlichen, karitativen und privaten
2109 Leistungserbringern. Von privaten Trägern fordern wir, dass sie sich auch aktiv in den
2110 Katastrophenschutz einbringen.
2111 Wir fordern Wertschätzung gegenüber den Einsatzkräften von Polizei, Rettungsdienst
2112 und Feuerwehr und werden gegen die zunehmende Zahl von Angriffen geeignete Maß-
2113 nahmen ergreifen. Nach belastenden Einsätzen lassen wir die Helferinnen und Helfer
2114 nicht alleine, sondern gewährleisten eine psychosoziale Einsatznachsorge, indem wir ein
2115 Netzwerk dieser Dienste aufbauen.
2116 Wir werden der steigenden Respektlosigkeit und Gewaltbereitschaft gegen Polizeibe-
2117 dienstete, Einsatzkräfte von Feuerwehr, Katastrophenschutz und Rettungsdienst ent-
2118 schieden entgentreten. Die Täter müssen konsequent verfolgt und bestraft werden.
2119 Wir brauchen eine breite gesellschaftliche Debatte über mehr Respekt gegenüber Ein-
2120 satzkräften, die für unsere Sicherheit sorgen und Menschen in Notlagen helfen. Ein Fo-
2121 kus wollen wir auf die Präventionsarbeit legen. Kindern und jungen Menschen zu ver-
2122 mitteln, wie wichtig Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst für unsere Gesellschaft sind,
2123 ist ein erster Schritt, den zunehmenden Angriffen entgegenzuwirken.
2124 Nach belastenden Einsätzen lassen wir die Helfer nicht alleine, sondern gewährleisten
2125 eine psychosoziale Einsatznachsorge, indem wir ein Netzwerk dieser Dienste aufbauen.
2126

2127 **12. Extremismusprävention für eine weltoffene, demokratische Gesellschaft**

2128 Wir stehen für eine weltoffene und demokratische Gesellschaft ein. Wir nehmen nicht
2129 hin, dass Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe, ihrer ethnischen oder sozialen Herkunft,
2130 ihrer Sprache, ihres Glaubens oder ihrer Weltanschauung, ihrer sexuellen Identität, ihrer
2131 Behinderung oder ihres Geschlechts Anfeindungen ausgesetzt sind, dass rechtsextreme
2132 Parolen lauter werden, dass Angriffe auf Flüchtlinge und ihre Unterkünfte zunehmen,
2133 dass politisch-religiöser Extremismus zunimmt bis hin zu terroristischen Anschlägen.
2134 Wir wollen extremistisches Gedankengut konsequent bekämpfen und junge Menschen
2135 in ihrem demokratischen Bewusstsein dauerhaft stärken.
2136 Wir unterstützen das Engagement der zahlreichen Träger, Initiativen und Vereine, die
2137 sich für die Demokratie und gegen menschenverachtende Ideologien einsetzen. Ihre In-
2138 terventions-, Bildungs- und Präventionsarbeit stellt einen unverzichtbaren Beitrag zur
2139 Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft dar. Deswegen setzen wir uns für nach-
2140 haltige und dauerhaft finanzierte Strukturen ein. Für uns ist die Übernahme von erfolg-
2141 reichen Konzepten in die staatlichen Regelstrukturen ein wichtiger Schritt. Zeitlich be-
2142 fristete Programme reichen nicht aus und schaden den Trägern und ihren Beschäftigten.
2143 Ihre Arbeit darf nicht dadurch erschwert werden, dass eine Extremismusklausel durch
2144 die Hintertür in Hessen eingeführt wird.

2145 Um die ehrenamtliche Präventionsarbeit zu stärken, bedarf es einer unbürokratischen
2146 Förderung. Für Opfer extremistischer Straftaten werden wir ein flächendeckendes und
2147 dauerhaftes Beratungs- und Unterstützungsangebot gewährleisten.
2148 Wir werden Demokratielernen, politische Bildung und Extremismusprävention stärker
2149 in der frühkindlichen und schulischen Bildung verankern und unter Einbeziehung der
2150 Vielfalt externer Träger mit Projekttagen und -wochen umsetzen. Wir wollen, dass Mit-
2151 sprache- und Mitwirkungsmöglichkeiten in Kita und Schule gelebt werden. Die Voraus-
2152 setzungen dafür in der Schule, in der Schulsozialarbeit und bereits in der Fort- und Aus-
2153 bildung der Erzieher/-innen, Lehrer/-innen und Sozialpädagogen und -pädagoginnen
2154 werden wir schaffen. Wir wollen gemeinsam mit den Jugendverbänden, Jugendbil-
2155 dungswerken und Trägern der außerschulischen Bildung die politische Bildung auch im
2156 Bereich der außerschulischen Jugendbildung stärken. Informationsfreiheit ist notwen-
2157 dige Voraussetzung für Partizipation und Mitbestimmung in einer modernen, lebendi-
2158 gen Demokratie. Wir werden deshalb den Zugang zu Informationen der Verwaltung er-
2159 heblich erleichtern, um eine sinnvolle Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zu ermög-
2160 lichen.
2161

2162 **13. Klassische und digitale Beteiligungsformen ausbauen**

2163 Wir werden digitale Technologien nutzen, um Bürgerinnen und Bürger stärker in den
2164 gesamten politischen Prozess zu integrieren. Für Bürgerinnen und Bürger, die keinen Zu-
2165 gang zu den digitalen Medien haben, wird das nicht zu Ausgrenzung führen. Digitale
2166 Beteiligungsverfahren erweitern die Möglichkeiten der Partizipation und fördern die Zu-
2167 sammenarbeit zwischen Behörden und Bürgerinnen und Bürgern sowie der Wirtschaft.
2168 Wir setzen uns dafür ein, dass die Bürgerinnen und Bürger an den Prozessen innerhalb
2169 der kommunalen Gremien stärker beteiligt werden. Jugendliche sollen über ihre Belange
2170 vor Ort mitentscheiden können. Wir wollen deshalb, dass Jugendliche bei Kommunal-
2171 wahlen schon ab 16 Jahren mitwählen dürfen.
2172 Für eine gelingende Integrationspolitik ist es unerlässlich, dass Migrantinnen und Mig-
2173 ranten stärker an politischen Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Wir wollen des-
2174 halb das kommunale Wahlrecht für alle in Hessen lebenden Migrantinnen und Migran-
2175 ten einführen.
2176 Unter einer SPD-Landesregierung wird Hessen die Nummer eins in Deutschland beim E-
2177 Government werden. Hessen wird von Unternehmen, Start-ups und digitalen Bürgerini-
2178 tiativen lernen und sich das Ziel stecken, alle Verwaltungsvorgänge für den Bürger on-
2179 line verfügbar zu machen. Dabei wird die Landesverwaltung alle Teile des digitalen Pro-
2180 zesses – von der sicheren Datensicherheit bis hin zur Archivierung – in der Cloud durch-
2181 gehen.
2182 Wir brauchen ein echtes Informationsfreiheitsgesetz (IFG), das diesen Namen auch ver-
2183 dient. Begleitend zum IFG braucht es eine Förderung der Nutzung von Daten durch Ver-
2184 waltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.
2185

2186 **14. Für einen demokratischen Verfassungsschutz**

2187 Aufgaben des Verfassungsschutzes sind das frühzeitige Erkennen und die Abwehr von
2188 Gefahren für unser friedliches und demokratisches Zusammenleben durch Extremismus
2189 jeglicher Art. Wir benötigen dazu einen modernen und transparenten Verfassungs-
2190 schutz, der einer wirksamen parlamentarischen und rechtsstaatlichen Kontrolle unter-
2191 worfen ist. Die Aufarbeitung des rechtsextremistisch motivierten Mordes an Halit Yoz-
2192 gat im Untersuchungsausschuss des Landtags hat gezeigt, dass der Verfassungsschutz
2193 dazu grundlegend reformiert und deutlich transparenter werden muss. Wir erkennen
2194 das grundsätzliche Erfordernis von Geheimschutzregelungen im Verfassungsschutz an,
2195 die Geheimhaltung darf jedoch nicht zu Abschottung, Intransparenz und Kommunikati-
2196 onsunfähigkeit des Verfassungsschutzes führen. Die derzeitige Praxis werden wir kri-
2197 tisch überprüfen und entsprechend ändern. Für diese Umgestaltung steht die hessische
2198 SPD.

2199 Wir werden für klare und eindeutige Regelungen seiner Eingriffsbefugnisse sorgen. Der
2200 Verhältnismäßigkeitsgrundsatz muss gewahrt und ein angemessener Ausgleich zwi-
2201 schen Grundrechtseingriffen und dem Schutz der Bevölkerung geschaffen werden. Ins-
2202 besondere müssen dringend die Anwerbung und der Einsatz von Vertrauenspersonen
2203 gesetzlich geregelt werden.

2204 Wir werden den Verfassungsschutz in Hessen einer wirksamen parlamentarischen Kon-
2205 trolle unterwerfen. Hier gibt es erheblichen Nachholbedarf. Dazu bedarf es effektiver In-
2206 formations- und Kontrollrechte des Parlamentes wie ein eigenständiges Akteneinsichts-
2207 recht. Die Rechte der Parlamentarischen Kontrollkommission sollen in der Verfassung
2208 verankert werden, um Minderheitenrechte tatsächlich zu gewährleisten. Wir werden in-
2209 terkulturelle Kompetenz und Lernen aus Fehlern als wesentliche Elemente im Leitbild
2210 des Verfassungsschutzes verankern.

2211

2212 **15. Recht auf Datenschutz verteidigen**

2213 Das Grundrecht auf Datenschutz ist weder verkäuflich noch verhandelbar. Es ist Voraus-
2214 setzung der persönlichen Freiheit jeder Bürgerin und jedes Bürgers in der digitalen Infor-
2215 mationsgesellschaft. Über die Verwendung seiner Daten muss der Einzelne grundsätz-
2216 lich selbst bestimmen können. Die europäische Datenschutz-Grundverordnung setzt da-
2217 für klare Regeln, die wir in Hessen vollständig anwenden werden. Gleichzeitig sind Daten
2218 zu einem neuen wichtigen Wirtschaftsfaktor geworden („Big Data“). Die Nutzung von
2219 Daten von Bürgerinnen und Bürgern und von Unternehmen soll möglich sein, allerdings
2220 nur, wenn die Endkunden dafür ihr Einverständnis gegeben haben. Dieses Einverständ-
2221 nis muss auf einer klaren, transparenten und verständlichen Zusammenfassung beru-
2222 hen, wofür wer wie welche Daten nutzt. Wir setzen uns dafür ein, dass es für die wirt-
2223 schaftliche Nutzung von personenbezogenen Daten klare Regeln und Grenzen gibt.
2224 Auch die Privatsphäre von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer muss in einer digitalen
2225 Wirtschaft gegenüber dem Arbeitgeber gewahrt bleiben.

2226 Wir wollen den verantwortungsvollen Umgang mit persönlichen Daten als bildungspo-
2227 litischen Auftrag an den Schulen verankern und auch für ältere Menschen Bildungsan-
2228 gebote für den Umgang mit der digitalen Welt entwickeln.
2229 Wir werden den Datenschutzbeauftragten unseres Landes weiter als unabhängige Be-
2230 hörde stärken und mit den notwendigen Mitteln und Möglichkeiten ausstatten, um um-
2231 fassende Beratungs- und Kontrollmöglichkeiten zur Sicherung der Rechte der Bürgerin-
2232 nen und Bürger vorhalten zu können.
2233

2234 **16. Medienpolitik und Medienkompetenz im digitalen Wandel gestalten**

2235 Die hessische SPD bekennt sich zu einer pluralen Medienordnung, in der private wie öf-
2236 fentlich-rechtliche Anbieter gleiche Chancen für ihre Entwicklung haben. Gerade unter
2237 den Bedingungen der digitalen Welt ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk wichtiger
2238 denn je: Er stellt für die gesamte Gesellschaft eine Grundversorgung mit Informationen,
2239 Bildung und Unterhaltung zur Verfügung. Insbesondere starke Informationsangebote
2240 bieten den Menschen verlässliche und vertrauenswürdige Orientierungspunkte in einer
2241 zunehmend unübersichtlich werdenden Medienwelt. In der aktuellen Diskussion um das
2242 Gleichgewicht zwischen öffentlichen-rechtlichen Anbietern und privaten Zeitungsverle-
2243 gern werden wir auf einen Kompromiss hinwirken, der das Interesse der Bürgerinnen
2244 und Bürger an Vielfalt und Qualität in den Mittelpunkt stellt.
2245 Auch die privaten Rundfunkanbieter tragen eine gesellschaftliche Verantwortung, de-
2246 mokratische Teilhabe zu ermöglichen und bestimmte gesellschaftlich relevante Ange-
2247 bote auszustrahlen.
2248 Die SPD wird die Vielfalt der Presse in Hessen erhalten und fördern. Eine freie Presse ist
2249 für eine gelingende Demokratie von großer Bedeutung. Deshalb werden wir Rahmenbe-
2250 dingungen schaffen, die es Zeitungen ermöglichen, mit ihren Geschäftsmodellen erfolg-
2251 reich zu sein, um ihren Kunden Qualitätsjournalismus anbieten zu können. Nach dem
2252 Vorbild von NRW werden wir eine Stiftung zur Sicherung der Vielfalt im Lokaljournalis-
2253 mus gründen. Das Medienkonzentrationsrecht werden wir im Licht der digitalen Ent-
2254 wicklungen überprüfen.
2255 Wir sind uns bewusst, dass gerade auch neue Onlineangebote auf dem Markt drängen.
2256 Diese sind eine gute und wichtige Ergänzung zu den bestehenden Printmedien. Mei-
2257 nungs- und Informationsfreiheit zu schützen heißt für uns vor allem, die Grundlagen für
2258 Chancengleichheit beim technischen und inhaltlichen Zugang zu den Medien herzustellen.
2259 Es gilt, die digitale Spaltung der Gesellschaft zu verhindern.
2260 Das veränderte Medienangebot und die veränderte Nutzung von Medien erfordert eine
2261 stärkere Verankerung von kritischer Medienkompetenz im Erziehungs- und Bildungssys-
2262 tem, über alle Altersgruppen hinweg. Sowohl im vorschulischen Bereich als auch in der
2263 Schule und Hochschule sowie in der Jugend- und vor allem in der Erwachsenenbildung
2264 sind passende Lehr- und Lernangebote für die Vermittlung von Medienkompetenz und
2265 digitale Alphabetisierung (digital literacy) zu schaffen. Medienbildung sehen wir als
2266 wichtigen Bestandteil eines selbstbestimmten und souveränen Handelns mit Medien.

2267 Wer Wahrheit nicht von Unwahrheit, Fakes nicht von News und echte nicht von unech-
2268 ten Bildern unterscheiden kann, wird zum manipulierbaren Spielball von Interessen.
2269 Wir setzen uns für juristische Mindeststandards auf nationaler, europäischer und inter-
2270 nationaler Ebene im Kinder-, Jugend- und Verbraucherschutz ebenso wie in Bereichen
2271 der Sicherheit und im Urheberrecht ein.

2272 **Mein Hessen von morgen ...**

2273 **... mit sozialer Gerechtigkeit und Zusammenhalt**

2274

2275 Nur in einer solidarischen, gerechten Gesellschaft ist der soziale Frieden gewährleistet.

2276 Jede und jeder soll die gleiche Chance auf ein erfülltes Leben haben. Leitgedanke unserer

2277 Sozialpolitik ist die Inklusion. Sie bedeutet, dass trotz aller Unterschiede bei Geschlecht,

2278 Alter, physischer, psychischer und geistiger Konstitution, sozialer, ethnischer oder kultu-

2279 reller Herkunft und sozialem Status, jeder Mensch von Anfang an die gleiche Chance auf

2280 ein selbstbestimmtes und erfülltes Leben hat.

2281 Dazu benötigen wir einen aktiven und vorbeugenden Sozialstaat, der unterstützt und

2282 fördert, ohne zu bevormunden. Ein vorbeugender Sozialstaat verhindert Benachteiligun-

2283 gen, bevor sie entstehen. Er nützt nicht nur den unmittelbar Betroffenen, sondern der

2284 gesamten Gesellschaft, indem er „Reparaturkosten“, wie sie etwa durch Krankheit, Ar-

2285beitslosigkeit oder Kriminalität entstehen, verhindert und indem er die Grundlagen ei-

2286 nes friedlichen, gleichberechtigten und solidarischen Zusammenlebens schafft. Wir for-

2287 dern die Aufnahme der Inklusion als Grundrecht in die Hessische Verfassung.

2288

2289 **1. Soziale Infrastruktur wieder aufbauen**

2290 Durch die CDU-geführten Landesregierungen seit 1999 wurden in Hessen zentrale Ele-

2291 mente eines aktiven, vorausschauenden, ausgleichenden und vorsorgenden Sozialstaats

2292 zerschlagen. Deren Sozialpolitik erschöpft sich bis heute weitgehend in Modellvorhaben,

2293 Schaufensterprojekten ohne dauerhafte Konsequenzen und teure PR-Aktionen ohne

2294 nennenswerten Mehrwert. Die finanzielle und operative Verantwortung wurde und

2295 wird vor allem auf die unterfinanzierten Kommunen abgeschoben. Wir werden einen

2296 grundlegenden Richtungswechsel einleiten.

2297 Für uns ist es die zentrale Aufgabe der Landessozialpolitik, die soziale Infrastruktur, ohne

2298 die ein Leben in Freiheit und Gerechtigkeit nicht möglich ist, zu erhalten und auszu-

2299 bauen. Dazu gehören Kindertagesstätten, Krankenhäuser, Einrichtungen der Jugend-

2300 hilfe und der Altenhilfe, Frauenhäuser und Frauennotrufe, Gesundheitsschutz und Prä-

2301 vention, Hilfsangebote für Menschen mit Behinderungen und in sozialen Notlagen, Ar-

2302 beitsförderung, Migrationsberatungsstellen und andere Beratungsangebote und sozia-

2303 ler Wohnungsbau. Diese Angebote der Daseinsvorsorge schaffen Sicherheit und Stabili-

2304 tät und ermöglichen ein selbstbestimmtes Leben. Mit einem konzeptionell von Grund

2305 auf erneuerten sowie auskömmlich und nachhaltig finanzierten Sozialbudget werden

2306 wir die soziale Infrastruktur gemeinsam mit den Betroffenen, mit Wohlfahrtsverbänden

2307 und Kommunen wiederaufbauen und eine neues tragfähiges soziales Netz für Hessen

2308 knüpfen.

2309 Landeszuschüsse müssen im Fall von Tarifsteigerungen entsprechend erhöht werden,

2310 damit angemessene Löhne nicht zu Kürzungen des Angebots führen.

2311 **2. Gute Arbeitsbedingungen für gute Leistung in den sozialen Einrichtungen**

2312 Gute soziale Arbeit ist nur bei guten Arbeitsbedingungen möglich. Wir werden uns des-
2313 halb dafür einsetzen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den sozialen Einrich-
2314 tungen angemessen entlohnt und vor Überlastung geschützt und Mindeststandards für
2315 Alten- und Krankenpflege definiert werden. Ein neues soziales Netz für Hessen kann nie-
2316 mals allein von der Landespolitik geknüpft werden, sondern nur in enger Zusammenar-
2317 beit mit den Trägern, Verbänden und Organisationen der freien Wohlfahrtspflege, den
2318 Kirchen, den Sozialpartnern, dem Land und den Kommunen sowie dem Landeswohl-
2319 fahrtsverband entstehen.
2320

2321 **3. Armuts- und Reichtumsbericht wiedereinführen und Aktionsprogramm Armuts-**
2322 **bekämpfung**

2323 Wir werden eine Sozialberichterstattung schaffen, die diesen Namen verdient. Sie wird
2324 die Grundlage einer neuen Kultur der bedarfsgerechten sozialen Förderung in ganz Hes-
2325 sen bilden. Sie muss konsequent in Form eines Reichtums- und Armutsberichts des Lan-
2326 des Hessen Armut, Reichtum und weitere soziale Unterschiede landesweit abbilden. Wir
2327 werden sicherstellen, dass ein solcher Bericht fristgerecht vorgelegt wird und dass die
2328 darin enthaltenen Empfehlungen Richtschnur der Politik werden.
2329 Die Zahl der armen oder an der Armutsgrenze lebenden Menschen hat in den letzten
2330 Jahren zugenommen. Insbesondere Familien mit Kindern, vor allem Alleinerziehende,
2331 zunehmend jüngere Erwachsene, Seniorinnen und Senioren und Menschen mit Behin-
2332 derung sind betroffen. Schwierigkeiten durch Arbeitslosigkeit, Überschuldung oder
2333 Sucht bedingen den Verlust der sozialen Integration, bis hin zu Obdachlosigkeit. Unser
2334 Ziel ist es, Strukturen und Angebote zu gewährleisten, die die Armutsfolgen und Armuts-
2335 wirkungen beseitigen und allen eine gleiche Teilhabechance ermöglichen. Eine zentrale
2336 Aufgabe der Armutsbekämpfung ist die Teilhabe an Arbeit und der Zugang zu Bildung,
2337 Mobilität, gesundheitlicher Versorgung und kulturellen Angeboten, Sport und Begeg-
2338 nung. Wir werden die durch die „Operation düstere Zukunft“ von der CDU zerschlagene
2339 soziale Infrastruktur zur Vermeidung und Bekämpfung von Armut und Armutsfolgen
2340 wieder aufbauen. Wir werden ein Aktionsprogramm zur Armutsbekämpfung auflegen.
2341 Dazu gehören die Neuordnung und Unterstützung von Gemeinwesenarbeit und Ar-
2342 mutsbekämpfung, Schuldnerberatung, Beratung für Migranten und Flüchtlinge, Ob-
2343 dachlosenhilfe und Hilfe für Haftentlassene, lokale Beschäftigungsinitiativen und Ju-
2344 gendberufshilfe, Frauenhäuser, Frauennotrufe und Frauen in besonderen Lebenslagen,
2345 Projekte gegen Gewalt an Kindern und Notruftelefone, Mädchenarbeit und Jungenar-
2346 beit, Mütterzentren und Erziehungsberatung, Suchthilfe, sozialpsychiatrische Dienste,
2347 Psychiatrieerfahrene und Angehörige, und alle Formen der Hilfe zur Selbsthilfe und vie-
2348 les mehr.
2349
2350

2351 **4. Ehrenamt und Vereinsarbeit als Kitt der Gesellschaft stärken**

2352 Zivilgesellschaftliche Organisationen, Ehrenamt und individueller Einsatz für andere
2353 sind eine wesentliche Säule unserer Demokratie und die Grundlage für Lebensqualität
2354 über die staatliche Absicherung der Daseinsvorsorge hinaus. Wir setzen auf starke Kom-
2355 munen, die ehrenamtliches Engagement wertschätzen. Wir werden den Kommunen
2356 helfen, Beratung und die Förderung unterstützender, bedarfsgerechter hauptamtlicher
2357 Strukturen für das Ehrenamt anzubieten.

2358 Wir wollen neue Wege der Beteiligung insbesondere auch von jungen Menschen erpro-
2359 ben sowie – u. a. in Kooperation von Schule und zivilgesellschaftlichen Organisationen –
2360 Engagement als gesellschaftliche Teilhabe erfahrbar zu machen.

2361 Sport und Vereine leben vom ehrenamtlichen Engagement vieler Frauen und Männer,
2362 die ihre persönlichen Erfahrungen und ihr berufliches Know-how einbringen. Passge-
2363 naue Weiterbildungs- und Beratungsangebote für Ehrenamtliche, die Förderung von
2364 Maßnahmen der Personal- und Organisationsentwicklung sowie von Netzwerken si-
2365 chern diese personellen Grundlagen von Vereinen und Verbänden.

2366

2367 **5. Mit Sportförderung Zusammenhalt, Gesundheit und Teilhabe für alle Altersklas-**
2368 **sen erreichen**

2369 Wir wollen mit einem Programm „Sport in Hessen 2025“ die Umsetzung des Staatsziels
2370 Sport stärken. Für nahezu jede Sportart benötigen wir geeignete Sportanlagen. Unser
2371 Ziel ist deshalb, in Hessen eine zeitgemäße und gut ausgestattete Sportstätteninfra-
2372 struktur zu schaffen. Wir wollen Kommunen und Vereine bei Neubau und Sanierung von
2373 Schwimmbädern und Sportanlagen unterstützen und fördern die interkommunale Zu-
2374 sammenarbeit. Wir wollen neue Sportarten und Angebotsformen berücksichtigen und
2375 der demografischen Entwicklung sowie unterschiedlichen Sportbedürfnissen, beispiele-
2376 wise für Menschen mit Behinderung und ältere Menschen, Rechnung tragen.

2377 Sportpolitik ist für uns auch aktive Sozialpolitik. Denn Sport bringt Menschen unabhän-
2378 gig von Geschlecht, sexueller Orientierung, Alter, Herkunft, sozialem und kulturellem
2379 Hintergrund, Nationalität sowie individuellen körperlichen und intellektuellen Voraus-
2380 setzungen zusammen und stärkt damit den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Die-
2381 ses Potenzial verlangt eine Sportpolitik, die ein Netzwerk in alle Politikbereiche spannt
2382 und deren Zusammenarbeit unterstützt. Wir wollen, dass sich möglichst viele Menschen
2383 zum Einstieg oder Wiedereinstieg in Sport und Bewegungsaktivitäten entscheiden.

2384 Eine SPD-Landesregierung wird die Zusammenarbeit von Schulen und Sportvereinen auf
2385 Augenhöhe fördern und alle nötigen Voraussetzungen für vielfältige Angebote in Ganz-
2386 tagsschulen und Schulen mit freiwilligen Nachmittagsangeboten schaffen, damit der
2387 Ganztagschulausbau nicht zulasten der Nachwuchsarbeit der Vereine geht. Wir wollen
2388 alle Schulen mit Ganztags- und Nachmittagsangeboten organisatorisch und personell in
2389 die Lage versetzen, Kooperationen mit den Sportvereinen in ihrem Umfeld aufzubauen

2390 und mehr Schülerinnen und Schüler aus allen Schichten für Sport und Ehrenamt begeis-
2391 tern. Eine SPD-geführte Landesregierung wird die Zusammenarbeit von Schulen und
2392 Sportvereinen auf Augenhöhe fördern.

2393 Wir wollen junge Menschen im Wettkampf- und Spitzensport fördern. Dies hilft nicht
2394 nur bei der Entfaltung ihrer Talente, sondern schafft zugleich wichtige Vorbilder und
2395 Identifikationsmöglichkeiten für andere Jugendliche. Dies werden wir durch die Bereit-
2396 stellung der notwendigen Strukturen unterstützen. Fairness und humaner Spitzensport
2397 sind dabei der Gradmesser für die Integrität von Vereinen und Verbänden.

2398
2399

2400 **6. Gleiche Rechte und Toleranz für Menschen aller sexueller Identitäten**

2401 Wir fordern gleiche Rechte für Menschen, die gleichgeschlechtlich lieben oder eine sexu-
2402 elle Identität haben, die jenseits der heterosexuellen Mehrheit liegt. Wir bekämpfen
2403 Hass und Diskriminierung, gleich aus welcher Richtung, und werden Maßnahmen ergrei-
2404 fen, um ein Klima der Offenheit und Toleranz für verschiedene Lebensentwürfe bereits
2405 in den Bildungsreinrichtungen zu verankern.

2406 Angelehnt an bestehende Initiativen werden wir ein Gütesiegel „Schule der Vielfalt“
2407 schaffen. Schulen, die ein Diversity-Konzept in ihrem Schulprogramm verankern, wer-
2408 den wir unterstützen. Beauftrage Lehrkräfte für Vielfalt werden wir fortbilden, vernet-
2409 zen und für ihre Arbeit entlasten und Initiativen und Projekte fördern, die eine nied-
2410 rigschwellige Einführung in das Themengebiet ermöglichen. Vielfältige Lebensweisen
2411 sollen nicht nur punktuell behandelt, sondern in den Alltag integriert sein. Die Einbin-
2412 dung von Projekten wie „SCHLAU“ können das Verständnis steigern.

2413 Um zielgenaue Maßnahmen planen zu können, werden wir eine wissenschaftliche Un-
2414 tersuchung initiieren, die ermittelt, welche Haltungen gegenüber vielfältigen Lebens-
2415 weisen und Identitätsmerkmalen an hessischen Schulen in welchem Umfang verbreitet
2416 sind.

2417 **Mein Hessen von morgen ...**

2418 **... für Zugewanderte und ihre Familien**

2419
2420

2421 **1. Integration als Erfolgsgeschichte fortschreiben**

2422

2423 Hessen ist seit Jahrzehnten ein in hohem Maße erfolgreiches Einwanderungsland. Zuge-
2424 wanderte Menschen und ihre Familien mit ihren unterschiedlichen Kompetenzen sind
2425 heute aus unserer Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur und Politik nicht mehr wegzudenken.
2426 Gleichwohl gibt es für die erfolgreiche Integration aller Zugewanderten und ihrer Fami-
2427 lien immer noch vieles zu tun und zu verbessern. Für uns ist Integration deshalb eine der
2428 wichtigsten politischen Zukunftsaufgaben der kommenden Landesregierungen.

2429 Unser Ziel ist das gleichberechtigte, von gegenseitiger Wertschätzung geprägte Zusam-
2430 menleben aller Menschen, unabhängig von Herkunft, Religion und sozialem Status in
2431 einer unserem Grundgesetz verpflichteten Rechts- und Wertegemeinschaft. Menschen
2432 mit Migrationshintergrund müssen auf allen gesellschaftlichen und staatlichen Ebenen
2433 gleiche Chancen zur aktiven Teilhabe am politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kul-
2434 turellen Leben haben. Wir brauchen ein Integrationsgesetz für Hessen, um alle Aspekte
2435 der Landespolitik im Hinblick auf Anforderungen in diesem wichtigen Zukunftssektor
2436 sinnvoll zu gestalten.

2437 Unsere Integrationspolitik setzt einen Schwerpunkt bei Kindern und Jugendlichen. Wir
2438 wollen

- 2439 • möglichst frühe und individuelle Förderung, um Benachteiligungen gar nicht erst
2440 entstehen zu lassen,
- 2441 • gezielte Ansprache, Beratung und Einbeziehung der Eltern,
- 2442 • interkulturelle Kompetenz und Mehrsprachigkeit, Wissen für den täglichen Um-
2443 gang mit unterschiedlichen Kulturen, Religionen und Mentalitäten als Schwer-
2444 punkt der Aus-, Fort- und Weiterbildung der Fachkräfte und
- 2445 • mehr Lehr- und Erziehungskräfte mit Migrationshintergrund.

2446 Die Beherrschung der deutschen Sprache ist eine zentrale Voraussetzung für Integra-
2447 tion. Wir werden deshalb für mehr alltagsintegrierte bedarfsgerechte Angebote zur
2448 Sprachförderung sorgen.

2449 Wir wollen Menschen mit Migrationshintergrund gezielt bei der Integration in den Aus-
2450 bildungs- und Arbeitsmarkt unterstützen, insbesondere beim Übergang von der schuli-
2451 schen in die berufliche Ausbildung. Eine erleichterte Anerkennung ausländischer Ab-
2452 schlüsse ist sowohl für die Betroffenen als auch für die heimische Wirtschaft wichtig,

2453 damit vorhandene Qualifikationen optimal genutzt werden können. Wir wollen den An-
2454 teil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund, sowohl in den Verwaltungen, als auch
2455 in den öffentlichen Einrichtungen erhöhen – ebenso in Führungspositionen.

2456 Wir wollen die Kommunen dabei unterstützen, ihre Ausländerbehörden zu Integrations-
2457 behörden und zu Serviceeinrichtungen weiterzuentwickeln. Wir wollen das gesellschaft-
2458 liche Engagement von Zugewanderten stärker fördern.

2459

2460 **2. Integrationskraft der Schulen weiter stärken**

2461 Zentral für das Gelingen schulischer Integration von Kindern und Jugendlichen mit Mig-
2462 rationshintergrund ist das Ende der aussondernden, trennenden Schulpolitik. Obwohl
2463 engagierte Lehrkräfte und Schulen bei der Integration starke Leistungen erbringen, ist
2464 die die immer noch vorhandene Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der kulturellen
2465 Herkunft gegenüber allen betroffenen Kindern ungerecht und ein Problem für den ge-
2466 gesellschaftlichen Zusammenhalt. Mit unserer Schulpolitik sorgen wir deshalb dafür, dass
2467 die bestehenden Benachteiligungen in unserem Schulsystem, die nicht nur, aber in be-
2468 sonderem Ausmaß Kinder aus Zuwanderungsfamilien treffen, beseitigt werden.

2469 Wir wollen die Integrationskraft unserer Schulen stärken. Wir werden sie mehr als bisher
2470 in die Lage versetzen, sich auf die zunehmende Vielfalt unserer Gesellschaft einzustel-
2471 len. Wir werden die Herkunftssprachen als Fremdsprachen an hessischen Schulen auf-
2472 werten, um die sprachlichen und interkulturellen Kompetenzen von Schülerinnen und
2473 Schülern und Lehrkräften sowie ihre spezifischen Fähigkeiten zu fördern. Gleichzeitig
2474 werden wir einen Schwerpunkt auf die fehlerfreie Beherrschung der deutschen Sprache
2475 in Wort und Schrift als zentrale Kommunikationssprache und wichtigen Faktor für den
2476 Zugang zum Arbeitsmarkt und für die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe set-
2477 zen.

2478

2479 **3. Gleichberechtigung und Teilhabe für Hessinnen und Hessen mit Migrationshin-** 2480 **tergrund**

2481 Gleichberechtigung setzt politische Teilhabe voraus. Wir treten daher für das aktive und
2482 passive kommunale Wahlrecht für alle hier lebenden Menschen ein. Wir werden die Ar-
2483 beit der kommunalen Ausländerbeiräte und ihrer Dachorganisation weiter aktiv unter-
2484 stützen. Wir unterstützen die Erweiterung der Rechte und Befugnisse der Ausländerbei-
2485 räte in der Hessischen Gemeindeordnung, insbesondere ein klar geregeltes Rede- und
2486 Antragsrecht in den kommunalen Parlamenten und das aktive Wahlrecht eingebürger-
2487 ter Personen zu den Ausländerbeiräten.

2488 Wir stehen zur verfassungsrechtlich garantierten Ausübung der Religionsfreiheit in un-
2489 serem Land. Die Vielfalt der Glaubens- und Religionsgemeinschaften ist selbstverständ-
2490 licher Teil unserer Gesellschaft. Der Islam als Religion, die religiösen Gemeinschaften
2491 und Verbände und die Muslime sind Teil unserer Gemeinschaft. Wir wollen den bekennt-
2492 nisorientierten islamischen Religionsunterricht unter staatlicher Schulaufsicht auswei-
2493 ten und die Studiengänge für islamische Religionspädagogik und Theologie ausbauen.

2494 Die konsequente Bekämpfung und Verfolgung von Diskriminierung sowie gruppenbe-
2495 zogener Menschenfeindlichkeit wie Rassismus, Antisemitismus und Islamophobie sind
2496 elementare Bestandteile sozialdemokratischer Integrationspolitik. Wir werden ein Lan-
2497 desantidiskriminierungsgesetz vorlegen, damit sich Betroffene auch in den Bereichen
2498 rechtlich besser zur Wehr setzen können, die nicht vom Allgemeinen Gleichbehand-
2499 lungsgesetz (AGG) des Bundes abgedeckt sind.
2500

2501 **4. Integration beginnt am Tag der Einreise**

2502 Das Recht auf Asyl und Schutz vor Verfolgung, wie es in der Allgemeinen Erklärung der
2503 Menschenrechte niedergelegt ist, ist für uns unantastbar. Auch wenn die Zahl der Asyl-
2504 anträge gegenwärtig rückläufig ist, suchen immer noch viele Menschen Schutz in unse-
2505 rem Land. Um Integration von vornherein zur Erfolgsgeschichte zu machen, wollen wir
2506 Sprachkurse und Bildungsangebote von Anfang an ermöglichen.

2507 Wir befürworten den Familiennachzug für alle dauerhaft hier lebenden Menschen, auch
2508 für unter subsidiärem Schutz Lebende, erstens aus humanitären Gründen, zweitens auf-
2509 grund des grundgesetzlich geforderten Schutzes für Ehe und Familie und drittens, weil
2510 sich Familiennachzug positiv auf den Integrationswillen und -erfolg auswirkt.

2511 Für uns beginnt Integration am ersten Tag der Einreise. Bis sie erreicht ist, sollen Asylbe-
2512 werberinnen und Asylbewerber würdig untergebracht werden. Dazu gehören einheitli-
2513 che verbindliche Mindestanforderungen für Aufnahme- und Gemeinschaftsunter-
2514 künfte. Wir wollen alle zu uns kommenden Menschen frühzeitig mit unseren Werten
2515 und Normen und unseren Regeln und Gesetzen für ein demokratisches und tolerantes
2516 Miteinander vertraut machen.

2517 Populistische Forderungen von rechter und konservativer Seite nach Leistungskürzun-
2518 gen für Schutzsuchende unter das soziokulturelle Existenzminimum lehnen wir ab, da
2519 sie die Integration erschweren und zur Ausgrenzung der Betroffenen aus dem gesell-
2520 schaftlichen Leben führen.

2521 Wir setzen uns für eine unabhängige Verfahrensberatung für neu ankommende schutz-
2522 suchende Menschen ein, die ihnen hilft, das komplizierte Asylverfahren zu durchlaufen
2523 und ihre Rechte wahrzunehmen. Wir stärken die soziale Betreuung, auch bei dezentral
2524 untergebrachten Flüchtlingen. Wir werden geeignete Versorgungsstrukturen für beson-
2525 ders schutzbedürftigen Personen wie unbegleitete Minderjährige, Behinderte, Alte,
2526 Schwangere, Alleinerziehende, Personen mit schweren körperlichen oder psychischen
2527 Erkrankungen und traumatisierte Flüchtlinge aufbauen.

2528 Wir wollen die Arbeit der Helferinnen und Helfer noch stärker unterstützen. Dieses eh-
2529 renamtliche Engagement in der Flüchtlingshilfe ist unersetzlich und erfüllt uns mit Stolz.
2530 Damit die Integrationsarbeit für Flüchtlinge nicht zulasten der Kommunen geht, werden
2531 wir die Städte und Gemeinden bei den Kosten für Unterbringung und Betreuung von
2532 Flüchtlingen auskömmlich finanzieren.

2533 An den Schulen wollen wir gewährleisten, dass Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinstei-
2534 gern beim Ankommen im Klassenverbund und in die Schulgemeinde begleitet werden.
2535 Wir werden die Anzahl der Wochenstunden in den sogenannten Intensivklassen und die

2536 Besuchsdauer dem tatsächlichen Nachholbedarf anpassen. Daneben werden wir die
2537 nachholende Bildungsarbeit ausbauen. Für Quereinsteiger werden wir die Altersberech-
2538 tigung zum Schulbesuch auf 27 Jahre erhöhen, damit insbesondere Flüchtlinge einen
2539 Schulabschluss an beruflichen Schulen oder Schulen für Erwachsene erwerben können.
2540 Wir wollen Intensivklassen an allen Schulformen.
2541 Hessen ist stolz darauf, ein hilfsbereites Land zu sein, das Menschen, die Schutz und Hilfe
2542 benötigen, aufnimmt. Genauso wirken wir darauf hin, dass alle, die kein Anrecht auf un-
2543 seren Schutz oder auf ein dauerndes Aufenthaltsrecht genießen, das Land wieder verlas-
2544 sen. Abschiebungen aus „Schutzräumen“, etwa aus Schulen oder psychiatrischen Ein-
2545 richtungen, lehnen wir ab. Wir unterstützen Menschen, die freiwillig ausreisen, und wol-
2546 len ihnen helfen, sich in ihrem Heimatland eine neue Perspektive aufzubauen.
2547 Wir wollen es ermöglichen, dass Menschen, die als Flüchtlinge hier leben, durch eigene
2548 Integrationsanstrengungen und -leistungen ein dauerhaftes Bleiberecht und die Mög-
2549 lichkeit zur Einbürgerung erwerben können, um zusätzliche positive Anreize für die In-
2550 tegration zu setzen.

2551 **Mein Hessen von morgen ...**

2552 **... für Menschen mit Behinderung**

2553

2554

2555 Mit dem Beitritt zur UN-Behindertenrechtskonvention hat sich die Bundesrepublik
2556 Deutschland dazu verpflichtet, Menschen mit Behinderung die vollumfängliche Teil-
2557 habe am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen. Wir wollen ihren Anspruch auf ein
2558 selbstbestimmtes Leben in unserer Gesellschaft mit Leben füllen. Behindertenrechte
2559 sind Menschenrechte. Darum ist es unser Ziel auch in Hessen, eine alle Gesellschafts-
2560 und Lebensbereiche umfassende inklusive Gesellschaft aufzubauen und zu erhalten.

2561

2562 **1. Inklusion von der Kita bis in den Beruf**

2563 Für die nächste Generation soll das tägliche Miteinander von Menschen mit und ohne
2564 Behinderung selbstverständlich sein: Wir wollen Inklusion von der Kita über die Grund-
2565 schulen und weiterführenden Schulen bis zu weiteren Bildungseinrichtungen ohne Qua-
2566 litätsverlust und Nachteile ermöglichen. Dies erfordert neben der Barrierefreiheit in jeg-
2567 licher Hinsicht auch die Ausstattung der Bildungseinrichtungen mit den notwendigen
2568 therapeutischen, pflegerischen und sächlichen Mitteln.

2569

2570 Die CDU-geführten Landesregierungen der vergangenen 19 Jahre sind die Inklusion von
2571 Kindern mit Beeinträchtigung in die Regelschulen zu spät, zu halbherzig und ohne zu
2572 Ende gedachtes Konzept angegangen. Das daraus resultierte Inklusionschaos hat dem
2573 Ziel der Teilhabe behinderter Kinder mancherorts eher geschadet als genützt. Das wer-
2574 den wir ändern. Behinderte Kinder haben ein Recht auf Einbeziehung. Inklusion hat Vor-
2575 teile für beide Seiten, wenn sie richtig durchgeführt wird. Wir werden die notwendigen
2576 finanziellen und personellen Mittel zur Verfügung stellen sowie insbesondere die Aus-,
2577 Fort- und Weiterbildungskapazitäten in der Lehrerbildung ausweiten, damit zukünftig
2578 alle Schulen ihren Aufgaben bei der Inklusion besser und ohne Qualitätsverlust gerecht
2579 werden können. Alle Kinder, auch behinderte Kinder, haben das Recht, eine Schule woh-
2580 nortnah zu besuchen. Jede Schule muss deshalb in die Lage versetzt werden, inklusiv zu
2581 arbeiten. Den Einsatz von Förderpädagogen an den allgemeinen Schulen werden wir
2582 transparenter und vor allem verlässlicher gestalten. Wir werden die Einführung der Ge-
2583 bärdensprache als Fremdsprache unterstützen.

2584 Wir werden die neuen technischen und medialen Möglichkeiten im Sinne der Inklusion
2585 vorantreiben. Zudem werden wir die Ausbildungskapazitäten an unseren Universitäten
2586 und Studienseminaren so erhöhen, dass wir so schnell wie möglich die nötige sonderpä-
2587 dagogische Grundversorgung erreichen. Außerdem wollen wir, dass die Grundlagen des
2588 inklusiven Unterrichtens Bestandteil jeder Lehrerausbildung werden.

2589 Mit einem **Masterplan Inklusion** werden wir die verschiedenen Etappen auf dem Weg zu
2590 einem inklusiven Schulsystem definieren. Bestehenden Förderschulen für behinderte
2591 Kinder wollen wir die Möglichkeit eröffnen, sich zu inklusiven Schulen weiterzuentwi-
2592 ckeln, und werden Fusionen mit Regelschulen unterstützen. Ein solcher Masterplan
2593 muss langfristig und somit über eine einzelne Wahlperiode hinaus angelegt sein.

2594 Wir werden unsere Anstrengungen zur **Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen**
2595 **für Menschen mit Behinderung** weiter verstärken mit dem Ziel, möglichst vielen Men-
2596 schen eine geeignete sozialversicherungspflichtige Beschäftigung anbieten zu können.
2597 Dazu gehören die Gründung virtueller Behindertenwerkstätten, der Ausbau von Assis-
2598 tenzen und unterstützter Beschäftigung, ein persönliches Budget für Arbeit, ein flächen-
2599 deckendes Angebot an Integrationsbetrieben, der Ausbau des Integrationsfachdienstes
2600 sowie die Förderung und die Bildung von Netzwerken aller Akteure auf dem Ausbil-
2601 dungs- und Arbeitssektor, insbesondere auch von Arbeitgebern, um ein entsprechendes
2602 Stellenangebot zu sichern. Das Land Hessen hat als Arbeitgeber bei der Ausbildung und
2603 Beschäftigung von Menschen mit Behinderung eine Vorbildfunktion.

2604 Wir wollen eine Hochschule für alle. Dazu gehören auch Barrierefreiheit und Unterstüt-
2605 zung für behinderte und chronisch kranke Studierende.

2606 Menschen mit Behinderung benötigen eine andere und intensivere Gesundheitsvor-
2607 sorge und andere Behandlungen als Menschen ohne Behinderung. Wir wollen dafür sor-
2608 gen, dass sie diese bekommen.

2609

2610 **2. Barrieren weiter abbauen**

2611 Wir schaffen Barrierefreiheit für Menschen mit körperlichen, psychischen und chroni-
2612 schen Einschränkungen in allen Bereichen der Landespolitik. Wir werden alle wesentli-
2613 chen Veröffentlichungen des Landes auch in leichter Sprache vorhalten. Wir wollen ei-
2614 nen Rechtsanspruch auf Bescheide und Dokumente hessischer Behörden in leichter
2615 Sprache einführen.

2616 Darüber hinaus setzen wir uns für die staatliche Förderung alternativer Wohnkonzepte,
2617 Mehrgenerationenhäuser und behindertengerechte Wohnungen sowie eine barriere-
2618 freie bzw. barrierearme Bauweise ein.

2619

2620 **3. Selbstbestimmung der Menschen mit Behinderung stärken**

2621 Wir werden die politische Vertretung und die Mitspracherechte von Menschen mit Be-
2622 hinderung auf allen Ebenen stärken und ausbauen. Die Interessenvertretung von Men-
2623 schen mit Behinderung soll auf allen politischen Ebenen durch die Wahl oder Berufung
2624 von Behindertenräten oder -beiräten sowie Behindertenbeauftragten verbessert wer-
2625 den. Dies gilt auch für die Bildung von Psychiatriebeiräten und anderen demokratischen
2626 Formen der Mitbestimmung wie Besuchskommissionen und Beschwerdestellen. Lan-
2627 desbehindertenrat und Landesbehindertenbeirat sollen zusammengeführt und ange-
2628 messen ausgestattet werden und den Landesbehindertenbeauftragten vorschlagen
2629 können.

2630 Wir werden das Wunsch- und Wahlrecht von Menschen mit Behinderung stärken. Dazu
2631 gehört das Recht, den Wohnort selbst zu bestimmen. Dazu werden wir ein differenzier-
2632 tes Angebot an Wohnformen für Menschen mit Behinderung voranbringen. Auch die
2633 Wahlfreiheit zum persönlichen Budget soll gestärkt werden durch ein flächendeckendes
2634 System für Information, Beratung, Motivation und Begleitung.
2635

2636 **4. Frauen mit Behinderung vor Mehrfachdiskriminierung schützen**

2637 Frauen mit Behinderungen sind oftmals von mehrdimensionaler Diskriminierung in na-
2638 hezu allen Lebensbereichen betroffen. Behinderte Frauen bilden das Schlusslicht auf
2639 dem Arbeitsmarkt, gleich welche Qualifikation sie erworben haben. Wir als SPD setzen
2640 uns für den besonderen Schutz dieser Frauen und für eine konsequente Umsetzung der
2641 UN-Behindertenrechtskonvention ein.
2642

2643 **5. Verlässliche Unterstützung für den Landeswohlfahrtsverband**

2644 Auch in Zukunft halten wir den Landeswohlfahrtsverband, der als überörtlicher Träger
2645 der Sozialhilfe und als Integrationsamt für wichtige Teilhabeleistungen für Menschen
2646 mit Behinderung in Hessen zuständig ist, für unverzichtbar. Er ist zudem Träger von För-
2647 derschulen und von Frühförderstellen für sinnesbeeinträchtigte Kinder sowie Kranken-
2648 haus- und Einrichtungsträger in Hessen.
2649 Auf Bundesebene wird sich eine SPD-geführte Landesregierung stärker dafür einsetzen,
2650 dass der Bund die Kosten für die Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderung
2651 vollständig übernimmt.
2652

2653 **Mein Hessen von morgen ...**

2654 **... für aktive Seniorinnen und Senioren**

2655

2656 Die älter werdende Gesellschaft ist eine Chance für unser Land. Wir wollen die Erfahrung
2657 und Verantwortungsbereitschaft der Älteren vertrauensvoll nutzen. Wir wollen eine Ge-
2658 sellschaft, in der die Erfahrung der Älteren und die Dynamik der Jugend gleich viel gelten.
2659 Wir setzen uns ein für gesundes Altern, gesundheitliche Vorsorge, jederzeit rasche Arzt-
2660 termine und armutsfeste Renten. Viele ältere Menschen leisten wertvolle Arbeit – un-
2661 entgeltlich. Sie betreuen Enkelkinder oder helfen z.B. Jugendlichen als Ausbildungspaten
2662 bei der Ausbildungsplatzsuche. Das Ehrenamt im Sport und Vereinsleben ist vielerorts
2663 ohne Ältere kaum denkbar.

2664 Glücklicherweise steigt unsere Lebenserwartung von Jahr zu Jahr an, unsere Gesellschaft
2665 wird an Jahren älter. Wir nehmen die Herausforderung an, eine Gesellschaft des aktiven
2666 und selbstbestimmten längeren Lebens zu gestalten. Wir wollen, dass jede und jeder bis
2667 ins hohe Alter alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten bekommt, selbstbestimmt
2668 zu handeln und selbstständig zu wohnen und zu leben.

2669 Wir werden die Landesseniorenvertretung stärken und unterstützen. Eine wirkliche Mit-
2670 wirkung muss durch die flächendeckende Einrichtung von Seniorenbeiräten gewährleis-
2671 tet werden. Wir werden die Landesseniorenvertretung stärken und unterstützen und die
2672 Chancen eines Seniorenmitwirkungsgesetzes prüfen.

2673

2674

2675 **1. Altersgerechtes Wohnen zum Schwerpunkt der Wohnraumförderung machen**

2676 Wir wollen, dass das Land konsequent in den Bau bezahlbarer Wohnungen, gerade auch
2677 für ältere Menschen, investiert. Insbesondere alleinlebende ältere Menschen brauchen
2678 eine Wohnumgebung in einem sicheren Umfeld mit einer guten Infrastruktur. Deshalb
2679 wollen wir durch generationsübergreifendes Wohnen ein Wohnangebot fördern, in dem
2680 die Bedürfnisse von jungen Familien und älteren Menschen gleichermaßen berücksich-
2681 tigt werden. Menschen, die der Pflege bedürfen, sollen eine Auswahl aus unterschiedli-
2682 chen Angeboten treffen können, angepasst an ihren Bedarf, jeweils mit der Möglichkeit
2683 zu ergänzen, wenn der Pflegebedarf wächst.

2684 Wir wollen barrierefreies und altersgerechtes Wohnen in einem sicheren Umfeld für alle
2685 ermöglichen. Dazu gehören eine Ausweitung der Wohnraumberatung und die Unter-
2686 stützung von älteren Menschen bei Organisation und Finanzierung ihres Bedarfs. Für die
2687 Einrichtungen des betreuten Wohnens wollen wir eine unabhängige Schiedsstelle, die
2688 dafür sorgt, dass Menschen, die sich für diese Wohnform entscheiden, ihre Rechte wahr-
2689 nehmen können, wenn ihre Kräfte nachlassen.

2690

2691 Derzeit ist „betreutes Wohnen“, also Wohnen in einem seniorenrechtlichen Umfeld mit
2692 der Möglichkeit, bei Bedarf hauswirtschaftliche Dienstleistungen, Pflegedienste oder Es-
2693 sen auf Rädern anzufordern, kein geschützter Begriff. Um alte Menschen und ihre Ange-
2694 hörigen vor bösen Überraschungen zu bewahren, wollen wir erreichen, dass Mindestan-
2695 forderungen für Werbung mit diesem Begriff verbindlich festgelegt und kontrolliert
2696 werden.
2697

2698 **2. Altersgerechte Mobilität**

2699 Ein verlässlicher, regelmäßiger, barrierefreier und bezahlbarer Personennahverkehr
2700 muss die Mobilität verbessern, insbesondere im ländlichen Raum. Zusätzlich wollen wir
2701 ehrenamtliches und genossenschaftliches Engagement dabei unterstützen, eine Haus-
2702 zu-Haus-Mobilität sicherzustellen. Barrierefreie Fahrzeuge und beleuchtete, überdachte
2703 und mit ausreichend Sitzplätzen ausgestattete Haltestellen wollen wir zur Regel ma-
2704 chen.
2705

2706 **3. Kultur- und Bildungsangebote für Ältere**

2707 Lernen ist ein lebenslanges Bedürfnis, der Zugang zu Angeboten der Kultur und Bildung
2708 muss auch für die ältere Generation möglich sein. Dies betrifft Universitäten ebenso wie
2709 Volkshochschulen und Bibliotheken. Kurze Wege zu niedrigschwelligen Angeboten müs-
2710 sen durch eine angemessene Unterstützung und Förderung durch das Land ermöglicht
2711 werden. Wir wollen gemeinsam mit den Kommunen den barrierefreien und bezahlbaren
2712 Zugang zu allen Orten der Bildung, der Kultur und des Erinnerens gewährleisten.
2713 Ohne Weiterbildung auch im Alter ist eine Beteiligung am gesellschaftlichen Leben und
2714 technischen Fortschritt nur schwer möglich. Die zukünftigen Assistenzsysteme in allen
2715 Lebensbereichen können leichter genutzt werden, wenn sich der Einzelne auch nach sei-
2716 nem Berufsleben entsprechend weiterentwickelt.
2717

2718 **4. Sicherheit älterer Bürgerinnen und Bürger gewährleisten**

2719 Kriminalität, die die Situation alter Menschen gezielt ausnutzt, ist besonders perfide. Wir
2720 werden Beratungsangebote und polizeiliche Schutzmaßnahmen in Bereichen verstär-
2721 ken, in denen Seniorinnen und Senioren gezielt zum Opfer von Verbrechen werden.

2722 **Mein Hessen von morgen ...**

2723 **... mit guter und erreichbarer Gesundheitsver-**
2724 **sorgung**

2725 Das Gesundheitswesen braucht eine gute Steuerung. Wir wollen, dass in Hessen nir-
2726 gendwo Unterversorgung droht. Gleichzeitig wollen wir auch örtliche Überversorgung
2727 vermeiden, um nicht notwendige Kosten für die Allgemeinheit zu verhindern, etwa
2728 durch eine bessere Krankenhausplanung. Wir wollen, dass alle Menschen unabhängig
2729 von ihrem Einkommen, Wohnort oder Alter Zugang zu einer optimalen medizinischen
2730 Versorgung bekommen.

2731 Wir werden ein auf die jeweiligen Regionen abgestimmtes Konzept zur Gesundheitsver-
2732 sorgung sicherstellen. Notwendig sind eine vollständige Überarbeitung der Bedarfsbe-
2733 messung, Kooperationen im Gesundheitsbereich, mehr Einfluss für die Kommunen, Ge-
2734 sundheitszentren/Nahversorgungszentren, Einsatz von besonders geschulten Pflege-
2735 fachkräften sowie E-Health, aber auch Motivation und Qualifikation der Studierenden in
2736 der Medizin, um sie für unterversorgte Regionen zu gewinnen.

2737 Armut macht krank, und Krankheit macht arm. In Deutschland leben arme Menschen
2738 über zehn Jahre kürzer als reiche Menschen, und sie sind länger krank. Wir werden die
2739 Möglichkeiten des Präventionsgesetzes nutzen und mit eigenen Projekten ergänzen, die
2740 die Gesundheitschancen benachteiligter Bevölkerungsteile spürbar verbessert.

2741

2742 **1. Ärztemangel auf dem Land angehen und überall erreichbare Versorgung sichern**

2743 Es gibt insgesamt mehr Medizinerinnen und Mediziner als jemals zuvor. Dennoch steht
2744 die medizinische Versorgung gerade auf dem Land vor erheblichen Herausforderungen.
2745 Viele junge Ärztinnen und Ärzte wollen im Ballungsgebiet oder im Angestelltenverhält-
2746 nis arbeiten.

2747 Nur jeder zweite Hausarzt findet derzeit einen Nachfolger für seine Praxis. Um die ge-
2748 gegenwärtige Versorgung zu halten, müssten mindestens doppelt so viele Fachärzte für
2749 Allgemeinmedizin ausgebildet werden. Wir setzen uns deshalb für die Schaffung weite-
2750 rer Medizinstudienplätze ein und für mehr Praxisanteile und eine verbesserte Verknüp-
2751 fung von Theorie und Praxis.

2752 Im bestehenden Gesundheitssystem werden Ärztinnen und Ärzte benachteiligt, die sich
2753 an Orten mit wenigen Privatpatienten niederlassen. Die aktuelle Trennung in privat und
2754 gesetzlich Versicherte verschärft somit das Problem der Unterversorgung in vielen Regi-
2755 onen. Wir setzen uns auf Bundesebene für einen Abbau der Zweiklassenmedizin und
2756 langfristig für die Einführung einer Bürgerversicherung ein.

2757 Einzige Aufgabe der Kassenärztlichen Vereinigung ist die flächendeckende Sicherstel-
2758 lung der ärztlichen Versorgung, die nicht überall erfolgreich gelingt. Wir werden uns des-
2759 halb dafür einsetzen, dass den kommunalen Gebietskörperschaften ein vorrangiges

2760 Recht zur Übernahme vakanter Vertragsarztsitze mit dem Ziel der Einrichtung kommu-
2761 naler Versorgungsstrukturen zukommt. Damit kann Versorgung bedarfsgerecht gesteu-
2762 ert und es können familiengerechte, flexible Arbeitsplätze für Ärztinnen und Ärzte an-
2763 geboten werden.

2764 Wir unterstützen die Anstellung von Vertragsärztinnen und -ärzten oder von Ärztinnen
2765 und Ärzten in einem der medizinischen Versorgungszentren, in denen haus- und fach-
2766 ärztliche Versorgung angesiedelt werden können. Wir wollen daneben eine Förderung
2767 für Praxisübernahmen und neue Niederlassungen von Hausärzten im ländlichen Raum,
2768 wo Unterversorgung droht. Eine grundlegende Gesundheitsversorgung muss für jede
2769 und jeden gut erreichbar sein – überall in Hessen. So genannte „Gemeindeschwestern“
2770 oder „Versorgungsassistentinnen und Versorgungsassistenten“ können Hausärztinnen
2771 und Hausärzte erheblich entlasten und damit einen Beitrag zur Sicherstellung der ge-
2772 sundheitlichen Versorgung im ländlichen Raum leisten. Diese besonders geschulten
2773 Fachkräfte übernehmen vielfältige Aufgaben für die individuelle Betreuung von Patien-
2774 tinnen und Patienten. Mit dem Konzept der qualifizierten Gemeindeschwester schaffen
2775 wir einen niedrighwelligen Zugang zur Gesundheitsversorgung und entlasten Haus-
2776 und Facharztpraxen. Dadurch wird die Erreichbarkeit verbessert und Wartezeiten wer-
2777 den verringert.

2778 Ergänzende Leistungen durch das E-Health werden immer wichtiger: Bis 2018 sollen
2779 Arztpraxen und Krankenhäuser flächendeckend an die Telematikinfrastruktur ange-
2780 schlossen sein. Damit besteht vor allem für ländliche unterversorgte Räume die Mög-
2781 lichkeit, ohne lange Wege für die Patienten auf Expertise von Fachärzten zurückzugrei-
2782 fen. Den wichtigen Arzt-Patienten-Kontakt können und wollen wir durch digitale Mög-
2783 lichkeiten aber nicht gänzlich ersetzen.

2784 Wir werden der besonderen Verantwortung des Landes für Akutkrankenhäuser als wich-
2785 tige Infrastruktureinrichtungen im ländlichen Raum gerecht.

2786

2787 **2. Krankenhausversorgung sinnvoll ordnen und Mindeststandards für Personalbe-** 2788 **setzung einführen**

2789 Wir brauchen eine vernünftige Krankenhausplanung durch das Land, um örtliche Über-
2790 bzw. Unterversorgung zu vermeiden.

2791 Wir werden mit verbindlichen Mindeststandards gegen den Personalmangel in Kranken-
2792 häusern und Pflegeheimen vorgehen. Um die Pflegeberufe attraktiver zu gestalten und
2793 die Qualität zu gewährleisten, wollen wir eine der Verantwortung angemessene Bezah-
2794 lung und gesetzlich festgelegte Mindeststandards für die Personalausstattung in Kran-
2795 kenhäusern und Pflegeeinrichtungen durchsetzen.

2796 Wir wollen den ambulanten und den stationären Bereich stärker verzahnen. Um dem
2797 Bedarf an medizinischen und pflegerischen Leistungen sowohl im stationären als auch
2798 im ambulanten Bereich entsprechen zu können, setzen wir uns für die verbesserte und
2799 engere Verzahnung der ambulanten Versorgung durch niedergelassene Ärztinnen und
2800 Ärzte und der stationären Versorgung im Krankenhaus ein.

2801 Für Patientinnen und Patienten ist der Unterschied zwischen ambulanten und stationären
2802 Anlaufstellen in Notfallsituationen nicht nachvollziehbar. Wir wollen deshalb die Zu-
2803 sammenlegung der Leitstellen für Rettungsdienste und die des ärztlichen Notdienstes
2804 forcieren.
2805

2806 **3. Hebammenversorgung und Geburtsnachsorge sicherstellen**

2807 Wir werden die Hebammenversorgung verbessern. Wir werden ein Hebammenregister
2808 erstellen, ein Konzept zur Beseitigung von Unterversorgung entwickeln, eine geeignete
2809 Versorgungsplanung einführen und für mehr Ausbildungsplätze für Hebammen und
2810 Entbindungspfleger sorgen, um die flächendeckende Versorgung sicherzustellen. Insbe-
2811 sondere werden wir uns für eine Senkung der finanziellen Belastung der Hebammen
2812 durch Versicherungsbeiträge einsetzen.
2813 Hebammen sind Müttern und Kindern nicht nur während der Geburt eine verlässliche
2814 Stütze, sondern stellen vor allem in der Vor- und Nachsorge eine der wichtigsten An-
2815 sprechpersonen dar. Wir werden nicht zulassen, dass junge Familien nach der Geburt auf
2816 sich allein gestellt sind.

2817 **Mein Hessen von morgen ...**

2818 **... für Pflegebedürftige und ihre Familien**

2819 Viele Menschen pflegen ihre Angehörigen, andere sind auf Pflegeeinrichtungen und -
2820 dienste angewiesen. Wir wollen, dass Menschen, die Betreuungs- und Pflegeleistungen
2821 benötigen, im Alter gut versorgt sind und ihr Leben auch mit Pflegebedürftigkeit weit-
2822 gehend nach ihren Vorstellungen gestalten können. Gute Versorgung bedeutet für uns,
2823 dass Menschen, die krank sind und der Pflege bedürfen, nicht nur medizinisch und tech-
2824 nisch auf dem neuesten Stand, sondern vor allem auch mit menschlicher Zuwendung
2825 behandelt werden.

2826 Wir wollen Angebote schaffen, die die pflegenden Angehörigen entlasten und dafür sor-
2827 gen, dass die Pflege der jeweiligen Situation angepasst ist. Dazu gehören Wohnraumbe-
2828 ratung, Hilfen bei notwendigen Umbauten und ein passgenaues flexibles Pflegeange-
2829 bot.
2830

2831 **1. Dem Pflegefachkräftemangel entgegenwirken und Mindestpersonalstärken ein-
2832 führen**

2833 Eine der dringendsten Aufgaben, der sich eine SPD-geführte Landesregierung annehmen
2834 wird, ist die Abwendung eines sich weiter verschärfenden Fachkräftemangels in der
2835 Pflege. Nach aktuellen Schätzungen werden bundesweit im Jahr 2035 in Pflege- und Ge-
2836 sundheitsberufen rund 270.000 Fachkräfte fehlen. Wir wollen dazu beitragen, die At-
2837 traktivität des Pflegeberufs zu steigern, indem wir Arbeitsbedingungen verbessern, den
2838 bürokratischen Aufwand reduzieren, damit mehr Zeit für die Menschen bleibt. Wir wer-
2839 den die Einhaltung von Arbeitsrecht, Arbeitsschutz und Arbeitszeiten forcieren und un-
2840 terstützen eine Bezahlung, die der Arbeitsbelastung und der Verantwortung von Pflege-
2841 kräften angemessen ist.

2842 Um die Arbeitsbelastung zu senken und die Qualität der Pflege zu verbessern, wollen wir
2843 verbindliche Mindestpersonalzahlen, differenziert nach Berufsgruppen und Qualifikati-
2844 onen sowie Erkrankungsschwere der zu versorgenden Patienten und Art der Station. Die
2845 Patientensicherheit steht nachweislich in direktem Zusammenhang mit der Personalbe-
2846 messung.
2847

2848 **2. Pflegestützpunkte und Service für pflegende Angehörige ausbauen**

2849 Wir wollen das Netzwerk hessischer Pflegestützpunkte dezentral ausbauen und weitere
2850 Angebote der Hilfe und Beratung für Angehörige schaffen, um die Unterstützung zu bie-
2851 ten, die sie zur Bewältigung des Alltags und zur Vereinbarung von Beruf und Pflege be-
2852 benötigen. Dazu gehören vor allem Betreuungs- und Entlastungsleistungen.

2853 Wir wollen einen Landespflegeplan zur Bestandserhebung, Bedarfsermittlung und Maß-
2854 nahmenrahmenplanung einführen, der die Grundlage für die Schaffung einer bedarfs-
2855 gerechten Infrastruktur mit wohnortnahen Versorgungsangeboten sein soll.
2856

2857 **3. Mehr Servicewohnen und ambulante Wohngemeinschaften für Pflegebedürf-**
2858 **tige**

2859 Wir wollen, dass das selbstbestimmte Leben auch im Alter und bei Pflegebedürftigkeit
2860 gewährleistet wird. Die meisten Seniorinnen und Senioren wollen in ihrem gewohnten
2861 Lebensumfeld bleiben. Dabei sind das vertraute Quartier und die städtische Integration
2862 von großer Bedeutung. Seniorinnen und Senioren brauchen nicht nur geeigneten und
2863 bezahlbaren Wohnraum, sondern auch eine begleitende Infrastruktur. Wir wollen des-
2864 halb die Vielfalt der Wohnraumangebote, wozu auch das Servicewohnen und ambu-
2865 lante Wohngemeinschaften gehören, fördern. Wir setzen uns für eine Differenzierung
2866 der verschiedenen Einrichtungen ein, um bestehende, aber auch neue Wohnformen wie
2867 Wohngemeinschaften und ambulante Hausgemeinschaften besser zu berücksichtigen
2868 und damit der Lebenswirklichkeit von älteren Menschen besser gerecht werden zu kön-
2869 nen.

2870 **Mein Hessen von morgen ...**

2871 **... für die Gleichberechtigung von Frauen und**
2872 **Männern**

2873
2874 Auch in Hessen ist die verfassungsrechtlich garantierte Gleichberechtigung von Frauen
2875 und Männern noch immer in vielen Bereichen nicht gesellschaftliche Realität. Frauen
2876 und Männer genießen im täglichen Leben zwar formal dieselben Rechte. Gesellschaftli-
2877 che, politische, wirtschaftliche und kulturelle Ungleichheiten bestehen aber weiterhin.
2878 Für uns ist die ausgewogene Mitwirkung von Frauen und Männern an Entscheidungs-
2879 prozessen eine der Grundbedingungen einer demokratischen Gesellschaft. Deswegen
2880 setzen wir uns für eine Änderung der Hessischen Verfassung ein, die beinhaltet, dass das
2881 Land, seine Gebietskörperschaften und andere Träger der öffentlichen Verwaltung die
2882 tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern fördert
2883 und auf die Beseitigung bestehender Nachteile hinwirkt.

2884 Wir wollen eine emanzipative Frauenpolitik, die in allen gesellschaftlichen Bereichen für
2885 Geschlechtergerechtigkeit sorgt. Deswegen bedarf es einer Überprüfung aller Gesetzes-
2886 initiativen nach Genderaspekten und einer geschlechtersensiblen Haushaltspolitik.
2887

2888 **1. Gleiche Aufstiegschancen und gleicher Lohn für gleiche Arbeit**

2889 Wir wollen, dass Frauen genauso gut verdienen und nach gleichen Kriterien entlohnt
2890 werden wie ihre männlichen Kollegen. Frauen verdienen immer noch, auch in Hessen,
2891 wie der regionale Lohnatlas zeigt, weniger und sind in Führungspositionen unterreprä-
2892 sentiert. Häufig von Frauen ergriffene Berufe werden auch bei großer damit verbunde-
2893 ner Verantwortung schlechter honoriert als klassische Männerberufe. Aber auch bei glei-
2894 cher Arbeit verdienen Frauen im Durchschnitt weniger.

2895 Eine SPD-geführte Landesregierung wird sich dafür einsetzen, dass die **Transparenz von**
2896 **Entgeltregelungen**, die in Unternehmen über 200 Beschäftigten gilt, auch auf klein- und
2897 mittelständische Betriebe erweitert wird.

2898 Wir unterstützen eine Aufwertung und bessere Entlohnung verantwortungsvoller Be-
2899 rufe, in denen vor allem Frauen tätig sind – so wollen wir die Eingangsbesoldung für das
2900 Grundschullehramt anderen Lehrämtern angleichen. Gleichzeitig wollen wir bereits in
2901 der Schule eine **Berufs- und Studienorientierung von jungen Frauen** fördern, die sie dabei
2902 unterstützt, klassische Geschlechterrollen bei der Berufswahl zu überwinden und für
2903 besser bezahlte naturwissenschaftlich-technische Fächer und Berufe und ebensolche
2904 Studiengänge zu sensibilisieren. Ein „Girls‘Day“ pro Jahr ist hierfür nicht hinreichend.

2905 Wir setzen uns auf allen Ebenen dafür ein, die Lohnkluft zwischen Männern und Frauen
2906 abzubauen.
2907

2908 **2. Mehr Familienfreundlichkeit im Job hilft Männern und Frauen**

2909 In der „Rushhour“ des Lebens, in der Berufstätigkeit mit der Betreuung von (Klein-)Kin-
2910 dern und/oder der Pflege von Angehörigen zusammentrifft, wollen viele Frauen und
2911 auch immer mehr Männer besonders eines: Flexibilität. Die Digitalisierung bietet dabei
2912 Chancen, die sowohl Arbeitnehmer/-innen als auch Arbeitgeber/-innen nutzen (kö-
2913 nen). Homeoffice oder Shared-office-Systeme sowie flexible Arbeitszeitmodelle erleich-
2914 tern es, Familienzeiten und Arbeitszeiten nach ihrem Bedarf über den Tag zu verteilen.
2915 Diese Möglichkeiten müssen nicht nur gesetzlich verordnet, sondern auch politisch ge-
2916 wollt und praktisch umgesetzt und reguliert werden. Hierfür setzen wir uns als SPD ein.
2917 Wir werden jedoch dafür Sorge tragen, dass die Erwerbsarbeit und Freizeit auch in fle-
2918 xiblen Modellen zeitlich klar voneinander abgrenzbar bleiben. Wir sind überzeugt, dass
2919 in Zeiten des demografisch bedingten Fachkräftemangels solche Modelle für Unterneh-
2920 men zunehmend attraktiv werden, um qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu
2921 halten.
2922

2923 **3. Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit**

2924 Vor allem Frauen sind von der sogenannten Teilzeitfalle betroffen, das heißt, sie können
2925 nach einer Arbeitszeitreduzierung für die Familie nicht wieder in Vollzeit zurückkehren.
2926 Dies wirkt sich negativ auf Einkommen, Rente und soziale Absicherung aus. Wir wollen
2927 Frauen die Möglichkeit geben, die Planung über Karriere und Berufsleben selbst in die
2928 Hand zu nehmen. Wir wollen das Recht gesetzlich verankern, nach einer Phase der frei-
2929 willigen Teilzeitarbeit auf die frühere Arbeitszeit zurückkehren zu können. Deswegen
2930 machen wir uns weiterhin auf Bundesebene für ein umfassendes Rückkehrrecht aus der
2931 Teilzeit stark.
2932

2933 **4. (Wieder-)Einstieg in die Erwerbstätigkeit**

2934 Zunehmend mehr Frauen und auch Männer können von den Verbesserungen bei der El-
2935 ternzeit und bei der Pflege von Angehörigen nicht profitieren, da sie sich nicht in regulä-
2936 ren Arbeitsverhältnissen befinden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Regelungen der
2937 Bundesagentur für Arbeit besser an die Bedürfnisse dieser Menschen angepasst werden
2938 und vor allem, dass die Landesförderung für Wiedereinstiegsprogramme und -projekte
2939 deutlich ausgeweitet wird.
2940

2941 **5. Hessisches Gleichberechtigungsgesetz verbindlicher ausgestalten**

2942 Wir wollen, dass der öffentliche Dienst Vorbild im Bereich der Gleichberechtigung ist.
2943 Wir wollen dazu ein wirkungsvolles Hessisches Gleichberechtigungsgesetz (HGIG). Die
2944 bisherigen Veränderungen am HGIG zeigen keine Wirkung. Es gibt nach wie vor Ministe-

2945 rien in der Landesregierung, die auf der Ebene der Abteilungsleiterstellen frauenfreie Zo-
2946 nen sind: das Innenministerium, das Wirtschaftsministerium und das Finanzministe-
2947 rium.

2948 Deshalb ist es notwendig, die Frauenbeauftragten zu stärken, sie angemessen auszu-
2949 statten und ihnen starke Instrumente an die Hand zu geben, um Gleichberechtigung tat-
2950 sächlich durchsetzen zu können. Dafür müssen Sanktionsmöglichkeiten und Kontroll-
2951 mechanismen im HGlG festgeschrieben werden.

2952 Zudem treten wir für eine tatsächliche paritätische Gremienbesetzung und für die Aus-
2953 weitung des Geltungsbereichs des HGlG ein. Unter anderem soll der Geltungsbereich auf
2954 Unternehmen ausgeweitet werden, an denen das Land bzw. die Kommunen mehrheit-
2955 lich Anteilseigner ist.

2956

2957 **6. Frauen in der Wissenschaft gleichstellen**

2958 Obwohl der Anteil von Frauen an den Studierenden und im Mittelbau der Universitäten
2959 ständig gestiegen ist, sind sie im Bereich der Professuren an den Hochschulen in Hessen
2960 noch immer unterrepräsentiert. Auf Teilzeitstellen und befristeten Stellen sind Frauen
2961 deutlich überrepräsentiert. Wir werden die Wissenschaftslaufbahn durch bessere Ver-
2962 einbarkeit mit Familie attraktiver für weibliche Nachwuchskräfte machen und streben
2963 einen Frauenanteil von 50 % der Professuren an. Auf die Verankerung von Zielquoten bei
2964 Promotionen und Habilitationen werden wir hinwirken, um den Frauenanteil in diesem
2965 Bereich erkennbar zu erhöhen. Insgesamt wollen wir prekäre Arbeitsverhältnisse an
2966 Hochschulen ebenso wie befristete Arbeitsverträge zugunsten unbefristeter Stellen ab-
2967 bauen, davon profitieren mehrheitlich Frauen.

2968 Über 12.000 Menschen arbeiten an hessischen Hochschulen im nichtwissenschaftlichen
2969 Bereich, der überwiegende Teil davon sind Frauen. Ihre Fortbildungs-, Qualifizierungs-
2970 und Aufstiegsmöglichkeiten müssen von den Hochschulen geplant und dokumentiert
2971 und vom Land kontrolliert werden.

2972

2973 **7. Frauenanteil in Führungspositionen erhöhen**

2974 Wir wollen erreichen, dass Frauen gleichermaßen in Führungspositionen gelangen wie
2975 Männer. In einer Vielzahl von Unternehmen mit Beteiligung des Landes Hessen gibt es
2976 keine Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten. In gerade einmal zehn von 47 Unterneh-
2977 men mit Landesbeteiligung gibt es Frauenförderpläne. Die Anzahl von Frauen in Auf-
2978 sichtsräten und Geschäftsführungen von Unternehmen mit Landesbeteiligung liegt
2979 zum Teil bei 0 Prozent. Das werden wir ändern und diesbezüglich eine Ausweitung des
2980 Geltungsbereichs des HGlGs vornehmen.

2981

2982 **8. Diskriminierung bekämpfen**

2983 Frauen sind häufig Opfer von Diskriminierung. Die Ursachen hierfür sind vielfältig. Die
2984 Diskriminierung von Frauen muss auf allen Ebenen bekämpft werden. Wir wollen keine
2985 herabwürdigenden Frauenbilder in der Öffentlichkeit.
2986

2987 **9. Frauen im Alter unterstützen**

2988 Ältere und hochbetagte Frauen sind besonders häufig von Altersarmut bedroht – eine
2989 direkte Folge jahrzehntelanger Benachteiligung im Berufsleben und daraus resultieren-
2990 der niedrigerer Rentenansprüche. Wir unterstützen die SPD auf Bundesebene bei der
2991 Einführung einer solidarischen Lebensleistungsrente, die Familien- und Pflegezeiten be-
2992 rücksichtigt. Gleichzeitig stärken wir durch mehr Gleichstellung im Berufsleben die Ren-
2993 tenansprüche zukünftiger Generationen.

2994 Auch im fortgeschrittenen Alter engagieren sich Frauen in Familie, Politik und Gesell-
2995 schaft. Dabei sind sie es, die häufig die unterstützenden Aufgaben wahrnehmen und im
2996 Hintergrund bleiben. Daraus ist erklärbar, dass bei allen Ehrungen, die das Land Hessen
2997 vergibt, allein bei der Pflegemedaille die Frauen die Mehrzahl der Geehrten darstellen.
2998 Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass auch andere Kriterien für die Ehrungen des Landes
2999 berücksichtigt werden.
3000

3001 **10. Vereinbarkeit von Familie und Beruf**

3002 Unser Sozialstaat erwartet von jeder erwerbstätigen Person bis zum Rentenalter Er-
3003 werbstätigkeit. Dies setzt eine partnerschaftliche Aufgabenteilung zwischen Männern
3004 und Frauen voraus. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss deshalb Angelegen-
3005 heit von beiden Elternteilen sein. Strukturen, die faktisch dazu führen, dass die Famili-
3006 entätigkeiten weiterhin den Frauen aufgebürdet werden und dafür sorgen, dass Er-
3007 werbsunterbrechungen (ob durch Kinder oder zu pflegende Angehörige), Teilzeitarbeit
3008 und Minijobs das Armutsrisiko bei Frauen erhöhen, müssen aufgebrochen werden.

3009 Wir setzen uns im Rahmen dieses Programms für zahlreiche Verbesserungen ein, die es
3010 Männern und Frauen erleichtern, Familie und Beruf zu vereinbaren. Dazu gehören der
3011 weitere Ausbau von Kinderbetreuung, die gebührenfreie Bildung von Anfang an in
3012 Krippe und Kita, ein Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz im Grundschulbereich so-
3013 wie mehr Entlastungsmöglichkeiten bei der Pflege von Angehörigen.
3014

3015 **11. Alleinerziehende stärken**

3016 Alleinerziehende – zumeist Frauen – sind im alltäglichen Leben besonderen Schwierig-
3017 keiten ausgesetzt und verdienen daher besondere Unterstützung. Sie tragen ein sehr ho-
3018 hes Armutsrisiko. Ausschlaggebend dafür ist oft, dass sich Betreuungszeiten an Kitas
3019 und Schulen nicht mit zur Verfügung stehenden Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten

3020 vereinbaren lassen. Hierfür wollen wir in Zusammenarbeit mit Kommunen und Jobcen-
3021 tern geeignete Möglichkeiten schaffen und Alleinerziehenden Vorrang bei der Auswahl
3022 von passenden Betreuungsangeboten und Schulen mit entsprechenden Angeboten ge-
3023 ben.
3024

3025 **12. Zugewanderten Frauen Teilhabe ermöglichen**

3026 Zugewanderte und geflüchtete Frauen sind in Deutschland oftmals in mehrfacher Hin-
3027 sicht benachteiligt. Wir werden diese Frauen deshalb gezielt fördern. Wir setzen uns da-
3028 für ein, dass alle Frauen ein selbstbestimmtes Leben führen können und am gesellschaft-
3029 lichen Leben teilhaben. Dazu gehören Sprachförderung sowie Aus- und Weiterbildung,
3030 Partizipationsangebote und Nachbarschaftsprojekte.

3031 Flüchtende Frauen und Kinder haben ein höheres Risiko, auf der Flucht von Gewalt be-
3032 troffen zu sein. Für traumatisierte Menschen müssen wir deshalb mehr Möglichkeiten
3033 der psychologischen und sozialpädagogischen Betreuung gewährleisten.

3034 Damit bestehende Bildungsangebote von geflüchteten und zugewanderten Frauen ge-
3035 nutzt können, muss es eine gute soziale Infrastruktur geben. Kostenfreie frühkindliche
3036 Bildung ist nicht nur für Kinder eine Integrationsvoraussetzung.
3037

3038 **13. Frauen vor Gewalt schützen**

3039 Frauen sind häufig Opfer von körperlicher, aber auch von psychischer Gewalt. Wir wollen
3040 die Situation der Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen in Hessen verbessern. Sie
3041 sind Anlaufstellen für Betroffene, für Fachleute, für die Polizei und für die Sozialämter.
3042 Es bedarf aus unserer Sicht einer personellen und finanziellen Aufstockung sowie einer
3043 kontinuierlichen Erfassung der in Hessen zur Verfügung stehenden Frauenhausplätze
3044 und Frauenberatungsstellen. Dabei achten wir auf die Berücksichtigung der besonderen
3045 Situation von Frauen mit Migrationshintergrund und von Frauen mit Behinderung, in-
3046 dem wir für unabhängige Übersetzerinnen sowie fachlich geschulte Betreuerinnen und
3047 barrierefreie Frauenhausplätze und Beratungsstellen sorgen.

3048 Wir sehen Handlungsbedarf bei der Soforthilfe für Opfer von sexuellen Straftaten. Wir
3049 werden, aufbauend auf die bereits durch die Frauennotrufe initiierten Programme in
3050 einzelnen Kreisen und kreisfreien Städten, eine flächendeckende Ausweitung der Sofort-
3051 hilfe unterstützen.
3052

3053 **14. Mehr Frauen in politische Verantwortung**

3054 Wir brauchen mehr Frauen in der Politik, auch, um Frauenrechte besser durchsetzen zu
3055 können. Die SPD geht diesen Missstand mit der parteiinternen Frauenquote, aber auch
3056 mit Mentoringprogrammen zur Unterstützung von jungen Politikerinnen an. Wir wer-
3057 den gemeinsam mit den Kommunen Wege suchen und Modellprojekte anstoßen, um

3058 mehr Frauen nicht nur für Politik zu interessieren und begeistern, sondern auch Mög-
3059 lichkeiten zu schaffen, politisches Engagement mit anderen Verpflichtungen vereinba-
3060 ren zu können.

3061 **Mein Hessen von morgen ...**

3062 **... mit innovativer Wissenschaft und Forschung**

3063 Hessen braucht wieder eine durchdachte Hochschulentwicklungsplanung.

3064 Gute Hochschulen bieten Raum für die persönliche Entwicklung der Studierenden. Sie
3065 sind neben der dualen Ausbildung einer der beiden Hauptwege zu einer qualifizierten
3066 Bildung. Daneben sind die Hochschulen mit grundlegender und angewandter Forschung
3067 eine gesellschaftliche Antriebskraft für Innovationen. Wir treten für eine transparente,
3068 plurale, kritisch-reflexive Wissenschaft ein.

3069 Wir wollen, dass unsere Studierenden nicht nur eine wissenschaftlich begründete beruf-
3070 liche Qualifizierung erhalten, sondern dass sie eine umfassende Persönlichkeitsbildung
3071 erfahren und dass kritische Reflexion sowie Selbstreflexion und die Entfaltung möglichst
3072 vieler Talente gefördert werden.

3073 Problematisch ist die Tatsache, dass die zu erwartende Zahl der Hochschulabsolventen
3074 geringer ist als der Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften in Hessen – das wollen wir
3075 ändern.

3076

3077 **1. Hochschulen eine stabile und tragfähige Finanzgrundlage zurückgeben**

3078 Es ist eine der zentralen Aufgaben eines Bundeslandes wie Hessen, die Rahmenbedin-
3079 gungen für gute Bildung herzustellen. Dieser Aufgabe ist die CDU-geführte Regierung
3080 nur in Grenzen nachgekommen. Sie hat inzwischen zwar wie die anderen Bundesländer
3081 die Finanzmittel für die Hochschulen erhöht, um den steilen Anstieg der Studierenden-
3082 zahl abzufedern. Allerdings ging das zulasten der Qualität des Studiums. So ist die An-
3083 zahl der Studierenden pro Lehrkraft steil angestiegen und damit gute Lehre und Betreu-
3084 ung schwieriger geworden. Finanziell wird dieser Sachverhalt in den weiter sinkenden
3085 Ausgaben pro Studierendem deutlich. Das wollen wir schrittweise korrigieren.

3086 Wir werden die Planbarkeit der Hochschulfinanzen erhöhen, indem wir die verlässliche
3087 Grundfinanzierung gegenüber den sonstigen Finanzierungsanteilen stärken werden.
3088 Alle Studierenden, die nicht mehr als zwei Semester über der Regelstudienzeit sind, müs-
3089 sen in die Finanzierung einbezogen werden. Langfristig muss die Mittelberechnung an
3090 die in der Realität entstehenden Kosten angepasst werden. Damit wollen wir die Quali-
3091 tät an den Hochschulen langfristig sichern. Wir wollen erreichen, dass die Betreuungs-
3092 relationen zwischen Lehrenden und Studierenden langfristig auf ein verantwortbares
3093 und international vergleichbares Maß gesenkt werden.

3094 Ein weiteres Vorhaben ist die Verstetigung der Mittel zur Qualitätsverbesserung und
3095 ihre Anpassung an die gestiegenen Studierendenzahlen. Wir wollen weiterhin eine ver-
3096 lässliche Finanzierung im Hochschulbau und diese auf der Grundlage einer landesweiten
3097 Hochschulentwicklungsplanung fortschreiben. Mit einer Fortschreibung des Programms
3098 LOEWE gewährleisten wir eine stabile Forschungsförderung.

3099 Wir werden prüfen, ob kleinere Bauprojekte bei entsprechender Mittelausstattung von
3100 den Hochschulen selbst geplant und durchgeführt werden können und ob sie so schnell-
3101 ler und bedarfsgerechter realisierbar sind.

3102 Wir werden unsere bundespolitischen Möglichkeiten einsetzen, um das Kooperations-
3103 verbot komplett zu beseitigen und eine ausreichend dotierte Fortschreibung des Hoch-
3104 schulpakts 2020 zu erreichen. Die dafür bislang nur bis 2020 zur Verfügung stehenden
3105 Landesmittel werden wir in einem ersten Schritt verstetigen.
3106

3107 **2. Klare Transparenzregeln für drittmittelfinanzierte Forschung**

3108 In Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Landtag sollen Regeln für die Annahme
3109 und Durchführung von Drittmittelforschung vereinbart werden. Sie sollen dafür sorgen,
3110 dass die Forschungsziele offengelegt, die Finanzierung der Projekte und die Verwertung
3111 ihrer Ergebnisse transparent gestaltet werden. Die Universitäten geben sich in eigener
3112 Verantwortung Zivilklauseln zum Ausschluss von militärischer Forschung.
3113

3114 **3. Produktive Forschung stärker in Verbindung mit guter Lehre fördern**

3115 Für die SPD sind Forschung und Lehre gleichrangig und gleichwertig. Wir wollen sie stär-
3116 ker als bisher verzahnen. Um forschendes Lernen überall zu ermöglichen, muss nicht nur
3117 die Lehre an den Hochschulen kontinuierlich verbessert, sondern auch die Forschung ein-
3118 schließlich der dafür nötigen Infrastruktur gestärkt werden.

3119 Spitzenforschung und die damit verbundenen Forschungsschwerpunkte wollen wir
3120 nachhaltig fördern, besondere Leistungen in der Lehre honorieren. Zur Verbesserung der
3121 Lehre an den Hochschulen werden wir die Hochschuldidaktik stärken und sie zu einem
3122 festen Bestandteil der Ausbildung für eine Hochschullaufbahn machen.

3123 Die an einzelnen Hochschulen bereits entwickelten Qualitätssicherungssysteme für Pro-
3124 motionen sollen miteinander abgestimmt und zu einem gemeinsamen Konzept weiter-
3125 entwickelt werden.

3126 Wir bleiben beim eigenständigen Promotionsrecht der Hochschulen für angewandte
3127 Wissenschaften (ehemalige Fachhochschulen). Darüber hinaus wollen wir die Verbesse-
3128 rung von Möglichkeiten für kooperative Promotionen von diesen Hochschulen mit Uni-
3129 versitäten erreichen. Für alle geeigneten Studierenden wollen wir einen Zugang zur Pro-
3130 motion ermöglichen.

3131 Gute Lehre und gute Forschung brauchen eine gute Infrastruktur. Bibliotheken, Vorle-
3132 sungsfolien und Skripte sollen leicht zugänglich sein. Dazu gehört eine gute Bausub-
3133 stanz, schnelles und kostenloses Internet, ausreichend Arbeitsplätze in Hörsälen, Labo-
3134 ren und Bibliotheken und der Zugang zu elektronischen Zeitschriften und Büchern. Auch
3135 ausreichend Druckmöglichkeiten zum fairen Preis, gut ausgestattete Bibliotheken, aktu-
3136 elle Fachliteratur und genügend Lehrbücher auch zur Ausleihe müssen vorhanden sein.
3137 Mit dem schrittweisen Aufbau eines Infrastrukturbudgets wollen wir uns für diese Ver-
3138 besserungen starkmachen.

3139 Damit die Wissensvermittlung weiterhin gesichert wird, wollen wir, dass Studierende im
3140 Rahmen ihres Studiums Unterrichtstexte an Hochschulen digital nutzen dürfen.
3141 In vielen geistes-, sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Fächern gibt es eine hohe
3142 Pluralität an Lehrmeinungen. Wir werden in einen Dialog mit den hessischen Hochschu-
3143 len darüber eintreten, wie wir diese wissenschaftliche Pluralität besser in den Hochschu-
3144 len abbilden, sodass die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit gestärkt und das Studien-
3145 angebot verbreitert wird.
3146 Wir wollen anregen, dass die Hochschulen Studiengänge einrichten, die für die Studie-
3147 renden später breitere Berufsfelder als bisher eröffnen. Hoch spezialisierte Masterstudi-
3148 engänge sollen auch in Kooperation von mehreren Hochschulen eingerichtet werden
3149 können.

3150

3151 **4. Die Hochschullehre bei der Öffnung nach außen unterstützen**

3152 Wir wollen die Hochschulen dabei unterstützen, langfristig ein bezahlbares breites Wei-
3153 terbildungsangebot in Berufen mit akademischer Bildung anzubieten. Unser Ziel ist es,
3154 die akademische Weiterbildung im Erwerbsleben zu stärken und die Transferzeiten von
3155 akademischem Fortschritt in die berufliche Praxis zu verkürzen.

3156

3157 **5. Wissenschaft und Hochschulbesuch für alle ermöglichen**

3158 Wir wollen eine Hochschule für alle und streben einen Hochschulsozialpakt an. Neben
3159 materiell ausreichenden Bedingungen muss es auch Unterstützung durch Beratung, Be-
3160 treuung und durch nach Lebenssituation differenzierte offene und flexible Bildungsan-
3161 gebote geben. Dazu gehört die Unterstützung für mehr Frauen in der Wissenschaft, Stu-
3162 dierende, die in ihrer Familie als Erste studieren und Studierende mit chronischen oder
3163 psychischen Erkrankungen, familiengerechte Regelungen in allen Studiengängen und
3164 der Hochschullaufbahn und die besondere Förderung von ausländischen Studierenden
3165 und Studierenden mit Behinderung.

3166 Die SPD setzt sich für gleiche Chancen für Männer und Frauen ein. Dabei sollen Frauen
3167 nicht nur gefördert werden, sie sollen auch ermutigt werden, in Wissenschaft und For-
3168 schung zu bleiben. Langfristig wollen wir einen Gleichstand von Professorinnen und Pro-
3169 fessoren erreichen. Dazu gehören auch ein Umgang mit Berufungen, der diesem Ziel ver-
3170 bindlicher Rechnung trägt, und ein Programm zur Förderung von Professorinnen.

3171 Die SPD will familienfreundliche Hochschulen, die attraktiv sind für Studierende, den
3172 wissenschaftlichen Nachwuchs sowie für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und für
3173 Lehrende sowie Forschende.

3174 Wir setzen uns für eine flexible Studiengestaltung ein, die ein Teilzeitstudium sowie
3175 Maßnahmen zur familiengerechten Hochschule einschließlich einer integrierten Kinder-
3176 betreuung ermöglicht. Dazu gehören auch Studienangebote am Abend. Wir wollen ver-
3177 besserte Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie auch für Wissen-
3178 schaftler und Wissenschaftlerinnen und ihre Familien an Hochschulen schaffen. Dazu
3179 gehören z. B. Tlearbeitsplätze und eine lebensphasenorientierte Arbeitsgestaltung.

3180 Wir begrüßen und unterstützen, wenn Hochschulen die aktuellen Erkenntnisse und De-
3181 batten jenseits von Studienangeboten und Forschungstransfer in öffentlichen Veran-
3182 staltungen und Diskussionsrunden einem breiteren Publikum zugänglich machen.
3183 Ausländische Studierende sind in Hessen willkommen. Wir werden für ausländische Stu-
3184 dierende keine zusätzlichen Hürden aufbauen und Studierende aus Migrantenfamilien
3185 gezielt fördern. Wir werden die Hochschulen dabei unterstützen, geflüchteten Studie-
3186 renden und Akademikern möglichst schnell angemessene Angebote zur Förderung der
3187 Integration in den regulären Wissenschaftsbetrieb zu unterbreiten.
3188 Behinderten und chronisch kranken Studierenden soll das Absolvieren von Studien- und
3189 Prüfungsleistungen unter gleichwertigen Bedingungen wie nicht behinderten Studie-
3190 renden barrierefrei ermöglicht werden. Dabei sind studienzeitverlängernde Auswirkun-
3191 gen einer Behinderung in den Lehrordnungen zu berücksichtigen. An notwendigen Hilfs-
3192 mitteln oder Assistenzleistungen und dem Erbringen von Studien- und Prüfungsleistun-
3193 gen in einer anderen Form soll das Studium für diese Gruppe nicht scheitern.
3194

3195 **6. Innovation für Hessen durch Transfer von Konzepten, Ideen und Technologien**

3196 Wir wollen die Rahmenbedingungen verbessern, unter denen Forschungswissen, neue
3197 praktikable Ideen und Innovationen schnell ihren Weg in Gesellschaft, Wirtschaft und
3198 Technik finden. Neben der einer international wettbewerbsfähigen Ressourcenausstat-
3199 tung der Hochschulen brauchen wir dafür in Hessen angemessene Schnittstellen zw-
3200 ischen der Forschung in Praxis und der Praxis in Forschung. Hochschulen und Betriebe,
3201 gesellschaftliche Institutionen und Organisationen können von diesem Austausch pro-
3202 fitieren. Denn nicht nur gibt die Wissenschaft Anregungen für die Praxis. Auch umge-
3203 kehrt ist der Austausch mit der außeruniversitären Anwendungspraxis eine wichtige Er-
3204 kenntnisquelle für die Forschung. Wir wollen deshalb Beratung und Interaktion mit den
3205 Hochschulen und ihrem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umfeld optimieren und
3206 ausbauen.

3207 Wir treten dafür ein, eine engere Kooperation von Grundlagenforschung, angewandter
3208 Forschung und Entwicklung in Hochschulen, Forschungseinrichtungen und den For-
3209 schungs- sowie Entwicklungsabteilungen von Unternehmen mit allen an der Forschung
3210 Interessierten zu diskutieren und zu vereinbaren. Dazu wollen wir eine regional- und
3211 strukturpolitisch begründete Landesforschungscoordination, die längerfristige Perspek-
3212 tiven eröffnet und für Synergie zwischen Grundlagenforschung anwendungsorientierter
3213 und Forschung und Entwicklung in der Wissenschaft und den Unternehmen sorgt.

3214 Wir werden einen hessischen Forschungs- und Innovationsrat einrichten, in dem Hoch-
3215 schulen, Parlament und gesellschaftliche Gruppen gemeinsam darüber beraten, wie For-
3216 schung Innovation in Gesellschaft und Wirtschaft vorantreiben kann. Dieser erhält einen
3217 begrenzten Etat zur Anschubfinanzierung von gemeinsam identifizierten Innovations-
3218 projekten und vergibt in diesem Rahmen Forschungsprojekte einschließlich des notwen-
3219 digen Personals. Die Projekte selbst werden an hessischen Hochschulen durchgeführt.
3220 Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung sind für die ganze Gesellschaft da. Dort, wo es
3221 angebracht ist, können sie auch über Patentierung und Lizenzierung einer Vermarktung

3222 zugunsten der Hochschulen zugeführt werden. Die hierfür in Hessen bestehenden Ein-
3223 richtungen werden wir unterstützen und konzeptionell in eine landesweite Struktur ein-
3224 binden.
3225

3226 **7. Ein Kodex für gute Arbeitsbedingungen an Hochschulen etablieren**

3227 Wir wollen gute Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten im Wissenschaftssystem.
3228 Dazu wollen wir einen Rahmenkodex für gute Beschäftigungsbedingungen an Hoch-
3229 schulen und zum Schutz vor prekärer Beschäftigung – auch für studentische Hilfskräfte
3230 – einführen, der auch den Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ umsetzt.
3231 Wir werden uns dafür engagieren, dass der Anteil unbefristeter Arbeitsverhältnisse er-
3232 höht wird und Mindestvertragslaufzeiten eingehalten werden. Auf Bundesebene setzen
3233 wir uns für die Streichung der möglichen zweijährigen „sachgrundlosen Befristung“ von
3234 Arbeitsverhältnissen ein. Außerdem werden wir die Möglichkeiten zur Entfristung der
3235 Lehrkräfte für besondere Aufgaben im Landesrecht novellieren. Den ständigen Druck zur
3236 Drittmittelakquise, der auf vielen Beschäftigungsverhältnissen lastet, wollen wir durch
3237 eine bessere und verlässlichere Grundausrüstung der Hochschulen senken.
3238

3239 **8. Die demokratische Hochschule stärken**

3240 Wir wollen die demokratische Hochschule. Wir werden die demokratisch direkt legiti-
3241 mierten Gremien der Hochschulen stärken und den Hochschulrat im Gegenzug auf eine
3242 rein beratende Funktion zurückführen. Dort, wo es rechtlich möglich ist, werden wir die
3243 Mitwirkungsmöglichkeiten der Studierenden ausbauen.
3244 Wir bleiben bei der Verfassten Studierendenschaft und werden diese – im Hinblick auf
3245 die politische Bildung der Studierenden – wieder mit einem allgemeinpolitischen Man-
3246 dat ausstatten. Eine Koppelung von Wahlbeteiligung und Finanzierung der Verfassten
3247 Studierendenschaft lehnen wir ab, da die Aufgaben der ASten unabhängig von der Wahl-
3248 beteiligung festgeschrieben sind.
3249

3250 **9. Duales Studium ausbauen**

3251 Wir wollen das duale Studienkonzept weiterführen und passgenaue Studienangebote
3252 insbesondere für das Gesundheit- und Pflegewesen sowie die soziale Arbeit schaffen.
3253 Wir unterstützen regionale Lösungen auch mit anderen Studienangeboten durch enge
3254 Kooperation mit Landkreisen, Gemeinden und Partnerunternehmen. Wir setzen uns da-
3255 für ein, dass die Dachmarke „Duales Studium“ fortgeführt werden, dass Rahmenbedin-
3256 gungen angeglichen werden, dass eine noch höhere soziale Durchlässigkeit dualer Stu-
3257 diengänge ermöglicht wird. Wir wollen erreichen, dass Praxis und Theorie im Studium
3258 noch besser verzahnt werden.
3259

3260 **10. Künstlerische Hochschulen als besonderes Element der Hochschullandschaft an-**
3261 **erkennen**

3262 Wir sind uns der besonderen Struktur der künstlerischen Hochschulen bewusst und wol-
3263 len in einer umfassenden Bestandsaufnahme die Basis dafür legen, dass mit dieser be-
3264 sonderen Struktur angemessen umgegangen wird. Dazu gehört ein angemessenes Kon-
3265 zept für die Beschäftigung der Vielzahl der Lehrbeauftragten ebenso wie eine Unterstüt-
3266 zung der Forschung im künstlerischen Bereich.
3267

3268 **11. Dem Parlament mehr Verantwortung für die Hochschulpolitik geben**

3269 Damit die Politik ihrer Verantwortung für eine gute Bildung gerecht werden kann, wol-
3270 len wir die Steuerungsmöglichkeiten des Hessischen Landtags in der Hochschulpolitik
3271 stärken. Hierfür brauchen wir eine neue Art von Zielvereinbarungen, in denen der Land-
3272 tag Eckpunkte beschließt, die dann von der Landesregierung in konkrete Vereinbarun-
3273 gen umgesetzt werden. Dabei bleibt es für uns bei der eingespielten Balance zwischen
3274 gesellschaftlicher Verantwortung für Bildung und der Autonomie der Hochschulen.

3275 **Mein Hessen von morgen ...**

3276 **... mit einer produktiven und kreativen Kultur-**
3277 **landschaft**

3278

3279 Unsere hessische Kultur ist geprägt durch das fruchtbare Nebeneinander von geistig-
3280 künstlerischem Erbe und Modernität sowie von regionalen Traditionen und einer welt-
3281 offenen internationalen Szene. Wir sehen die Aufgabe von Kulturpolitik in Hessen darin,
3282 dieses vielfältige Spektrum auf anspruchsvollem Niveau zu erhalten und zu fördern, ge-
3283 meinsam mit den vielfältigen regionalen und kommunalen Kulturangeboten.

3284

3285 Unsere Ziele sind:

- 3286 • die Verbesserung der Arbeits- und Existenzbedingungen von Künstlerinnen und
3287 Künstlern,
- 3288 • die Sicherung der Entwicklungsmöglichkeiten kultureller Einrichtungen und
- 3289 • die Teilhabe an der Kultur für alle.

3290

3291 Unser Leitbild ist geprägt durch Offenheit gegenüber allen Äußerungsformen der Krea-
3292 tivität, die Verteidigung der Freiheit der Kunst und Gesprächsbereitschaft gegenüber
3293 Künstlern und kulturellen Einrichtungen.

3294 Kunst ist ein menschliches Grundbedürfnis. Wir fördern die Vernetzungen der Kunst mit
3295 der Bildung, mit humanen und geistigen Idealen, mit dem Begriff eines ganzheitlichen
3296 aufgeklärten Menschenbildes, mit Motiven der Identität und der Orientierung. Dazu ge-
3297 hört auch die Befähigung zum freien Denken, zum Dialog, zur kritischen Analyse, zum
3298 Umdenken.

3299 Neben geistiger Produktivkraft sind Kunst und Kultur zudem ein nicht zu unterschätzen-
3300 der Wirtschaftsfaktor, dem wir mehr politische Aufmerksamkeit geben wollen. Auf Bun-
3301 desebene muss die rechtliche Absicherung künstlerischer Leistungen (Urheberrecht, Fol-
3302 gerecht) verbessert und das Engagement von Mäzenen erleichtert werden. Auf Landes-
3303 ebene hingegen könnte eine Art künstlerischer Tarifvereinbarungen für gerechte Hono-
3304 rare sorgen.

3305 Digitalisierung ist für Kultur- und Gedächtnisinstitutionen essenziell in vielen Bereichen,
3306 von der Archivierung über Präsentation und Zugänglichkeit bis zur Pädagogik. Das Land
3307 Hessen fördert Wachstum und Austausch bei Innovation und Kompetenz in diesem Be-
3308 reich durch eine landeseigene Koordinierungsstelle.

3309 **1. Kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen**

3310 Die kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen stellt für die hessische SPD einen
3311 besonderen Schwerpunkt unserer Kulturpolitik dar. Kulturelle Bildung bedeutet gesell-
3312 schaftliche Teilhabe. Sie fördert die Entwicklung der Persönlichkeit und trägt somit zur
3313 sozialen Gerechtigkeit bei. Kulturelle Bildung als Bildungserlebnis soll immer auch das
3314 Selbermachen und die Selbsterfahrung einbeziehen.

3315 Wir wollen die Leselust fördern, die Kompetenz wecken, sich kreativ und künstlerisch
3316 auszudrücken, den Spaß und die Auseinandersetzung mit Theater und Tanz und das Ver-
3317 ständnis für die Filmsprache ermöglichen.

3318 Museen sind wichtige Orte der Vermittlung kultureller Bildung. In den Museen des Lan-
3319 des Hessen müssen die museumspädagogischen Aktivitäten verstärkt und gegebenen-
3320 falls neu konzeptioniert werden.

3321 Wir wollen die kulturelle Bildung in Schulen, in der außerschulischen Jugendbildung und
3322 Jugendkulturarbeit sowie in den Kultureinrichtungen des Landes zu einem zentralen
3323 Handlungsfeld machen, durch gezielte Projekte und Programme den Ausbau forcieren
3324 und die Teilhabe aller Kinder und Jugendlichen an kulturellen Angeboten ermöglichen.
3325 Daher sollen Kunst, Musik und Darstellendes Spiel als Schulfächer gestärkt werden.

3326 In echten Ganztagschulen bestehen die notwendigen Voraussetzungen für eine vielfäl-
3327 tige kulturelle Förderung und den Austausch mit der Kulturszene vor Ort. Wir unterstüt-
3328 zen auch die außerschulische kulturelle Jugendarbeit, wie sie in den vielfältigen kultu-
3329 rellen Zentren, Projekten und Vereinen und den Theatern in Hessen stattfindet.

3330 Die Förderung des Kinder- und Jugendtheaters an den Theatern, die staatliche Unter-
3331 stützung erhalten, wollen wir verbindlich machen. Die SPD will einen „Innovationsfonds
3332 Kultur“ einrichten, in dessen Rahmen sich Kultureinrichtungen mit Projekten im Bereich
3333 der kulturellen Bildung für Kinder und Jugendliche bewerben können.

3334

3335 **2. Theaterförderung**

3336 Hessen hat mit seinen drei Staatstheatern und den Landestheatern in Gießen und Mar-
3337 burg sowie den Theaterhäusern in Frankfurt eine reiche Theaterlandschaft, die wir er-
3338 halten wollen.

3339 Die hessische SPD will ein neues Modell der Finanzierung der Staats- und Landestheater
3340 prüfen. Dazu wollen wir eine neue, gemeinsam vom Land und von der kommunalen
3341 Seite getragene Finanzierung im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs entwi-
3342 ckeln, die Verträge mit den Theatersitzstädten neu fassen und für eine neue Planungs-
3343 kultur sorgen.

3344 Neben und mit den staatlichen und staatlich geförderten Theatern und den Theatern
3345 und Gruppen der freien Szene wollen wir in einem Theaterlabor Produktionsformen ent-
3346 wickeln, die mit kleinen Apparaten und ohne festes Ensemble eigene Stücke erproben.
3347 Theaterlabore wollen wir mit den Hochschulen entwickeln, an denen Theaterwissen-
3348 schaften gelehrt wird. Die Hessische Theaterakademie sollte in diesen Prozess einbezo-
3349 gen werden.

3350 **3. Museen in Hessen**

3351 Unsere Museen sind Orte der Kunst, des kulturellen Gedächtnisses, der Naturkunde und
3352 der Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur. Hessen hat eine reiche Museumsland-
3353 schaft, die von einem hervorragenden Niveau im öffentlichen wie auch im privaten Be-
3354 reich geprägt ist.

3355 Eine konzeptionelle Verdichtung und Profilierung ist insbesondere für die staatlichen
3356 Museen geboten.

3357 Die Attraktivität der nicht staatlichen Museumseinrichtungen wollen wir mit der Bereit-
3358 stellung notwendiger Investitionsmittel erhalten. Die finanziellen Mittel dafür sollen in
3359 Absprache mit den Kommunen und Gemeinden über den kommunalen Finanzausgleich
3360 wie auch über den Hessischen Museumsverband bereitgestellt werden.

3361 Die SPD will die Stärkung der Museumskultur in den hessischen Regionen und eine ak-
3362 tive Museumspädagogik. Dazu muss der Hessische Museumsverband ertüchtigt wer-
3363 den.

3364 Wir werden einen Landesmuseumsbeirat einrichten, der nach künstlerischen Gesichts-
3365 punkten für besondere Projekte sowie Profilbildung und internationale Kooperationen
3366 im Feld der Moderne die Gegenwartskunst vorantreibt.

3367 Um deutlicher als bisher Stärken des kulturellen Gedächtnisses der einzelnen Museen
3368 herauszuarbeiten und zu vermitteln, ist ein angemessenes Budget für den kontinuierli-
3369 chen Sammlungsausbau bereitzustellen. Dazu gehört auch die wissenschaftliche Er-
3370 schließung der Sammlungsschwerpunkte, wenn möglich in Kooperation mit Hochschu-
3371 leinrichtungen. Von diesen Schwerpunkten aus sind nationale und internationale Brü-
3372 cken zu schlagen.

3373

3374 **4. Soziokultur und regionale Kulturförderung in Hessen**

3375 Soziokultur bringt Kultur in die Fläche und in das Alltagsleben aller Bevölkerungsgrup-
3376 pen, etwa durch Kulturgruppen, soziokulturelle Zentren, Kunstschulen, freie Theateren-
3377 sembles, kulturelle Kinder- und Jugendarbeit, Interkulturprojekte oder Stadtteilkultur-
3378 arbeit. Damit ist sie ein wichtiger Beitrag zur Bereitstellung eines Angebots „Kultur für
3379 alle“ und fördert Integration, Bildung und Zusammenhalt. Soziokultur ist damit sowohl
3380 eine kommunale als auch eine landespolitische Aufgabe.

3381 Die SPD Hessen strebt eine Drittelfinanzierung zwischen Land, Kommunen und eigenen
3382 Einnahmen der soziokulturellen Einrichtungen in Hessen an. Mittelfristig ist eine Ver-
3383 doppelung der Zuwendungen anzustreben. Wir wollen einen Fonds für Gesellschafts-
3384 kultur für besondere Produktionen, Projekte, Veranstaltungsreihen und Kunstaktionen
3385 einrichten.

3386 Die regionale Kulturförderung und die Förderung der Heimat- und Brauchtumpflege
3387 werden in ihren Förderkriterien überprüft. Die SPD will den internationalen Kulturaus-
3388 tausch intensivieren.

3389 Wir wollen einen Beitrag des Landes zur besseren Zusammenarbeit im Kulturbereich in
3390 der Rhein-Main-Region, aber auch in Nord-, Mittel- und Südhessen leisten. Wir setzen

3391 dabei nicht auf Zwang, sondern auf Kooperation. Die regionalen Kultursommer sind für
3392 uns wichtiger Bestandteil der Förderlandschaft des Landes Hessen.
3393

3394 **5. Kulturelle und wirtschaftliche Filmförderung und Kreativindustrie in Hessen**

3395 Kreativität und Innovationen sind Treibmittel für wirtschaftliche Entwicklung. Wir ha-
3396 ben eine prosperierende Kultur- und Kreativwirtschaft in unserem Land. Diese gilt es,
3397 durch das Land verlässlich zu unterstützen und zu fördern. Wir wollen für die starke Ga-
3398 mes- und Software-Branche eine Förderung neuer Technologien, in Anlehnung an Nord-
3399 rhein-Westfalen und Bayern, im Dialog mit der Branche einführen.

3400 Hessen hat eine starke Designwirtschaft. Diese werden wir weiter unterstützen und den
3401 Austausch mit weiteren Wirtschaftsbereichen fördern.

3402 Die SPD will die kulturelle und wirtschaftliche Filmförderung in Hessen profilieren und
3403 den Institutionen des Films in Hessen gute Bedingungen als Standort schaffen. Hessen
3404 ist ein Filmland mit einem besonderen Profil.

3405 Die Film und Medien GmbH wollen wir stärker an den Bedürfnissen der Filmschaffenden
3406 ausrichten. Die wirtschaftliche Filmförderung muss aufgestockt werden.

3407 Wir wollen den Filmstandort Hessen fördern und die Hochschulfilmförderung verbes-
3408 sern. Wir werden die Arbeit der Film- und Medienakademie stabilisieren und die Arbeit
3409 des Filmhauses Frankfurt einbinden.
3410

3411 **6. Musikförderung in Hessen**

3412 Wir werden möglichst allen Menschen im Land die Möglichkeit einer musikalischen Aus-
3413 bildung anbieten, sodass die musikalische Bildung nicht nur ein Privileg der begüterten
3414 Schichten ist. Dazu gehört auch eine höhere Anerkennung für ehrenamtliches Engage-
3415 ment in diesem Bereich, unter anderem in den Konzertvereinen und den Chor- und Or-
3416 chestergemeinschaften.

3417 Wir wollen zum einen die professionelle und qualifizierte Ausbildung sowie auch die be-
3418 ruflichen Chancen von Orchestermusikern wie von Solisten in allen Bereichen der musi-
3419 kalischen Praxis, klassisch wie modern, sichern.

3420 Die SPD will, dass die öffentlichen Musikschulen insbesondere auch bildungsferne
3421 Schichten gezielt ansprechen. Hierfür sind die Grundlagen der Kooperation „Schule –
3422 Musikschule“ deutlich zu verbessern. Dazu müssen die Musikschulen verbindlich geför-
3423 dert und in ihrer Qualität gesichert werden. Zurzeit liegt der Anteil des Landes an deren
3424 Finanzierung unter 5 %. Wir streben eine Drittelfinanzierung zwischen Land, Kommunen
3425 und aus Unterrichtsentgelten an, wie vom Deutschen Städtetag und vom Deutschen
3426 Landkreistag gefordert.

3427 Die personelle Versorgung des Schulfachs „Musik“ mit dafür qualifiziertem Lehrpersonal
3428 ist derzeit unzureichend, wodurch eine umfassende musikalische Bildung vielerorts
3429 nicht möglich ist. Wir wollen das Fach Schulmusik durch mehr und gut qualifiziertes
3430 Lehrpersonal sicherstellen.

3431 **7. Literatur**

3432 Wir setzen uns ein für die Förderung des literarischen Lebens. Wir unterstützen Autoren
3433 und Nachwuchsautoren, Veröffentlichungen und deren Bemühen, Publikum und Reso-
3434 nanz für ihre gestalterische Sichtweise und Verarbeitung zu finden.

3435 Der Hessische Literaturrat wird weiterhin in seiner Arbeit unterstützt und gefördert.

3436 Wir werden die Autorenstipendien auch unter der Mithilfe von Sponsoren ausweiten.

3437 Die großen hessischen Literaturpreise, insbesondere der Georg-Büchner-Preis, und die
3438 Arbeit der Akademie für Sprache und Dichtung verdienen unsere Förderung.

3439 Wir wollen, dass Literatur und Literaten einen Beitrag zur kulturellen Bildung an Schulen

3440 leisten. Es soll ein landesweiter Lesewettbewerb ausgeschrieben werden und während
3441 der Buchmesse „Hessen liest“ wieder stattfinden.

3442 Die öffentlichen Büchereien und Bibliotheken sollen abgestimmt mit der Förderung der
3443 Schulbibliotheken landesweit gefördert werden.

3444 Hessen braucht, wie andere Länder auch, ein Künstlerhaus, in dem Autor/-innen sowie
3445 bildende Künstler und Künstlerinnen sowie Musiker und Musikerinnen Residenzen ge-
3446 boten werden, die ihnen das schöpferische Arbeiten gewährleisten.

3447 Die hessische Landesvertretung in Berlin soll einmal im Jahr eine Leistungsschau des Li-
3448 teraturlandes Hessens, seiner Autoren und Verlage präsentieren. In Kooperation mit der
3449 Stadt Frankfurt wollen wir die Verlagslandschaft durch ein Haus der kleinen Verlage
3450 stärken.

3451

3452 **8. Denkmalpflege, historisches Erbe und Baukultur**

3453 Die Entwicklung und Pflege des historischen Erbes ist für die Identität des Landes Hessen
3454 von herausragender Bedeutung. Unsere Schlösser und Gärten, die Burgen und histori-
3455 schen Bauten unseres Landes gilt es zu erhalten.

3456 Die bewährte Arbeitsteilung zwischen dem Hessischen Immobilienmanagement (HI)
3457 und der Verwaltung Schlösser und Gärten (VSG) werden wir fortführen. Wir werden die
3458 wertvolle Arbeit des Netzwerks ehrenamtlicher Helfer im Bereich der Denkmalpflege
3459 unterstützen.

3460 Die Baukultur in Hessen wollen wir stärken und unterstützen, indem wir für öffentliche
3461 Bauten ein Fachgremium einrichten, das für „Kunst am Bau“ Vorschläge unterbreitet.

3462

3463 **9. Bildende Kunst**

3464 Die bildende Kunst führt – jenseits der Kunst am Bau öffentlicher Gebäude – im kunst-
3465 politischen Bewusstsein eher ein Schattendasein. Bildende Kunst eröffnet ganz eigene
3466 Darstellungsräume. Sie ist heute besonders auf privates Engagement angewiesen. Sie
3467 verdient eine angemessenere Aufmerksamkeit auch der Kulturpolitik.

3468 Wir wollen die sozialpsychologische und ästhetische Qualität der heute entstehenden
3469 bebauten Lebenswelt, die Architektur und die Stadtgestaltung, zum Thema der Kultur-
3470 politik machen. Das gilt auch für den Bereich des Designs, der mit seinen kreativen Po-
3471 tenzialen entscheidend zur Bedeutung der Gestaltung in der Lebenspraxis beiträgt.

3472 Wir wollen gemeinsam mit den Kommunen die Kunst im öffentlichen Raum stärker för-
3473 dern.

3474 Wir werden die Jugendkunstschulen in Hessen konzeptionell unterstützen und auch ihre
3475 Kompetenzen zur Entwicklung der kulturellen Bildung einbeziehen.

3476 Wir werden neue Modelle zur Förderung auch bildender Kunst und bildender Künstler,
3477 insbesondere am Anfang einer künstlerischen Karriere, entwickeln und die dokumenta-
3478 rische Aufgabe der öffentlichen Hand gegenüber der Gegenwartskunst stärker wahr-
3479 nehmen.

3480

3481 **10. Integration durch Kultur**

3482 Unser Land ist schon immer geprägt vom Zusammenleben verschiedener Kulturen, von
3483 unterschiedlichen Lebenswelten, Werten und Traditionen. Zu den unterschiedlichen re-
3484 gionalen Traditionen treten mit den Einwanderern neue hinzu. Diese kulturelle Vielfalt
3485 werden wir noch stärker in den Fokus nehmen. Durch konkrete Erfahrungen und Begeg-
3486 nungen können wir dafür sorgen, dass die gestiegenen Ängste vor dem Fremden nicht
3487 weiter zu einer Spaltung unserer Gesellschaft führt, sondern wieder in Vertrauen in das
3488 gesellschaftliche Miteinander entsteht. Dazu wollen wir den interkulturellen Austausch,
3489 etwa durch Kulturprojekte, vertiefen.

3490 **Mein Hessen von morgen ...**

3491

3492 **... mit neuer Energie**

3493 Hessen soll zum Vorreiter der Energiewende werden. Wir wollen den technologischen
3494 und wirtschaftlichen Wandel mit Schwerpunkt auf bezahlbare Energie und auf die Si-
3495 cherung zukunftsfähiger Arbeitsplätze prägen. Allein in Hessen arbeiten 24.000 Men-
3496 schen im Bereich der Erneuerbaren Energien. Unser Ziel ist es, dass der Bedarf an Strom
3497 und Wärme bis 2050 zu 100 % aus Erneuerbaren Energien gedeckt wird. Um dieses Ziel
3498 zu erreichen, wird eine SPD-geführte Landesregierung gemeinsame Strategien für
3499 Strom, Wärme und Verkehr entwickeln. Wir werden den Ausbau der Erneuerbaren be-
3500 beschleunigen, Hürden in der Planung beseitigen und neue Flächen ermöglichen.

3501

3502 **1. Wertschöpfung durch Energiewende vor Ort**

3503 Dabei werden wir den dezentralen Ausbau fördern, Kommunen, Stadtwerke und Bürger-
3504 genossenschaften unterstützen. Die Akzeptanz wird steigen, wenn die Energiewende
3505 demokratisiert wird und die örtlich Betroffenen an Entscheidungen und Gewinnen be-
3506 teilt werden. Uns geht es bei der Energiewende immer auch um die Schaffung von
3507 Wertschöpfung, die in den Regionen verbleibt. Gleichzeitig wollen wir durch zügige Fort-
3508 schritte in der Energiewende die Wettbewerbsfähigkeit hessischer Unternehmen erhö-
3509 hen. Schon jetzt ist Strom aus Erneuerbaren Energien günstiger als Atomstrom. Die Kos-
3510 ten für die Erzeugung von Strom aus Kohle, Öl, Gas und Uran werden in Zukunft weiter
3511 steigen, während die Produktionskosten für Erneuerbare Energien weiter sinken wer-
3512 den. Deswegen ist eine hessische Energiewende auch ein wichtiger Eckpfeiler für den
3513 Wirtschaftsstandort Hessen.

3514 Wir setzen uns unter anderem für einen dezentralen Ausbau Erneuerbarer Energien ein,
3515 weil der Ausbau der Übertragungsnetze („Stromautobahnen“) verringert werden kann,
3516 wenn Erzeugung und Verbrauch möglichst nah beieinander liegen. Die notwendige re-
3517 gelmäßige Ertüchtigung der Übertragungsnetze und notwendige Lückenschlüsse haben
3518 wenig mit der Energiewende, sondern mehr mit den allgemeinen technischen Voraus-
3519 setzungen eines funktionierenden Stromsystems zu tun. Wir werden die Verteilnetzbe-
3520 treiber (regionale Netzbetreiber, häufig Stadtwerke) in Hessen bei der Ertüchtigung ihrer
3521 Netze für die Anforderungen der Aufnahme und Verteilung von Strom aus Erneuerbaren
3522 Energien und bei der Entwicklung von Flexibilitätsangeboten unterstützen.

3523 **2. Energie-, Wärme- und Verkehrsbereich zusammen denken**

3524 Die Umsetzung der Energiewende in Hessen steht vor der nächsten großen Herausfor-
3525 derung. Bisher lag der Schwerpunkt der öffentlichen Diskussion auf dem Stromsektor.
3526 Wärme- und Verkehrsbereich spielten leider nur eine untergeordnete Rolle. Wir wollen
3527 der Energiewende in Hessen neuen Schub verleihen und einen integrierten Ansatz in den
3528 Mittelpunkt stellen (Sektorenkopplung, Konvergenz der Energiemärkte). Die drei Berei-
3529 che der Erneuerbaren Energien dürfen nicht mehr getrennt, sondern müssen integriert
3530 betrachtet werden. Mit dem Fraunhofer-Institut für Energiewirtschaft und Energiesys-
3531 temtechnik (IEE) – welches mit Landes- und Bundesmitteln gerade einen Neubau in Kas-
3532 sel erhält – und weiteren Einrichtungen haben wir in Hessen die richtigen Einrichtungen,
3533 um einer dezentralen und Erneuerbaren-Energieerzeugung neuen Schwung zu verlei-
3534 hen.

3535

3536 **3. Vielfalt Erneuerbarer Energien ausschöpfen**

3537 Um die Vollversorgung mit Erneuerbaren Energien zu erreichen, setzen wir auf einen Mix
3538 aller Erzeugungsarten der Erneuerbaren Energien. Dezentrale Gaskraftwerke, die gleich-
3539 zeitig Strom und Wärme produzieren, sind bis dahin eine sinnvolle Brückentechnologie,
3540 weil sie später mit aus Erneuerbarer Energien hergestelltem Gas aus Überschüssen von
3541 Solar- und Windkraft betrieben werden können („Power-to-Gas“) und die bestehende
3542 Gasnetzinfrastruktur dafür genutzt werden kann. Windenergie an Land und Solarstrom
3543 sind durch den seit dem Jahr 2000 beschleunigten Ausbau in Deutschland inzwischen
3544 die günstigsten Stromerzeugungsarten. Nur mit ihrem dynamischen Ausbau kann die
3545 Energiewende gelingen. Sie werden die Hauptsäulen der künftigen Energieversorgung
3546 sein.

3547

3548 **4. Windenergie in Zusammenarbeit mit den Kommunen ausbauen**

3549 Die schwarze-grüne Landesregierung tut nicht genug, um den Ausbau der Windkraft an
3550 sinnvollen Standorten zu ermöglichen. Die windstärksten Flächen in Hessen sind weit-
3551 gehend Windausschlussgebiet, obwohl viele der dortigen Städte und Gemeinden Wind-
3552 energie wollen, weil sie Wertschöpfung in strukturschwache ländliche Räume bringt.
3553 Wir stehen zum Ziel des Energiegipfels, 2 % der Landesfläche für den Ausbau der Wind-
3554 energie an Land bereitzustellen. Dieses Ziel darf nicht zum Papiertiger verkommen. Wir
3555 werden daher einen jährlichen Energiewende-Bericht einführen, der den Zubau der Er-
3556 neuerbaren ermittelt und nach klaren Kriterien den Bedarf für politisches Nachsteuern
3557 aufzeigt. Um nachsteuern zu können, wird die Hessen-SPD mit einem neuen Landesent-
3558 wicklungsplan dafür sorgen, dass windstarke Standorte dann genutzt werden können,
3559 wenn die betroffenen Kommunen dies wollen. Die dirigistische Landes- und Regional-
3560 planung ist zu unflexibel. Wir werden mehr auf kommunale Selbstbestimmung setzen,
3561 weil so am besten Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement ermöglicht wird. Die bes-

3562 ten Windräder sind die in den Händen von Kommunen, Stadtwerken, Bürgerenergiege-
3563 nossenschaften, Energieversorgern und Mittelständlern vor Ort, weil die Wertschöpfung
3564 in der Region bleibt. Dies zu organisieren, geht nicht durch Pläne von oben, die Gemein-
3565 den, Bürgern und Wirtschaft strikt vorgeben, wo gebaut werden darf und wo nicht.
3566 Im neuen Landesentwicklungsplan bleiben wir für neue Standorte bei klaren Mindest-
3567 abständen zur Wohnbebauung, die mit 1.000 Metern über gesetzlich geforderte Ab-
3568 stände nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz hinausgehen.
3569 Die Energiewende in Hessen funktioniert nur mit **Windkraft im Wald**, weil die windstar-
3570 ken Kuppen in Hessen überwiegend bewaldet sind. 42 % der Fläche Hessens sind Wald.
3571 Dabei reicht die Fläche im Wirtschaftswald völlig aus; die wenigen naturnahen Wälder
3572 in Hessen sollen nicht für Windkraft genutzt werden. Wir werden bei der Verpachtung
3573 von Windvorrangflächen im Hessen-Forst endlich im Gegensatz zu Schwarz-Grün die
3574 Voraussetzungen schaffen, um Kommunen, Stadtwerken und Energiegenossenschaften
3575 bessere Chancen zu verschaffen, Windparks im Wirtschaftswald zu betreiben. Dabei
3576 sind die benachbarten Kommunen von Windkraftanlagen auf Flächen von HessenForst
3577 nach rheinland-pfälzischem Vorbild an den Pachteinnahmen zu beteiligen. Auch dies hat
3578 Schwarz-Grün in den letzten Jahren blockiert. Wenn Windenergie durch das EEG immer
3579 preiswerter werden soll, können allerdings auch die Pachterlöse von Hessen-Forst nicht
3580 immer weiter in den Himmel wachsen. Damit hessische Windenergieprojekte in bundes-
3581 weiten Ausschreibungsverfahren überhaupt eine Chance haben, muss Hessen-Forst bei
3582 den Pachtentgelten Maß halten.

3583

3584 **5. Potenziale der Solarenergie nutzen**

3585 Auch die Nutzung der Solarenergie liegt in Hessen weiter unter ihren Möglichkeiten. Bei
3586 den geeigneten Dachflächen in Hessen, die für Fotovoltaik (Sonnenlicht zu Strom) oder
3587 für Solarwärme (Sonnenlicht zu Wärm) genutzt werden können, gibt es noch erhebliches
3588 Potenzial, insbesondere auf Industriegebäuden. Wir wollen diesen Anteil in den nächs-
3589 ten fünf Jahren verdoppeln. Dafür werden wir gesetzliche Überregulation abbauen, um
3590 bessere Möglichkeiten für die Nutzung der Solarenergie zu schaffen. Dabei legen wir be-
3591 sonderen Wert auf **Mieterstrom-Modelle**, die es Mietern ermöglichen, an den gesunken-
3592 en Preisen für Solarstrom teilzuhaben. Wir wollen auch den Ausbau der Solarenergie
3593 an Schallschutzwänden und -wällen sowie auf Freiflächen, insbesondere auf Konversi-
3594 onsflächen und bereits vorbelasteten Flächen entlang von Autobahnen und Bahngleis-
3595 en, weiter vorantreiben. Solarenergie gehört überall dort hin, wo ein sinnvoller Doppel-
3596 nutzen gestiftet werden kann.

3597

3598 **6. Wasserkraft weiter ausbauen**

3599 Die **Wasserkraft** ist wichtig für die Energiewende. Die schwarz-grüne Landesregierung
3600 hat mit dem sogenannten „Mindestwasser-Erlass“ die Axt an die Wasserkraft gelegt. Die
3601 Landesregierung wird mit der Umsetzung dieses Erlasses Erneuerbaren Strom in der Grö-
3602 ßenordnung des Haushaltsstromverbrauchs von Städten wie Marburg oder Gießen vom

3603 Netz nehmen. Statt die Wasserkraft unter einen Anteil von 3 % zu drücken, wollen wir
3604 die Rahmenbedingungen für Erhalt und naturverträglichen Ausbau der Wasserkraft auf
3605 über 5 % des Stromverbrauchs in Hessen schaffen. Dazu werden wir in einem ersten
3606 Schritt den Vollzug des Mindestwasser-Erlasses stoppen und unter Einbeziehung aller
3607 Gewässernutzer eine neue Richtlinie erarbeiten. In einem zweiten Schritt werden wir da-
3608 bei helfen, dass bestehende Wehre wieder für die Wasserkraft genutzt werden können.
3609 Für bestehende Wasserkraftwerke schaffen wir ein investitionsfreundliches Klima, um
3610 Leistungssteigerungen zu ermöglichen. Dabei achten wir auf den Interessenausgleich
3611 zwischen Naturschutz, Fischerei und der Nutzung von Wasserkraft und fördern dafür
3612 neue technologische Möglichkeiten.
3613

3614 **7. Biomasse**

3615 Die Nutzung der Biomasse zur Strom- und Wärmegewinnung hat auch in Hessen noch
3616 erhebliches Entwicklungspotenzial. Wir wollen keinen weiteren Ausbau von Monokul-
3617 turen. Stattdessen ist eine verstärkte energetische Nutzung von Grünschnitt, Bioabfall
3618 und Gülle unser Ziel.
3619

3620 **8. Kosteneinsparungen durch mehr Energieeffizienz**

3621 Zur Erreichung nachhaltiger und emissionsfreier Energieversorgung in Hessen ist die
3622 Steigerung der Energieeffizienz eine wichtige Säule. Wir werden uns für die Steigerung
3623 der Energieeffizienz in hessischen Unternehmen, öffentlichen Gebäuden und privaten
3624 Haushalten einsetzen. Dabei wollen wir es Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, sich
3625 an der energetischen Sanierung öffentlicher Gebäude finanziell zu beteiligen. Dies hilft
3626 insbesondere den Kommunen bei der Finanzierung der energetischen Sanierung, stei-
3627 gert die Aufenthaltsqualität, macht unsere Gebäude klimafreundlicher und ermöglicht
3628 eine niedrigschwellige Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den finanziellen Vor-
3629 teilen der Energiewende.
3630

3631 **9. Kommunale Energiewende voranbringen**

3632 Kommunen und Stadtwerke sind wesentlich Akteure der bürgernahen dezentralen Ener-
3633 giewende. Wir sehen die dezentrale Erzeugung und Nutzung Erneuerbarer Energien als
3634 Teil der Kommunalen Daseinsvorsorge. Wir wollen den Kommunen durch die Wieder-
3635 herstellung der ihnen im Grundgesetz garantierten Selbstverwaltung die Möglichkeit
3636 geben, die Chancen der Energiewende für lokale Wertschöpfung und Arbeitsplätze zu
3637 nutzen und als Energieerzeuger tätig zu werden. Wir werden dazu die rechtlichen Mög-
3638 lichkeiten der Kommunen zur Eigeninitiative im Energiebereich durch eine Reform der
3639 Hessischen Gemeindeordnung und der Hessischen Bauordnung verbessern.
3640

3641 **10. Energie- und Verkehrswende verknüpfen – Automobilwirtschaft stärken**

3642 Bei der Verkehrswende hin zu klimaverträglicheren Antriebsformen steht für die großen
3643 Automobilkonzerne mit Produktionsstandorten in Hessen der größte Transformations-
3644 prozess ihrer Geschichte ins Haus. Es wird einen Strukturwandel in der Automobilpro-
3645 duktion geben.

3646 Die aktuelle schwarz-grüne Landesregierung hat die Herausforderung, die dieser Verän-
3647 derungsprozess für die mehr als 50.000 Beschäftigten in der hessischen Automobilwirt-
3648 schaft und der Zulieferindustrie mit sich bringt, vernachlässigt und Chancen, z. B. des
3649 Hybridantriebs, verschlafen. Für die hessische SPD ist klar: Diese Herausforderung kann
3650 nur gemeinsam mit den Beschäftigten in den Automobil- und Zulieferbetrieben gelin-
3651 gen. Eine SPD-geführte hessische Landesregierung wird im Dialog zwischen Unterneh-
3652 men, Gewerkschaften und Regierung die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass die-
3653 ser Strukturwandel positive Effekte für Arbeitende und Unternehmen entfaltet. Für eine
3654 Übergangszeit brauchen wir modernste, effiziente und saubere Diesel- und Ottomoto-
3655 ren, auch als Hybridmotoren. Gleichzeitig müssen wir schon heute bei Antriebstechni-
3656 ken wie der Elektromobilität, der Brennstoffzelle oder dem Gasantrieb nachlegen, damit
3657 wir auch in Zukunft Mobilitätsland Nummer eins bleiben. Eine zu frühe Vorfestlegung
3658 auf eine dieser Antriebsformen ist nach unserer Überzeugung falsch.

3659 Wir wollen, dass Arbeitsplätze und Wertschöpfung am Automobilstandort Hessen be-
3660 stehen bleiben. Durch den Einsatz des E-Motors in den Städten kann der Anteil der Luft-
3661 schadstoffe dort zügig gesenkt werden. Durch Gerichtsverfahren drohende Fahrverbote
3662 wollen wir verhindern. Fahrverbote treffen einkommensschwache Bürger und kleine
3663 Handwerksbetriebe am härtesten. Deshalb setzen wir auf Innovation statt auf Verbote,
3664 die einer Enteignung von Fahrzeugen gleichkommen.

3665

3666 **Mein Hessen von morgen ...**

3667 **... mit gesunder Umwelt, nachhaltiger Landwirt-**
3668 **schaft, verantwortungsvollem Tier- und Ver-**
3669 **braucherschutz sowie mehr Klimaschutz**

3670
3671 Wir haben die Kraft für eine ökologische und nachhaltige Politik, die sozial und gerecht
3672 ist. Aber dennoch werden wir ökonomische Aspekte nicht aus den Augen verlieren.

3673 Der Kreis der Menschen in unserem Land, der sich Sorgen um die zukünftige soziale, öko-
3674 logische und ökonomische Entwicklung macht, hat sich laut aktuellen Umfragen in den
3675 letzten Jahren deutlich erhöht. Fast zwei Drittel der Bundesbürger halten Umwelt- und
3676 Klimaschutz für wichtig zur Bewältigung von Zukunftsaufgaben, fast drei Viertel zeigen
3677 sich beunruhigt, wenn sie daran denken, in welchen Umweltverhältnissen unsere Kinder
3678 und Enkelkinder wahrscheinlich leben müssen.

3679 Ohne eine veränderte Politik werden wir unsere Ziele in Hessen bei Klimaschutz, Nach-
3680 haltigkeit und Biodiversität nicht erreichen. Ohne eine intakte Natur und Umwelt, ohne
3681 gesunde Lebensmittel können Menschen nicht leben. Daher sind dies für uns auch Fra-
3682 gen der sozialen Gerechtigkeit.

3683 Der Fortschrittsbericht 2016 zur Nachhaltigkeitsstrategie Hessen des Hessischen Statis-
3684 tischen Landesamtes offenbart, dass die schwarz-grüne Landesregierung ihre Zielset-
3685 zungen 2020 für Ökologie und bei der Energieproduktivität, den Treibhausgasemissio-
3686 nen, den Erneuerbaren Energien sowie bei der internationalen Entwicklungszusammen-
3687 arbeit massiv verfehlen wird. Wir wollen, dass Hessen in Deutschland und Europa Vor-
3688 bild ist für das funktionierende Nebeneinander von wirtschaftlicher Stärke und Innova-
3689 tionskraft, fortschrittlicher Bildung, gerechtem Gemeinwesen und dem Erhalt der biolo-
3690 gischen Vielfalt.

3691 Wir wollen eine Stärkung der Bildung für das das Ziel der nachhaltigen Entwicklung in
3692 allen Bildungsbereichen. Wir werden Nachhaltigkeit und entwicklungspolitische The-
3693 men stärker in die Aus- und Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern implementieren.

3694

3695 **1. Klimaschutz auf allen Ebenen**

3696 Insbesondere das Jahr 2017 hat breiten Bevölkerungsschichten durch Wetterereignisse
3697 bewusst werden lassen, welche Folgen schon 1 °C Erderwärmung in unseren Breiten ha-
3698 ben kann. Selbst in Hessen nehmen Dürrewarnungen, Brandgefahren, aber ebenso
3699 Starkregenereignisse und Unwetter zu. Die Verpflichtungen aus dem Klimavertrag von
3700 Paris werden wir mit sozialverträglichen Maßnahmen erfüllen.

3701 Wir treten ein für die Förderung regionaler Strukturen für eine integrierte Umweltpoli-
3702 tik, finanzielle Anreize zur Reduzierung von CO₂-Emissionen im Bereich Wärme, die Wie-
3703 dervernässung von Mooren, die Durchsetzung von ökologischen und sozialen Mindest-
3704 standards in der öffentlichen Beschaffung und das Erreichen der Klimaneutralität der
3705 hessischen Landesverwaltung.

3706 Eine SPD-geführte Landesregierung wird den Klimaschutz im Rahmen der in diesem Pro-
3707 gramm beschriebenen Konzepte für einen attraktiven und bezahlbaren ÖPNV, den de-
3708 zentralen Ausbau der Erneuerbaren Energien, mehr Energieeffizienz und der Verkehrs-
3709 wende vorantreiben. Wir werden Verantwortung für Nachhaltigkeit und Klimaschutz an
3710 allen Schulen als Lehrinhalt verankern. Wir setzen uns auf allen Ebenen dafür ein, dass
3711 der Erhalt der Lebensgrundlagen und die Begrenzung der Erderwärmung auf 2°C als vor-
3712 rangige Ziele der Bundesregierung und der EU behandelt werden und dass Deutschland
3713 im Rahmen des Pariser Klimaschutzabkommens eine Vorreiterrolle einnimmt. In Hessen
3714 werden wir statt unverbindlicher Klimaschutzpläne, wie sie Schwarz-Grün vorgelegt hat,
3715 ein verbindliches Klimaschutzgesetz auf den Weg bringen.
3716

3717 **2. Natur-und Gewässerschutz**

3718 Wir nehmen unsere Verantwortung für das europäische Schutzgebietsnetz Natura2000
3719 und die hessischen Naturschutzgebiete wahr, indem wir die Maßnahmenpläne zügig
3720 fertigstellen und umsetzen und ggf. aktualisieren, notwendige Vergrößerungen der Ge-
3721 biete vornehmen und alle Flächenverwaltungen auf die Umsetzung der Schutzziele un-
3722 ter Federführung der Naturschutzbehörden verpflichten. Wir wollen die hessischen Au-
3723 enverbände als pestizid- und düngemittelfreie Räume weiterentwickeln. Wir novellieren
3724 das hessische Naturschutzgesetz mit dem Ziel, die Beteiligungsrechte der Naturschutz-
3725 verbände und Naturschutzbeiräte wieder zu stärken, das Wiederherstellungs- und Ent-
3726 wicklungsgebot zu betonen, den Nettoflächenverbrauch zu reduzieren und die Schutz-
3727 gebietsausweisung zu erleichtern.

3728 Die ökologisch verantwortbare Ressourcenverwaltung des Wassers und dessen Bereit-
3729 stellung für alle muss ausschließlich in öffentlicher Aufsicht liegen. Wasser ist unser
3730 wichtigstes Lebensmittel. Eine Privatisierung lehnen wir deshalb ab.

3731 Bei allen neuen Infrastrukturmaßnahmen müssen die Auswirkungen auf den ökologi-
3732 schen Wasserhaushalt untersucht werden. Dies wollen wir in der Regionalplanung ver-
3733 ankern. Es muss vermieden werden, dass Förderbrunnen nicht mehr genutzt werden
3734 können. Um eine Verbesserung der Belastung des Grundwassers durch Nitrat zu errei-
3735 chen, wollen wir die Landwirtschaft konzeptionell und finanziell unterstützen. Wir wol-
3736 len alle Maßnahmen einleiten, die notwendig sind, die Wasserrahmenrichtlinie der EU
3737 umzusetzen, mit dem Ziel, die Gewässer europaweit spätestens bis zum Jahr 2027 in ei-
3738 nen ökologisch, chemisch und biologisch guten Zustand zu bringen.

3739 Wir fördern die vertikale Begrünung sowie die Dachbegrünung als Beitrag zur Verbesse-
3740 rung des Binnenklimas in Städten.

3741 Der Schutz des Grundwassers hat für uns einen hohen Stellenwert. Grund- und Trink-
3742 wasser darf nicht weiter durch Medikamente, Wasch- und Reinigungsmittel, Pestizide,
3743 etc. belastet werden.

3744 Wir unterstützen daher die Erforschung von Alternativen zu den bisherigen Chemikalien
3745 und den weiteren technischen Ausbau der Gewässerreinigung.

3746 Wir wollen dem Verlust an biologischer Vielfalt entgegenwirken und bedrohte Tier- und
3747 Pflanzenarten sowie ihre Lebensräume wirkungsvoll schützen. Wir werden Landwirte
3748 und den Naturschutz unterstützen, den Tier- und Pflanzenarten der Agrarlandschaft
3749 mehr Raum zu geben, um die vielfältigen hessischen Landschaften zu erhalten.

3750 Wir wollen die Flächenverwaltungen im Naturschutz, in der Landwirtschaft sowie den
3751 Landesbetrieb HessenForst so vernetzen, dass der verfassungsmäßige Auftrag zur Erhal-
3752 tung der natürlichen Lebensgrundlagen durch ein koordiniertes Zusammenwirken best-
3753 möglich umgesetzt wird. Wir wollen den personellen Abbau dieser Verwaltungen stop-
3754 pen und Aufstockungen gezielt vornehmen, wo sie der Erhaltung der biologischen Viel-
3755 falt dienen.

3756 Staatsdomänen und domänenfiskalischer Streubesitz müssen vorbildhaft im Sinne des
3757 Naturschutzes bewirtschaftet werden. Die Pachtbedingungen werden wir entsprechend
3758 anpassen.

3759 Wir wollen Gewässerrandstreifen und Auen vermehrt realisieren und weiterentwickeln.
3760 Dies gibt vielen Tieren und Pflanzen Lebensräume und dient zudem der Vorsorge für kli-
3761 mawandelverursachte Wetterextreme.

3762 Wir freuen uns über die Rückkehr von einstmals ausgerotteten Tierarten und werden
3763 ihre Ausbreitung durch präventive Maßnahmen und einen fairen Ausgleich von Schäden
3764 begleiten.

3765

3766 **3. Den hessischen Wald schützen und ökologisch aufwerten**

3767 Wir werden den Leitgedanken der maßvollen Forstwirtschaft revitalisieren und zum Ori-
3768 entierungspfeiler machen: nicht mehr Holz entnehmen als nachwächst. Die Waldbe-
3769 wirtschaftung nach den Kriterien des Gütesiegels für nachhaltige Forstwirtschaft (FSC-
3770 Kriterien) muss Mindeststandard werden. Wir wollen den Gesamtnutzen der hessischen
3771 Wälder als Rohstofflieferant, Naturschutzelement, Bildungs- und Erholungsraum und
3772 lebenswichtiges Ökosystem in den Mittelpunkt unserer Waldschutzpolitik stellen.

3773 Ziel ist es, die nachhaltige Waldbewirtschaftung voranzutreiben und auch Kommunen
3774 und private Waldbesitzer dabei zu unterstützen. Die Kriterien der Bewirtschaftung sind
3775 sozial und nachhaltig weiterzuentwickeln.

3776 Bestimmte Naturschutzkernflächen wollen wir aus der Nutzung nehmen, damit dort
3777 alte Laubbäume stehen bleiben, Biotope sich entwickeln und sich auf dem Rückgang be-
3778 findliche Pflanzenarten ausbreiten können. Bis zu 10 % der Waldfläche sollen dafür zur
3779 Verfügung stehen. Um die Umsetzung der Ziele zu garantieren, soll unter anderem der
3780 Landesbetrieb Hessen-Forst personell verstärkt und im Transfer des eigenen Wissens ge-
3781 schult und unterstützt werden.

3782 Wir wollen, dass Hessen Mitglied bei FSC wird und Berichte zur Waldsituation veröffent-
3783 licht, um durch Transparenz das System zu stärken. Die legitimierte Asphaltierung neuer
3784 Gewerbeflächen durch den Kauf von Ökopunkten, die auf alten Waldkernflächen liegen,
3785 wollen wir einstellen, die Schaffung von Ausgleichsflächen wird zur Auflage gemacht.
3786

3787 **4. Wettbewerbsfähige, tierschutzorientierte und nachhaltige Landwirtschaft für**
3788 **Hessen**

3789 Die ständige Verfügbarkeit tierischer Nahrungsmittel in breiter Vielfalt und oft zu Nied-
3790 rigpreisen steht im Gegensatz zu den gesellschaftlich gestiegenen Ansprüchen an die
3791 Haltungsbedingungen. Gleichzeitig sind die Nutztierhalter ökonomischen Zwängen
3792 ausgesetzt. Sie müssen höheren rechtlichen Anforderungen an den Tier- und Umwelt-
3793 schutz mit größeren Investitionen in ihre Tierhaltungssysteme begegnen.

3794 Eine nachhaltige sowie tiergerechte Pflanzenproduktion und Tierhaltung müssen
3795 ebenso wie Biodiversität, Boden- und Grundwasserschutz Teil der Ausbildung und Bera-
3796 tung in der Landwirtschaft sein.

3797 Unser Ziel sind der Erhalt und die Förderung der flächengebundenen Nutztierhaltung,
3798 ebenso der Erhalt der Arten durch eine nachhaltigere Landbewirtschaftung.

3799 Wir setzen uns für den Erhalt einer leistungsfähigen, den Zielen der Nachhaltigkeit und
3800 des Tierwohls verpflichteten, wettbewerbsfähigen Landwirtschaft ein, die auf hohem
3801 Niveau sichere Lebensmittel produziert und den Menschen in den Landwirtschaftsbe-
3802 trieben ein gutes und stabiles Auskommen sichert. Regionale Lebensmittel, Bioprodukte,
3803 Tierwohl und Biodiversität werden wir besonders fördern.

3804 Wir wollen die Landwirtinnen und Landwirte innerhalb der Wertschöpfungskette stär-
3805 ken. Der Mehrwert der Landwirtschaft für Umwelt, Tier und Mensch muss belohnt und
3806 der Gesellschaft vermittelt werden. Wir bauen ein Marketing für regional erzeugte Le-
3807 bensmittel und Produkte auf und unterstützen ein verbraucherfreundliches und leicht
3808 verständliches Kennzeichnungssystem bzw. Label für regional, nachhaltig produzierte
3809 und vermarktete Lebensmittel. Wir setzen uns für gerechte Entlohnung, angemessene
3810 Qualifizierungsmöglichkeiten sowie gute Arbeitsbedingungen für alle Arbeitnehmerin-
3811 nen und Arbeitnehmer in der Agrar- und Ernährungswirtschaft sowie in Garten-, Wein-
3812 bau, Forsten und Fischerei ein.

3813 Wir wollen eine nachhaltige Landbewirtschaftung, die in der Lage ist, unsere Kulturland-
3814 schaft und eine vielfältige Biodiversität für die nächsten Generationen zu erhalten.

3815 Wir werden die Landwirtschaft dabei unterstützen, die Grünlandbewirtschaftung auf-
3816 recht zu erhalten und Bewirtschaftungsmethoden, die zu mehr Artenvielfalt im Grün-
3817 land führen, gezielt, verstärkt, auskömmlich und verlässlich fördern.

3818 Wir lehnen die Verwendung von gentechnisch veränderten Pflanzen in Futter- und Le-
3819 bensmitteln ab. Wir unterstützen daher Landwirtinnen und Landwirte bei der Erzeugung
3820 von gentechnikfreien Pflanzen.

3821 Wir sehen den extensiven Einsatz von Antibiotika in der Nutztierhaltung als ein Risiko
3822 für Mensch und Umwelt an und werden weitere Anstrengungen unternehmen, um den
3823 Einsatz in der Nutztierhaltung zu minimieren.

3824 **5. Wir schreiben Tierschutz in allen Bereichen groß**

3825 Hessen benötigt einen langfristigen Fahrplan, der die künftige Entwicklung der Nutztier-
3826 haltung beschreibt und für die Landwirtinnen und Landwirte Planungssicherheit schafft.
3827 Im Rahmen einer nationalen Nutztierstrategie sind einheitliche rechtliche Leitplanken
3828 zu entwickeln, die die Tierschutzvorgaben, Tierhygienevorschriften und das Arzneimittel-
3829 telrecht zusammenführen.

3830 Tierschutz und „nachhaltiger Konsum“ sind stärker in schulischer und außerschulischer
3831 Bildung zu verankern. Bei Einrichtungen des Landes oder Einrichtungen, die maßgeblich
3832 durch das Land finanziert werden, ist die Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen zu
3833 Tierwohl und Tierhaltung für die Beschäftigten sicherzustellen.

3834 Das im Grundgesetz verankerte Ziel des Tierschutzes werden wir konsequent im Landes-
3835 recht verankern. Wir wollen uns zudem gemeinsam mit Partnern in der Landwirtschaft
3836 und den Tierschutzverbänden dafür einsetzen, dass bestehende Kennzeichnungen und
3837 Siegel für die tierschutzgerechte Herstellung von Lebensmitteln und anderen Produkten
3838 bundesweit vereinheitlicht werden. Unser Ziel ist, dass die Verbraucherinnen und Ver-
3839 braucher mehr Möglichkeiten als bisher erhalten, sich gezielt für Produkte zu entschei-
3840 den, bei denen während der Herstellung überprüfbar auf Tierwohlkriterien geachtet
3841 wurde.

3842 Haltung, Pflege und Zucht wollen wir darauf ausrichten, dass auf Eingriffe an Nutztieren
3843 verzichtet wird. Ebenso müssen das Töten und Vernichten von Küken und anderer Tiere
3844 nur zur Auslese beendet werden. Daher werden wir Zuchtziele vorgegeben, bei denen
3845 Tierwohl, Robustheit sowie Mehrfachnutzung im Vordergrund stehen.

3846 Wir werden die Grundlagen für die Einrichtung einer umfassenden Tiergesundheitsda-
3847 tenbank schaffen, in der bereits vorhandene Dokumentationspflichten nach dem Le-
3848 bensmittel-, Tierschutz-, Tierarzneimittel- und Tiergesundheitsrecht zusammengeführt
3849 werden.

3850 Für den Wissenschaftsbereich wollen wir einen Sonderetat zur Förderung von Alterna-
3851 tivmethoden zu Tierversuchen einrichten.

3852 Statt pauschalen Rasselisten für zulässige Hundarten wollen wir einen Führerschein für
3853 Hundehalterinnen und -halter.

3854 Wir unterstützen den Betrieb der Tierheime in Hessen.

3855

3856 **6. Neue Anreize für einen nachhaltigeren und verbraucherfreundlicheren Konsum**

3857 Verbraucherinnen und Verbraucher können aus einem unvorstellbar breiten und tiefen
3858 Sortiment ihre Bedürfnisse befriedigen. Allein im Lebensmittelbereich werden etwa
3859 150.000 Artikel angeboten, im gesamten Warenbereich sind es einige Millionen Pro-
3860 dukte.

3861 Auch die Entwicklung in vielen Sortimentsbereichen, Produkte nicht mehr reparieren zu
3862 können, dient einzig allein dem Ziel, Ersatzbeschaffungen zu erzwingen. Wir setzen uns
3863 ein für

- 3864 • die Vermeidung bzw. Verringerung der mit der Produktion und Nutzung von
- 3865 Gütern und Dienstleistungen verbundenen ökologischen und sozialen Prob-
- 3866 leme
- 3867 • die Gewährleistung der Teilhabe an nachhaltigem Konsum für alle
- 3868 • die Förderung regionaler und lokaler Initiativen zur Unterstützung nachhalti-
- 3869 gen Konsums wie saisonale und regionale Angebotsstrukturen, Carsharing,
- 3870 Reparatur-Cafés, Tauschbörsen etc.
- 3871

3872 Eine SPD-geführte Landesregierung wird alle landespolitischen Möglichkeiten nutzen,
3873 um den Konsum von Waren und Dienstleistungen im Interesse der Umwelt und der Ver-
3874 braucherinnen und Verbraucher nachhaltiger zu gestalten. Dazu gehört die Förderung
3875 der Lebenszyklusperspektive von Produkten, also die Berücksichtigung von Produktions-
3876 und Entsorgungsauswirkungen sowie des fairen Handels im Sinne guter Arbeitsbedin-
3877 gungen in den Herstellungsländern. Wir unterstützen die Einführung einfacher und ver-
3878 lässlicher Kennzeichnungen zur Orientierung der Verbraucherinnen und Verbraucher,
3879 wie etwa der „Ampel“ im Lebensmittelbereich für eine schnelle Orientierung über Zu-
3880 cker-, Salz- und Fettgehalt von Produkten. Auch bei Nichtlebensmitteln unterstützen wir
3881 die Orientierungslabel, die wesentliche Kriterien der Nachhaltigkeit und des fairen Han-
3882 dels abdecken und für die Verbraucherinnen und Verbraucher große Vorteile bieten.
3883 Kennzeichnungen und Orientierungslabel ersetzen nicht die staatliche Kontrolle zur Ver-
3884 meidung von gesundheitsschädlichen oder unverantwortlich produzierten Gütern und
3885 zur strengen Einhaltung von Grenzwerten für alle Produkte.
3886 Wir unterstützen Maßnahmen, die Vermeidung und mehr Wiederverwertung von Ab-
3887 fällen zur Folge haben, und werden Standards für Nachhaltigkeit in der Beschaffung ver-
3888 ankern.
3889 Tierschutz, gesunden und nachhaltigen Konsum wollen wir stärker in schulischer und
3890 außerschulischer Bildung verankern und in die Lehrpläne aufnehmen.

3891 **Mein Hessen von morgen ...**

3892

3893 **... mit einem handlungsfähigen Gemeinwesen**
3894 **und gerechteren Steuern und Abgaben**

3895

3896

3897 Für eine gute Zukunft müssen wir heute handeln und investieren. Eine SPD-geführte
3898 Landesregierung wird zuerst Chancengleichheit in der Bildung fördern und die Infra-
3899 struktur modernisieren. Der kommunalen Familien werden wir wieder Luft zum Atmen
3900 verschaffen, damit Städte- und Gemeinden lebenswert und handlungsfähig bleiben. Um
3901 diese Ziele zu erreichen, werden wir sowohl in Hessen als auch über den Bundesrat im
3902 Bund für mehr Steuergerechtigkeit sorgen. In unserer Haushaltsführung werden wir ver-
3903 nünftiges Sparen und effizientes Wirtschaften verbinden. Durch solide Landesfinanzen
3904 wollen wir Spielräume für Zukunftsinvestitionen erhalten und ausbauen: damit Hessen
3905 lebenswert und wirtschaftlich stark bleibt.

3906

3907 **1. Investitionen in eine gute Zukunft**

3908 Hessen braucht endlich eine nachhaltige und verlässliche Investitionsstrategie – eine
3909 Strategie für eine vorsorgende Bildungs- und Sozialpolitik, für eine gute Infrastruktur,
3910 für lebenswerte Städte und Gemeinden und für eine starke Wirtschaft. Haushaltskonso-
3911 lidierung ist auch anders möglich – ohne die Vernachlässigung von Investitionen und
3912 ohne Sozialabbau.

3913 Wir werden finanzpolitische Spielräume vor allem dafür verwenden,

- 3914 • endlich kostenlose Bildung von Anfang zu ermöglichen. Wir werden dazu die El-
3915 tern von Krippen- und Kindergartengebühren vollständig freistellen. Der kosten-
3916 lose Schulbesuch ist selbstverständlich. Mit uns wird es auch keine Studienge-
3917 bühren geben. Dies wollen wir auch in der Hessischen Verfassung verankern.
- 3918 • die Investitionen des Landes zu stärken.
- 3919 • die hessischen Kommunen endlich wieder in die Lage zu versetzen, ihre Aufgaben
3920 angemessen erledigen zu können. Beispielsweise wird eine SPD-geführte Landes-
3921 regierung die Kommunen bei den Betriebsausgaben der Kindertagesstätten ent-
3922 lasten und zwei Drittel dieser Kosten unter Anrechnung der zur Verfügung ste-
3923 henden Bundesmittel übernehmen.

3924 Wir wissen um die Bedeutung öffentlicher Infrastruktur für unser Land, für die Men-
3925 schen, die hier leben, und für die Wertschöpfung unserer Wirtschaft. In Hessen wurde
3926 mit der Regierungsübernahme der CDU die so wichtige Investitionstätigkeit des Landes
3927 reduziert. Das werden wir umkehren.

3928 Die Investitionsquote des Landes Hessen ist im Jahrzehntevergleich auf einem erbärm-
3929 lichen Niveau. In den 1990er-Jahren (z. B. 1997) lag die Investitionsquote bei 13 %. Im
3930 schwarz-grünen Haushalt für 2018 ist eine Quote von 8,7 % vorgesehen. Ohne Zuschüsse
3931 des Bundes in nie da gewesener Höhe läge sie sogar bei nur 7,3 %. Unter der CDU hat sich
3932 die Investitionsquote nahezu halbiert.

3933 Wir dürfen aber nicht weiterhin „auf Verschleiß“ fahren. Gerade in Zeiten von Null-Pro-
3934 zent-Zinsen dürfen Investitionen nicht verschlafen werden. Deshalb werden wir die In-
3935 vestitionsquote des Landes erhöhen, um

- 3936 • den Wohnungsbau für bezahlbare Mieten zu stärken,
- 3937 • den Straßenbau und Schienenverkehr zu intensivieren,
- 3938 • Breitbandkabel auch auf dem Land zu verlegen,
- 3939 • und um die Kommunen in die Lage zu versetzen, ihre notwendigen Investitionen
3940 in Schulen, Kindergärten, Sport- und Freizeitstätten, Leitungsnetze und Kommu-
3941 nalgebäude tätigen zu können.

3942 Für den dringend notwendigen flächendeckenden Ausbau der Ganztagsangebote an
3943 Schulen ist eine stärkere Beteiligung der Bundesebene erforderlich.

3944

3945 **2. Wir brauchen mehr Steuergerechtigkeit**

3946 Der gerechte Steuervollzug und die Bekämpfung von Steuerbetrug sind für uns zentrale
3947 Anliegen. Ehrliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und kleine Betriebe zahlen
3948 ihre Steuern, während sich Bürger mit besonders hohem Vermögen oder multinationale
3949 Konzerne ihren steuerrechtlichen Verpflichtungen entziehen oder durch Umgehungs-
3950 modelle Steuern sparen. Das darf nicht sein. Denn diese Einnahmen fehlen dann der So-
3951 lidargemeinschaft zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben und für Investitionen in
3952 die Zukunft.

3953 Besonders hohe Einkommen und Millionenvermögen müssen stärker zur Finanzierung
3954 von Zukunftsinvestitionen beitragen. Dem wird die geltende Erbschaftsteuer nicht ge-
3955 recht. Deshalb brauchen wir eine große Reform. Wir werden uns auf Bundesebene für
3956 eine angemessene Vermögensbesteuerung im Rahmen der Vorgaben des Bundesverfas-
3957 sungsgerichts einsetzen. Wir werden im Bund auch dafür eintreten, die Einkommen-
3958 steuertarife gerechter zu gestalten und so zu verändern, dass spürbare Erleichterungen
3959 auch tatsächlich für kleine und mittlere Verdienende und nicht für Spitzenverdienende er-
3960 reicht werden. Für die normalen Einkommen muss es mehr Netto vom Brutto geben. Ein
3961 höherer Spitzensteuersatz ist ein wichtiger Beitrag zu mehr Gerechtigkeit und dem Prin-
3962 zip, dass starke Schultern mehr tragen können und müssen als schwache. Deswegen set-
3963 zen wir uns für eine gerechte Steuerreform und höhere Steuern auf Vermögen im Bund
3964 ein.

3965 Im Bund setzen wir uns ebenso für Mindeststandards bei Betriebs- und Steuerprüfungen
3966 ein. Gleichzeitig machen wir uns für die Abschaffung der Abgeltungsteuer und für die
3967 Einführung einer Finanztransaktionssteuer stark, die spekulative Finanzgeschäfte be-
3968 steuert. Es kann nicht sein, dass für Güter des täglichen Bedarfs Umsatzsteuer zu zahlen
3969 ist, für spekulative Finanzgeschäfte jedoch nicht. Wir wollen verhindern, dass weiterhin

3970 die Grunderwerbsteuer im großen Stil durch Verkäufe von Grundstücken als Teil von Un-
3971 ternehmensverkäufen umgangen wird. Was für den kleinen Haus- oder Wohnungskäu-
3972 fer gilt, darf auch bei großen Immobilienübertragungen nicht unterlaufen werden.

3973

3974 Die Entlastung der Kommunen ist am Ende auch ein wichtiger Beitrag zur Steuergerech-
3975 tigkeit. Indem die hessische CDU die kommunalen Haushalte geplündert hat, sind die
3976 kommunalen Steuern und Abgaben nahezu explodiert. Jede Mehrbelastung für die
3977 Kommunen wird über kommunale Abgaben direkt weitergegeben. Gerade die Grund-
3978 steuer B und die Gewerbesteuer, die in Hessen überdurchschnittlich hoch sind, belasten
3979 die Menschen und die kommunale Wirtschaftskraft hart. Die hessische CDU steht für
3980 Steuererhöhungen vor Ort in nie da gewesener Höhe. Wer Kommunen Luft zum Atmen
3981 verschafft, schafft hingegen die Voraussetzung für eine Entlastung der Bürgerinnen und
3982 Bürger.

3983

3984 **3. Steuerverwaltung stärken und Steuerhinterziehung austrocknen**

3985 Wir werden Steuerhinterziehung konsequent bekämpfen. Der Kampf gegen Steuer-
3986 schlupflöcher, gegen Steuerhinterziehung und die Steuertricksereien von Konzernen
3987 muss endlich auch in Hessen konsequent aufgenommen werden.

3988 Wir wollen eine erstklassig ausgestattete hessische Steuerverwaltung, die modern, bür-
3989 gerfreundlich und auf Augenhöhe mit den Steuerabteilungen der großen Unternehmen,
3990 den Steuerberatungsgesellschaften und Anwaltskanzleien arbeitet.

3991 Der gleichmäßige und gerechte Vollzug der Steuergesetze erfordert hoch qualifiziertes
3992 Personal. Hierfür sind nach dem Grundgesetz die Länder verantwortlich. Stellenabbau in
3993 den zurückliegenden Jahren, hohe Altersabgänge und dadurch bedingter Wissensver-
3994 lust, jährlich neue Rechtsänderungen und Anwendungsvorschriften, fortschreitende Di-
3995 gitalisierung, aber auch Steuerhinterziehung bzw. aggressive Steuergestaltung am
3996 Rande und jenseits der Legalität mit Milliardenverlusten für den Staat (z. B. durch Cum-
3997 /Ex- oder Cum-/Cum-Aktiengeschäfte, Umsatzsteuerkarusselle, die Verschleierung von
3998 Einkünften durch ausländische Konten, Stiftungen, Briefkastengesellschaften und kom-
3999 plexe Offshore-Konstruktionen) stellen die Beschäftigten der Finanzbehörden vor
4000 enorme Herausforderungen. Diese nehmen auch künftig nicht ab, zumal der internatio-
4001 nale zwischenstaatliche Austausch von Steuerdaten in naher Zukunft in bisher nicht da
4002 gewesenem Ausmaß einsetzen wird.

4003 Wir werden daher die technische Ausstattung der Finanzverwaltung verbessern und für
4004 mehr Steuerfahnder/-innen und Betriebsprüfer/-innen sorgen. Die Anzahl der Finanzbe-
4005 amten, die sich ausschließlich mit der Identifizierung und Bewertung von groß angeleg-
4006 ten Steuerhinterziehungs- und -umgehungsmodellen beschäftigen, werden wir deutlich
4007 erhöhen. Denn wir haben im Sinne der Steuergerechtigkeit den Anspruch, bundesweit
4008 Maßstäbe zu setzen.

4009

4010 **4. Europäische Initiativen ergreifen**

4011 Auf europäischer Ebene machen wir uns für eine Harmonisierung der Unternehmensbe-
4012 steuerung stark. Wir drängen auf die schnelle Umsetzung der völkerrechtlichen Verein-
4013 barungen gegen aggressive Steuergestaltung internationaler Konzerne in nationales
4014 Recht, um die Gewinnverlagerung und Steuerumgehung durch Großunternehmen zu
4015 verhindern. Internationalen Konzernen müssen die legalen Wege entzogen werden,
4016 durch grenzüberschreitende Verrechnungstricks ihren Steuerbeitrag zu verweigern. Um
4017 die Gewinnverlagerung und Steuerumgehung durch internationale Unternehmen zu
4018 verhindern, wollen wir uns weiterhin für Initiativen der OECD für fairen internationalen
4019 Steuerwettbewerb (sogenannte BEPS-Initiative) starkmachen. Wir setzen uns für ein eu-
4020 ropäisches Transparenzregister ein, in dem alle Eigentümer und Begünstigten wie auch
4021 die verantwortlichen Personen eines Unternehmens für Steuerbehörden transparent
4022 aufgeführt sind.

4023 Bis es wirksame EU-Regelungen gibt, benötigen wir adäquate nationale Maßnahmen
4024 zur Verhinderung solcher Steuerumgehungspraktiken. So werden wir uns auf Bundes-
4025 ebene dafür einsetzen, die Möglichkeiten der Telekommunikationsüberwachung zur
4026 Verfolgung besonders schwerer Fälle von Steuerhinterziehung zu erweitern und Min-
4027 deststandards für Betriebs- und Steuerprüfungen festzulegen.

4028 Immer wieder aufs Neue verdeutlichen uns Enthüllungen wie die „Luxemburg Leaks“,
4029 die „Panama“- oder die „Paradise Papers“, dass internationale Anstrengungen erforder-
4030 lich sind, um Steuerhinterziehung und -umgehung effektiv zu bekämpfen. Eine SPD-ge-
4031 führte Landesregierung wird sich in Brüssel dafür einsetzen, dass anonyme Finanzge-
4032 schäfte in Offshore-Gebieten international geächtet werden. Nur so lassen sich Steuer-
4033 oasen dauerhaft austrocknen.

4034 Steuerpflichtigen in Deutschland, die Geschäftsbeziehungen zu Offshore-Staaten unter-
4035 halten, müssen erhöhte Mitwirkungspflichten gegenüber der deutschen Finanzverwal-
4036 tung auferlegt werden. Schließlich werden wir uns sowohl auf nationaler als auch auf
4037 europäischer und internationaler Ebene für eine Stärkung der Aufsichtsbehörden und
4038 eine Verschärfung der Sanktionsmechanismen einsetzen. Wer die Solidargemeinschaft
4039 betrügt, muss mit harten Sanktionen rechnen.

4040 **Mein Hessen von morgen ...**

4041 **... hat Mut zu Europa und zur Welt**

4042
4043 Wir in Hessen sehen uns in einer besonderen Verantwortung für Europa. Wir sind nicht
4044 nur in der geografischen Mitte Europas, sondern durch unsere besondere Lage einer der
4045 Verkehrs-, Wirtschafts- und Finanzknotenpunkte. In unserem Land leben Menschen aus
4046 ganz Europa und der ganzen Welt, die sich hier zu Hause und sicher fühlen sollen. Hessen
4047 ist gelebte europäische Realität.

4048 Europa muss sich auf ideeller und institutioneller Ebene reformieren, das steht außer
4049 Frage. Wir als Bundesland setzen uns für eine Reform der Europäischen Union ein, unter
4050 Mitwirkung aller Ebenen – der kommunalen, der regionalen, der Bundes- und der euro-
4051 päischen Ebene. Die Reform Europas findet für uns vor allem in den Städten und Regio-
4052 nen statt. Die Landesregierung wird sich über den Ausschuss der Regionen und über die
4053 Landesvertretungen in Brüssel für die Weiterentwicklung der europäischen Idee einset-
4054 zen, mit der sich die Bürgerinnen und Bürger identifizieren können.

4055 Wir setzen auf den Ausbau der europäischen Städtenetzwerke und den Rat der Regio-
4056 nen. Städte und Regionen in Europa sind sich in ihren Problemen und ihrer Struktur häu-
4057 fig näher als die Nationalstaaten, sei es in Fragen des Umweltschutzes, bezahlbaren
4058 Wohnraums oder des Verkehrs in Ballungsräumen. Aus den Städten und Regionen kann
4059 ein neues Europa der Bürgerinnen und Bürger entstehen.

4060 Darüber hinaus wollen wir als Landesregierung unseren Einfluss auf Europa mit Initiati-
4061 ven im Bundesrat geltend machen, um für die Bürgerinnen und Bürger Standards im Da-
4062 tenschutz oder das Verbot von Privatisierungen auf kommunaler Ebene durchzusetzen.
4063 Wir fühlen uns einem sozialen Europa verpflichtet und werden uns deshalb auf allen
4064 Ebenen für die Durchsetzung sozialer Standards einsetzen. Genauso werden wir uns für
4065 menschliche Lösungen der Humanitätskrise in Europa und auch an den Grenzen Europas
4066 einsetzen.

4067 Wir erleben immer mehr Menschen auf der Flucht vor Hunger, vor Kriegen oder auf der
4068 Suche nach einer Perspektive. Wir wollen uns mit unserer Politik unseren Beitrag dazu
4069 leisten, dass Menschen überall auf der Welt eine Perspektive erhalten. Wir werden in
4070 Regierungsverantwortung gemeinsam mit Kommunen, Kirchen und Glaubensverbän-
4071 den, Nichtregierungsorganisationen und Netzwerken an einer Umsetzung der Nachhal-
4072 tigungsziele der Vereinten Nationen arbeiten.

4073 Wir wollen in unserer Nachhaltigkeitsstrategie für das Land Hessen das Thema Entwick-
4074 lungszusammenarbeit fest verankern. Viele Kommunen haben sich auf den Weg ge-
4075 macht, globaler zu denken und handeln. Es ist unsere Verantwortung, sie dabei zu un-
4076 terstützen und zu stärken.